Nr. 55. 29. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 6. März 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Generalstreik der Bergarbeiter.

London, 4. März 1912. (Eig. Ber.)

So vollständig haben die britischen Bergarbeiter die Parole der Föderation befolgt, daß es augenblicklich kaum eine Kohlen- oder Eisengrube in Großbritannien gibt, die nicht den Betrieb eingestellt hat. Hier und da mag noch ein kleiner Pütt, von dem die Bergarbeiterföderation keine Kenntnis hat, im Betriebe sein. Aber außer den Arbeitern, die mit der Erlaubnis ihrer Gewerkschaft nach der Bewetterung, der Entwässerung und der Pflege der Grubenpferde sehen, arbeitet in den Gruben kein einziger Mann. Lange hat es gedauert, bis diese gewaltige Arbeiterorganisation zusammengeschmiedet und gefestigt werden konnte. Heute steht sie da als ein Zeichen, was die Solidarität der Arbeiterklasse vermag. Und sonderbarerweise hat dieser dröhnende Aufmarsch der Bergarbeiterbataillone gewisse Leute nicht von der Falschheit ihrer Ansicht überzeugt, daß es möglich sei, die Bergarbeiter zu zersplittern und wenigstens einen Teil der Gruben unter polizeilicher und militärischer Deckung in Betrieb zu halten. Die britischen Bergarbeiter haben mit der Zersplitterung und lokalen Streiks üble Erfahrungen gemacht und ihre Führer sind alt genug, um sich der Ereignisse während der großen englischen, schottischen und südwalisischen Streiks erinnern zu können.

Auch die Hoffnung der kapitalistischen Presse, daß die Bergarbeiter aus Mangel an Geld bald gezwungen sein werden, zu Kreuze zu kriechen, wird immer mehr fallen gelassen. Einzelne Reviere, wie das südwalisische, haben augenblicklich zwar keine große Kasse. Aber ihre Hilfsquellen sind dennoch beträchtlich. Zu Anfang des Streiks bezog jeder Arbeiter den Lohn für 14 Tage. Dieser wird ihn über die ersten Schwierigkeiten hinweghelfen. Eine wichtige Hilfsquelle der Bergarbeiter in allen Revieren sind die Genossenschaften. Die Bergarbeiter sind gute Genossenschafter, die ihren Sparpfennig meist bei den Genossenschaften anlegen. Das gibt ihnen bei Streiks einen guten Rückhalt. Der Sekretär der Bergarbeiter Northumberlands (Straker) berechnet z. B. die Gesamtsumme der Gelder, die den Bergarbeitern Northumberlands in Gestalt von Gewerkschaftsvermögen, Genossenschaftseinlagen usw. zur Verfügung stehen, auf eine Million Pfund Sterling (20 000 000 Mark). In den Gruben Northumberlands arbeiten etwa 70 000 Mann. In manchen anderen Revieren werden die Hilfsquellen der Bergarbeiter nicht geringer sein. Das erklärt auch die rätselhafte Erscheinung, daß die britischen Bergarbeiter stets so lange bei verhältnismäßig kleinem Gewerkschaftsvermögen aushalten können. Was auch immer den Kampf beenden wird, der Hunger wird ihn sicher nicht beenden. In vielen Revieren wird das Streikgeld erst nach 14 Tagen bezahlt werden. Allgemein erhält das Vollmitglied 10 Schilling (10 M.) die Woche und 1 Schilling (1 M.) für jedes schulpflichtige Kind.

Trotz des gewaltigen Umfangs des Kampfes ist es noch zu keiner ernstlichen Ruhestörung gekommen. Die Organisationen haben ihre Mitglieder streng gewarnt, sich zu keinen Ausschreitungen hinreißen zu lassen. Es besteht auch nicht die geringste Gefahr, daß es zu Ruhestörungen kommen wird; die Vorbereitungen der Regierung, die das ganze Militär in Bereitschaft hält, sind deshalb auch unnötig. Die Gewerkschaften selbst haben für die Sicherheit der Gruben gesorgt. Tumulte könnten höchstens auf den Eisenbahnen und in den Häfen vorkommen, wenn man versuchen sollte, ausländische Kohle zu befördern. Die Eisenbahner wie die Dockarbeiter sprechen sich überall in Versammlungen für das Verbot der Kohlen- und Truppenbeförderung aus. Ob die Zentralorganisationen aber die Forderungen ihrer Mitglieder ganz erfüllen werden, ist zweifelhaft. Schon jetzt haben sie mit einer beträchtlichen Ausgabe für ihre arbeitslos gewordenen Mitglieder zu rechnen. Zweifellos würden sie jedoch eingreifen, wenn man versuchen sollte, deutsche oder amerikanische Kohle in größeren Mengen nach England zu schaffen.

Die Arbeitslosigkeit nimmt täglich an Umfang zu. Es ist schwer, genaue Zahlen zu erhalten. Heute wird die Zahl der durch den Generalstreik der Bergarbeiter arbeitslos gemachten Arbeiter verschieden auf 100 000 und 300 000 geschätzt. Die Kohlenpreise gehen überall gewaltig in die Höhe. Ein deutsches Torpedoboot (C 175), das in Dartmouth einlief, mußte 49 Schilling für die Tonne Kohlen bezahlen.

Die Meldung der englischen Presse, daß die Bergarbeitervertreter am Ende der letzten Woche nach Hause fahren, um sich Instruktionen zu holen, war völlig aus der Luft gegriffen. In allen Revieren fanden Versammlungen statt, in denen die Beamten der Bergarbeiter die Notwendigkeit betonten, an der Minimallohnliste festzuhalten. Einzelne Reden verdienen besondere Erwähnung. Einer der alten Führer, das Parlamentsmitglied Harvey, bemerkte in einer bei Sheffield gehaltenen Ansprache, daß von einer Panik nicht die Rede sein könne. Die Bergarbeiter wünschten keine unter dem Eindruck eines panischen Schreckens erzeugte Gesetzgebung. Sie seien nicht in der Eile und wünschten aus ihrem Streik kein Eisenbahnerfiasko zu machen. Man frage sie, weshalb sie von obligatorischen Schiedsgerichten nichts wissen wollten. Er antworte, daß man das Recht des Menschen, zu leben, nicht von dem Schiedsspruch eines Schiedsgerichts abhängig machen könne. In Wales befaßte sich das Vorstandsmitglied Genosse Hartshorn mit der Rede, die Asquith letzten Donnerstag vor den Mitgliedern der Bergarbeiterkonferenz hielt, und erklärte, daß, wenn die Rede des Premierministers so veröffentlicht worden wäre, wie sie gehalten worden, das Land die größte Sensation, die es je erlebt, erfahren haben würde. Nach seiner Ansicht halte Herr Thomas und seine Kollegen nur so lange aus, um die Regierung zu zwingen, die Zechen des „Cambrian Combine" zu einem hohen Preise zu übernehmen. Sehr unwahrscheinlich klingt diese Behauptung nicht, obwohl sie von Herrn Thomas gleich dementiert worden ist. Herr Thomas hat schon ähnliche Schachzüge in der Vergangenheit gemacht. Ein anderer südwalisischer Bergarbeiterbeamter sagte in einer Rede, daß Herr Asquith in seiner Ansprache an die Bergarbeitervertreter bemerkt habe, der Tag sei nicht fern, an dem sich die Regierung dafür verantwortlich machen werde, allen Arbeitern des Landes einen Minimallohn zu verschaffen.

Der Erklärung, die der Premierminister diesen Abend im Parlament abgeben wird, wird mit großer Spannung entgegengesehen. Wird die Regierung einen Minimallohngesetzentwurf einbringen oder nicht? Wie schon in früheren Berichten erwähnt wurde, besteht wenig Aussicht, daß die Frage des Minimallohnes auf dem Wege der Gesetzgebung gelöst werden kann. Selbst wenn sich die Regierung dazu aufschwänge, die Minimallohnliste der Bergarbeiterföderation ihrer Bill einzuverleiben, und wenn sich im Parlament eine Mehrheit für das Projekt fände, würde es fraglich sein, ob sich die Bergarbeiter nach weiterer Ueberlegung entschließen würden, die Vorlage anzunehmen. Ein gesetzlicher Minimallohn würde ganz zweifellos den Gewerkschaften die Hände binden. Die Gewerkschaften sind aber nicht in der Laune, auf Jahre hinaus an dem jetzt geforderten Lohn gebunden zu sein. Zum Beispiel gedenken die schottischen Bergarbeiter vor dem 1. August d. J. eine Erhöhung des allgemeinen Minimallohnes von 6 auf 8 Schilling zu erzielen und haben schon am 1. Februar den seit 1909 bestehenden Kontrakt gekündigt.

Die Minimallohnliste der britischen Bergarbeiter enthält folgende Punkte:

Für Hauer wird verlangt: Yorkshire 7 Sch. 6 Pence, Lancashire 7 Sch., Mittelengland 6 Sch. und 7 Sch., Derbyshire 7 Sch. 1½ Pence und 7 Sch. 6 Pence, Südwales 7 Sch. 1½ Pence und 7 Sch. 6 Pence, Northumberland 6 Sch. und 7 Sch. 2 Pence, Durham 6 Sch. 1½ Pence, Forest of Dean 5 Sch. 6 Pence, Cleveland 5 Sch. 10 Pence, Nottingham 7 Sch. 6 Pence, Nordwales 6 Sch., Leicestershire 7 Sch. 2 Pence, Süd-Derbyshire 6 Sch. 8 Pence, Somersetshire 4 Sch. 11 Pence, Bristol 4 Sch. 11 Pence, Cumberland 6 Sch. 6 Pence, Schottland 6 Sch.

Kein erwachsener Untertagsarbeiter (Bristol und Somerset ausgenommen) soll weniger als 5 Sch. den Tag verdienen und kein Knabe von 14 Jahren weniger als 2 Sch. den Tag. Der Minimallohn anderer im Stücklohn oder Tagelohn beschäftigten Untertagsarbeiter soll in den Revieren geregelt werden und nicht niedriger sein als die jetzt üblichen Löhne.

Die bürgerliche Presse, die sich bis jetzt arbeiterfreundlich gebärdet hat, läßt nun, da sie sieht, daß man die Bergarbeiter nicht wie die Eisenbahner mit schönen und vagen Worten fangen kann, immer mehr die Maske fallen. Die ministerielle „Daily Chronicle" schreibt:

„Wenn die Bergarbeiterführer nicht bald zugeben, daß ein Abkommen erzielt wird, so werden sie den Zorn der Nation herausfordern, was Folgen haben wird, die sie sich nicht wünschen. Die Nation wird beschließen, daß sich dies nie wieder ereignen soll, und sie wird zu ärgerlich sein, um die besten Methoden zu wählen, ihrem Beschluß Wirkung zu verschaffen."

Nach dem parlamentarischen Berichterstatter der „Daily News", der oft das Sprachrohr eines Teiles des Kabinetts ist, ist es der große persönliche Einfluß des Gen. Smillie, des Vizepräsidenten der Föderation, der verhindert hat, daß die Vorschläge der Regierung von den Bergarbeitern angenommen wurden. Der Berichterstatter vergißt jedoch, daß hinter dem Vizepräsidenten die erdrückende Mehrheit der Bergarbeiter steht.

* * *

Streikwirkungen.

London, 5. März. Andauernd kommen Nachrichten über die Schließung von Fabriken und die Stillegung öffentlicher wie privater Werke aus allen Teilen des Landes, besonders jedoch aus den Eisenindustriebezirken. Der Schiffsverkehr, hauptsächlich Küstenschiffahrt, wird immer unregelmäßiger. Die Zahl der jetzt wegen Kohlenmangels feiernden Arbeiter wird auf 270 000 geschätzt, abgesehen von den Bergarbeitern. Die Eisenbahngesellschaften lassen **2500 Züge weniger** als gewöhnlich laufen. Große Unzuträglichkeiten gab es in den Morgenstunden, in denen die Leute nach London zu ihrem Tagewerk fahren, auf den südlichen Linien der Vorortbahnen.

Eine „stillschweigende" Geschäftsordnungs-Aenderung.

Wie dreifach notwendig es ist, der Geschäftsordnungs-Kommission auf die Finger zu sehen, dafür spricht folgender Vorfall. Bei seiner Rede am 30. Oktober 1908 gegen die Pfarrerbesoldungserhöhung wurde Genosse Hoffmann durch Kröcher in der unglaublichsten und unmotiviertesten Weise zur Ordnung gerufen und ihm auf Beschluß der Junker und Pfaffen das Wort entzogen. Gegen diese Ordnungsrufe erhob Hoffmann auf Grund des § 64 der Geschäftsordnung schriftlichen Einspruch. Der betreffende Passus der Geschäftsordnung lautet:

Das Mitglied ist berechtigt, dagegen schriftlich Einspruch zu tun, worauf das Haus jedoch erst in der nächstfolgenden Sitzung darüber ohne Diskussion entscheidet, ob der Ordnungsruf gerechtfertigt ist.

Als am andern Tage, den 31. Oktober, der Einspruch geschäftsordnungsmäßig zur Abstimmung kommen sollte, beantragte der verstorbene Abgeordnete Borgmann namens der sozialdemokratischen Fraktion, die als ersten Punkt der Tagesordnung angesetzte Abstimmung als letzten Punkt zu setzen, damit die Abgeordneten aus dem inzwischen vorzulegenden stenographischen Bericht sich ein Urteil bilden könnten, ob die Ordnungsrufe zu Recht oder Unrecht erteilt wären. Gegen diesen Antrag wandten sich verschiedene Redner. Es gab eine sehr lange Geschäftsordnungsdebatte, in der Hoffmann bemerkte, daß man den § 64 so auffassen müsse, daß der Einspruch sofort schriftlich zu erheben sei, damit die „nächstfolgende Sitzung" darüber beschließen könne. Jordan v. Kröcher als Präsident interpretierte den § 64 laut stenographischem Bericht wie folgt:

Präsident v. Kröcher: Der Beschluß wird auf dem Recht der Geschäftsordnung beruhen. Im § 64 der Geschäftsordnung steht, daß in der nächstfolgenden Sitzung über den Einspruch beschlossen wird. Wann der Einspruch eingelegt werden soll, darüber sagt die Geschäftsordnung nichts.

Im Laufe der sich sehr interessant gestaltenden Diskussion führte dann der Abgeordnete Fischbeck laut stenographischem Bericht wörtlich aus:

Fischbeck, Abgeordneter (freis. V.-P.): Meine Herren, gerade vom Standpunkt der Minderheit in diesem Hause aus muß ich auch darauf beharren, daß streng nach der Geschäftsordnung verfahren wird. Auf der anderen Seite kann ich auch nicht verkennen, daß das betreffende Mitglied ein gewisses Interesse daran hat, daß seine Worte authentisch festgestellt werden. Mir will dann aber scheinen, als ob Herr Abgeordneter Hoffmann, dem so viel daran liegt, daß diese Authentizität hergestellt wird, etwas falsch vorgegangen ist; (Abgeordneter Hoffmann: Ich mußte so vorgehen!); er hätte nämlich seine Beschwerde erst einreichen sollen, nachdem der stenographische Bericht uns vorgelegt war. (Allseitige Zustimmung.) Dann hätten wir beides zusammen. (Abgeordneter Hoffmann: Das war nicht zu machen!) Das war sehr wohl zu machen. — Das hat er nicht getan.

Auf der anderen Seite will ich anerkennen, daß wir nach dem Wortlaute der Geschäftsordnung heute darüber beschließen müssen. Nun verschlägt es doch gar nichts, meine Herren, ob wir das jetzt am Anfang oder am Schluß der Sitzung tun. Liegt der stenographische Bericht auch am Schluß der Sitzung nicht vor, nun gut, dann werden wir nach der Geschäftsordnung auch ohne das so zu verfahren haben, wie die Geschäftsordnung das vorschreibt. Liegt er aber vor, dann desto besser, dann haben wir die Möglichkeit, ganz genau noch einmal aus dem Wortlaut uns zu unterrichten, wie weit der Abgeordnete Hoffmann im Rechte gewesen ist mit seiner Beschwerde und wieweit nicht. Ich möchte von diesem Standpunkt aus vorschlagen, daß wir dem Antrage nachgeben und abwarten, ob nachher der stenographische Bericht vorliegt oder nicht.

Da nun den Freiherrn v. Erffa der Ruhm Kröchers nicht schlafen läßt, so rief er den Genossen Hoffmann am 1. März d. J. wegen Beschimpfung des Krieges zur Ordnung. Dagegen beabsichtigte Hoffmann im Einverständnis mit der sozialdemokratischen Fraktion Einspruch zu erheben, der folgenden Wortlaut haben sollte:

Gegen den mir in der Sitzung vom 1. März wegen angeblicher Beschimpfung des Krieges erteilten Ordnungsruf erhebe ich auf Grund des § 64 der Geschäftsordnung Einspruch, da der Krieg weder ein Mitglied des Hauses, noch der Regierung ist, ebensowenig aber eine abwesende Persönlichkeit ist, die sich nicht verteidigen kann.

Als man aber den zur Geschäftsordnung erschienenen Nachtrag zur Hand nahm, fand man im § 64 an Stelle des oben zitierten Satzes folgenden:

Gegen den Ordnungsruf oder die Ausschließung durch den Präsidenten kann der betreffende Abgeordnete spätestens am folgenden Tage schriftlich Einspruch erheben. Das Haus entscheidet frühestens in der nächsten Sitzung nach Eingang des Einspruchs ohne Besprechung, ob der Ordnungsruf oder die Ausschließung gerechtfertigt war.

Auch die befragten bürgerlichen Abgeordneten hatten keine Ahnung von der Aenderung dieses Passus. Selbst ein Abgeordneter, der als Mitglied in der damaligen Kommission mitgearbeitet hat, erklärte, es habe darüber keine Diskussion stattgefunden, er überzeugte sich erst durch Nebeneinanderhalten der beiden Sätze von dem geänderten Wortlaut. Wir haben nun den Kommissionsbericht vom 27. April 1910 durchgesehen. Daraus geht hervor, daß niemand zu diesem Passus gesprochen hat; nur in dem abgedruckten Antrag ist er zu finden. Auch in der Sitzung vom 6. Mai 1910, wo die Aenderung beschlossen wurde, hat kein Redner dazu ein Wort verloren. Auch der Referent hat die Aenderung mit keiner Silbe berührt, so daß wohl anzunehmen ist, daß alle Abgeordnete mit Ausnahme des Antragstellers, da sich die ganze Debatte um den polizeilichen Hinauswurf von Abgeordneten (Hausknechtsparagraph) drehte, diesen Satz für den unveränderten Satz des alten Paragraphen hielten und so die neue Bestimmung ahnungslos annahmen.

Ist die Sache auch in diesem Fall nicht kläglich zu nehmen, so kann doch zweierlei dabei festgestellt werden. Erstens, daß den „Schiebern" sehr viel daran liegt, zu verhindern, daß durch das Stenogramm die Berechtigung des Einspruchs geprüft werden kann, und zweitens, daß man bei neuen Kommissionsvorschlägen dreifach mißtrauisch prüfen muß, ob etwa eine mehr oder minder unschuldige redaktionelle Aenderung mit unterlaufen ist.

Herrn v. Erffa ist durch diese stillschweigende Aenderung eine Galgenfrist gegeben, sich als würdiger Nachfolger Jordans, des starken Mannes, zu zeigen. Aber wenn er so fortfährt, wird ihn sein Verhängnis schon früher oder später ereilen.

Der Krieg.

Ein Gefecht bei Ainzara.

Tripolis, 5. März. (Meldung der Agenzia Stefani.) Gestern früh brach ein erythräisches Bataillon mit einer Abteilung Kavallerie und einer Gruppe Kamelreiter von Tripolis auf und zog über Ainzara gegen Bir el Turk, um einen Ort, der als Bir Redancenif bezeichnet wird, zu erkunden. Von hier aus waren nämlich, wie man annahm, Gruppen von Türken und Arabern ausgezogen, um Ainzara nachts durch Schüsse zu beunruhigen und Plünderer in die Oase von Tadjura zu entsenden. An Ort und Stelle angekommen, ging das Bataillon in Reihen vor und detachierte eine Kompagnie und die Kavallerieabteilung zum Schutz der rechten Flanke. Der Ort wurde jedoch verlassen gefunden; man fand aber Spuren eines kurz vorher verlassenen Lagers. Es war etwa elf Uhr vormittags, als plötzlich die auf dem rechten Flügel stehende Kompagnie von etwa dreihundert Arabern angegriffen wurde, die augenscheinlich die Absicht hatten, die rechte Flanke des Bataillons zu umgehen, um ihm dem Rückzug nach Ainzara abzuschneiden. Die Kompagnie nahm den Kampf sofort mit großem Feuer auf, da aber der Feind ständig stärker wurde und seine Umgehungsbewegung mit Nachdruck fortsetzte, gab der Befehlshaber des Bataillons den Kompagnien den Befehl, gegen die bedrohte rechte Flanke zu nacheinander aufzumarschieren, um so das Manöver des Feindes zu vereiteln und die Verbindung mit Ainzara aufrechtzuerhalten. Der Kampf dauerte bis fünf Uhr nachmittags, bis die Askari eine beherrschende Stellung gefunden hatten, auf der sie sich ordnen und den Feind zum Rückzug zwingen konnten. Das Bataillon kehrte in der Nacht nach Ainzara und von da nach Tripolis zurück. Es führte neun Tote und achtundzwanzig Verwundete, die es während des Tages verloren hatte, mit sich, ebenso deren Waffen und die Munition. Die Verluste des Feindes betrugen mehr als hundert Tote.

Eine Komödie.

Tripolis, 5. März. (Meldung der Agenzia Stefani.) Auf Einladung der Zauia Sidi wohnte gestern General Salsa als Vertreter des Gouverneurs gemeinsam mit anderen hohen Verwaltungsbeamten und viel Offizieren in der Moschee Sidi Jakub den Gebeten zur Feier des Geburtstages des Propheten bei. Nach den Gebeten wurden die Gäste bewirtet. Es ist dies das erstemal gewesen, daß in Tripolis Christen in eine Moschee eingeladen worden sind.

Ein Dementi.

Rom, 5. März. Die Agenzia Stefani bezeichnet die Meldung des „Temps", wonach einige italienische Kriegsschiffe vor Durazzo erschienen wären, für falsch.

Die Revolution in China.

Stellungnahme der Regierung von Nanking zur Soldatenrevolte.

Peking, 4. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In Beantwortung eines Berichts der Nankinger Delegierten, die sich jetzt in Peking befinden, erklärte Sunhatsen, er werde nicht länger darauf bestehen, daß Juanschikai Nanking besuche. Er billigte den Entschluß der Delegierten, vier aus ihrer Mitte auszuwählen, die nach Nanking zurückkehren sollen. Diese sollen dort die Anschauungen der Mächte darlegen und den Republikanern des Südens auseinandersetzen, wie erwünscht es wäre, wenn die Nankinger Regierung nach Peking käme, um eine starke Koalition herbeizuführen. Infolgedessen bereitet sich die Deputation auf die Abreise vor.

Nach Berichten aus dem Innern und nach Beobachtungen von Gruppen von Fremden, die täglich aus den ländlichen Bezirken ungefährdet in der Stadt ankommen, wird überall von Soldatenbanden geplündert. Peking ist überraschend ruhig. Die Gesandtschaften sind jetzt der Meinung, daß die Ordnung wiederhergestellt werden kann, wenn die Soldaten im Süden nicht auch meutern.

Die Lage in Tientsin.

Tiensin, 4. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Obgleich heute in der Stadt alles ruhig ist, herrscht doch eine gedrückte Stimmung; der ganze Handel stockt. Am meisten hatten die Pfandleihen unter Plünderung zu leiden. Die Spuren der Aufrührer sind in allen bedeutenden Verkehrsstraßen wahrzunehmen. In einigen Straßen liegen halbverbrannte Leichen auf dem Damm. Auch heute wurden wieder eine Reihe von Hinrichtungen vollzogen. Zwei Kompagnien englischer Infanterie bleiben in Fengtai, die übrigen kehren hierher zurück.

Große Aufregung rief heute nachmittag ein telephonischer Bericht des russischen Konsuls hervor, wonach siebenhundert chinesische Soldaten in das Dorf Tatschiku, eine Meile von den fremden Niederlassungen entfernt, eingedrungen sein und so gegen die Bestimmungen der Abmachung gehandelt haben sollten, die die Anwesenheit chinesischer Truppen innerhalb eines Umkreises von sieben Meilen um die Fremdenniederlassungen verbietet. Die fremden Militärbehörden beschlossen, gemeinsam vorzugehen, um die Eindringlinge zu entfernen. Britische, deutsche, französische, russische und japanische Truppenabteilungen wurden zu diesem Zweck aufgeboten. Indessen stellte sich nach einer vorgenommenen Rekognoszierung die Nachricht des russischen Konsuls als irrig heraus, da keine chinesischen Truppen das verbotene Gebiet betreten hatten. Es wurden jedoch Vorsichtsmaßregeln getroffen, um jede derartige Gebietsverletzung sofort zur Kenntnis zu bringen.

Verstärkung der Gesandtschaftswachen.

London, 5. März. Nach einer Morgenblättermeldung aus Nanking vom 4. März sind auf Ersuchen der Delegierten der Nationalversammlung, die sich in Peking befinden, 3000 Mann republikanische Truppen von Tschinkiang nach Tientsin beordert worden. Liuanheng erklärte, er sei bereit, sofort mit einer Armee von Wutschang nach dem Norden zu rücken. Es werden Vorbereitungen getroffen, um Truppen von Hsutschoufu nach der Pukoubahn abzusenden.

Nach einer anderen Blättermeldung aus Peking vom 4. März glaubt Juanschikai der Lage in Peking jetzt Herr zu sein, im Innern dagegen verbreite sich die Anarchie. Die Gesandtschaftswachen sind seit gestern um 600 Mann, Engländer, Franzosen, Amerikaner und Japaner, verstärkt worden. Für Dienstag werden weitere 1000 Mann japanischer Truppen aus Port Arthur in Tientsin erwartet. Infolge der Entfernung chinesischer Truppen sind jetzt die Mandschutruppen numerisch weit stärker, als die chinesischen. Innerhalb und außerhalb der Stadt stehen jetzt 18 000 Mann Mandschutruppen. Im Sommerpalast stehen ferner noch Truppen der Prinzengarde. Die chinesischen Truppen zählen nur 5500 Mann, und unter den 5000 Mann der Militär- und Stadtpolizei befinden sich auch nur wenige Chinesen.

Washington, 4. März. Der amerikanische Gesandte in Peking, Calhoun, hat die Instruktion erhalten, nach Manila um Entsendung von siebenhundert Mann Verstärkung zu telegraphieren, sobald ihm nach Beratung mit den anderen diplomatischen Vertretern in Peking die Gegenwart starker Kräfte ratsam erscheint.

Charbin, 5. März. Der russische Konsul in Tientsin hat aus Anlaß der letzten Unruhen und wegen der die Ausländer bedrohenden Stimmung um Entsendung von Truppen zum Schutze der russischen Niederlassung gebeten. Es wird beabsichtigt, drei Kompagnien der Grenzwache zu entsenden.

Ausweisung von Chinesen aus Niederländisch-Indien.

Haag, 5. März. Die Regierung von Indien beabsichtigt, etwa 100 Chinesen, die bei den Unruhen von Sarabaja am meisten bloßgestellt sind, zeitweilig aus Niederländisch-Indien auszuweisen. Die Bewegung hat ihre Anhänger hauptsächlich unter den chinesischen Arbeitern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. März 1912.

Die weiße Weste mit schwarzem Trauerrand.

Aus dem Reichstag, 5. März 1912. Mit Herrn Dr. Oertel begann die gestrige Sitzung, die immer noch im Zeichen der Debatten über den Etat des Reichsamts des Innern steht, und mit Herrn Dr. Oertel, der seine angegriffene „weiße Weste mit schwarzem Trauerrand" in einer persönlichen Bemerkung verteidigte, schloß sie auch — Oertel vorn und Oertel hinten! Aber dem geistigen (wenn man dies harte Wort in diesem Zusammenhang brauchen darf) Führer des Bundes der Landwirte zuzuhören, war zum mindestens nicht langweilig und manchmal auch genußreich. Den dicken Oertel eben wegen seines Leibesumfanges oder wegen seiner oben zitierten Weste als einen Bojaz abzutun, wäre nicht nur unhöflich, sondern auch politisch unklug. Herr Dr. Oertel, sicher einer unserer grimmsten und gehässigsten Gegner, ist ein Mann, der weiß was er will und der in nicht übler Form zu sagen versteht, was er will. Ohne jedes falsche Pathos, das im Reichstag so peinlich wirkt wie in der Volksversammlung, vermag er doch volltönend in das Saitenspiel agrarischer Dialektik zu greifen und ist auch ein schlagfertiger Redner, der auf Zwischenrufe lauert, um sie wie ein Stier aufzufangen und geschickt zurückzuschleudern. Das bewies er auch in seiner gestrigen Rede, die keine Jungfern-, sonder eine Demi-vierges-, eine Halbjungfernrede war, denn vor 1908 hatte der Freiberger Kreis das Vergnügen, von diesem extremen, aber amüsanten Reaktionär vertreten zu sein. Was er gestern vorbrachte, war die alte konservativ-agrarische Litanei. Ausbeutung und schonungslose Unterdrückung derer, die sich gegen die Ausbeutung stemmen — dies war der Kern seiner Ausführungen oder ins Agrarische übersetzt: lückenloser Zolltarif und Arbeitswilligengesetz! Daneben behandelte er noch allerhand Fragen und sprang hin und her, von der Zigeunerplage bis zur Frauenbewegung, der er sympathisch gegenüberstehe, solange sie nicht politisch werde, von der elsaß-lothringischen Frage, in der seine Freunde vorausgesagt hätten, wie alles kommen werde, bis zu den Nationalliberalen, denen er giftgetränkte Pfeile in den Koller jagte.

Was der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück zu der Forderung eines Ausnahmegesetzes erwiderte, bewegte sich auf der Linie seiner vor kurzem gebrauchten Aeußerungen. Im Grunde genommen war es nicht eine Absage an die scharfmacherische Rechte: Wir folgen Euch auf Euren Pfaden nicht!, sondern eine beschwichtigende Mahnung: Aber, Kinder, Ihr habt doch schon, was Ihr wollt! Der § 153 der Gewerbeordnung macht doch heute schon ganze Arbeit und seine Hoffnung, es werde auch ohne eine besonderes Ausnahmegesetz gehen, wenn nur die richterlichen Behörden ihre Pflicht täten, war eine direkte Aufreizung an die betreffenden Stellen, durch eine drakonische Justizpraxis das von Herrn Oertel und Genossen so heiß ersehnte Ausnahmegesetz auf stillem Wege ins Leben treten zu lassen. Im übrigen verbreitete sich Herr Delbrück mit ermüdender Ausführlichkeit über die gleichfalls von Herrn Dr. Oertel angeschnittene Mittelstandsfrage: bäuerlicher Mittelstand, dem es verhältnismäßig gut gehe, gewerblicher Mittelstand, dem von den Bundesstaaten gesetzlich geholfen werden müsse, und dergleichen mehr, bis seine Rede in gänzlicher Interesselosigkeit unterging.

Der folgende Redner, der Nationalliberale Marquart, Vorsitzender des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen, legte dann mit einem echt nationalliberalen und echt professoralen falschen Pathos los und erregte im Anfang stürmische Heiterkeit, als er, wider den Brauch des „hohen Hauses" die Anwesenden stets mit „Verehrte Anwesende!" anredete. Sonntagsruhe und Achtuhrladenschluß waren die gewiß nicht unwichtigen Probleme, die er aber in seiner Rede mit einem Donnerrollen und mit Gebärden hin und her wälzte als wollten die Titanen den Pelion auf den Ossa türmen. Schließlich kam Herr Gotthein, der einer der klügsten und beschlagensten Köpfe der Fortschrittlichen Volkspartei, freilich nur ein Freihändler der alten Schule ist. Er verbreitete sich in einer recht sachverständigen, aber auch recht länglichen Rede über wirtschaftspolitische Probleme, insbesondere über Zolltarife, Handelsverträge und Kartelle. Zuweilen ging er auch mit gutem Humor seinen Widersachern zu Leibe und wußte namentlich auch dem Zentrumsmann Dr. Mayer-Kaufbeuren nicht übel heimzuleuchten, der sich neulich als agrarpolitischer „Sachverständiger" produziert hatte.

Heute 1 Uhr natürlich Fortsetzung der Debatten.

Bergetat.

Am Dienstag hat das Abgeordnetenhaus die zweite Lesung des Etats der Bergverwaltung beendet. Die Debatte verlor sich in Einzelheiten, teils lokaler Natur. Zwischendurch wurden auch Beamtenwünsche zur Sprache gebracht. Wie viel in dieser Hinsicht gerade im Bereich der Bergverwaltung noch zu tun ist, beweist der Uebelstand, daß sogar ein nationalliberaler Redner über die Verhältnisse der technischen Beamten, die schlechter als die juristischen gestellt sind, bewegte Klagen führte und daß die Vertreter des Zentrums indirekt zugeben mußten, daß die Sicherheitsmänner Schikanierungen seitens der Beamten ausgesetzt sind. Auch gegen das von der Regierung eingeführte Prämiensystem, das ein Mittel verschärften Druckes auf die Arbeiter bedeutet, wurden Bedenken vorgebracht.

Die speziellen Verhältnisse im Oberharz besprach Genosse Leinert, der wiederholt in die Debatte eingriff. Insbesondere schilderte er die Abhängigkeit der gesamten dortigen Bevölkerung von dem Fiskus, der die Massen geradezu zur Auswanderung treibt, anstatt ihnen ihre Heimat angenehm zu machen. Daß der Fiskus die niedrigsten Löhne zahlt und dadurch auch die übrige Industrie anreizt, die Löhne niedrig zu halten, ist eine Tatsache, die ein ebenso eigenartiges Licht auf die Sozialpolitik Preußens wirft, wie das Eingeständnis des Ministers, daß der Fiskus die Veränderung der Lebensmittelpreise nur bedingt zur Grundlage einer Lohnerhöhung nehmen kann, daß vielmehr vor allem die Rentabilität steigen müsse. Was ist das anderes als was wir stets behauptet haben, daß der Staat dem Privatunternehmer in bezug auf die Ausbeutung der Arbeiter vorangeht.

Am Mittwoch fällt die Sitzung aus.

Am Donnerstag stehen kleinere Etats auf der Tagesordnung.

Das neue Regiment in Bayern.

In den bayerischen Regierungskreisen herrscht noch immer Faschingsstimmung. Nachdem ein einseitiges klerikales Parteiministerium gebildet worden ist und zugleich die Zentrumsmehrheit der Abgeordnetenkammer, um an dem politischen Charakter des jetzigen klerikalen Regiments keinen Zweifel aufkommen zu lassen, sämtliche Posten des Präsidiums mit ihren Vertrauten besetzt hat, kommt plötzlich der Obergeschäftsführer dieser Parteiregierung, der neugebackene Ministerpräsident Freiherr v. Hertling, und erklärt feierlichst vor der versammelten Abgeordnetenkammer, sein Ministerium sei durchaus keine Parteiregierung; alle Minister (mit Einschluß seiner eigenen Person) gehörten keiner politischen Partei an, und das Ministerium werde daher auch den Parteien und ihren Bestrebungen kein Hindernis in den Weg legen — soweit und solange sie auf dem Boden der Verfassung stünden.

Diese schöne Erklärung des Freiherrn v. Hertling geht beinahe noch über die bekannte Versicherung der Zentrumsfraktion des Reichstages hinaus, das Zentrum sei keine von der katholischen Kirche abhängige, konfessionelle Partei.

Nach der Meldung des Wolffschen Telegraphen-Bureaus hat nämlich Freiherr von Hertling in der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten im Namen des Gesamtministeriums eine Erklärung abgegeben, in der er betonte, daß das Ministerium kein parlamentarisches sei und auch nicht als Uebergang zum parlamentarischen System bezeichnet werden könne. Er und die anderen Minister gehörten keiner politischen Partei an. Ueber die Stellung zu den Parteien führte der Minister aus, daß es ein anormaler Zustand sei, wenn Regierung und Parlamentsmehrheit sich feindlich gegenüberständen, wodurch der gedeihliche Fortgang und der leichte Gang der Verwaltung gehemmt würden. Die Regierung müsse eine Mehrheit im Parlament haben; es müsse auch trotz der durch den Wahlkampf hervorgerufenen Erbitterung möglich sein, sich zu positiver Arbeit zusammenzufinden. Das neue Ministerium sei homogen, und dem Parlament werde ein einheitlicher Wille entgegentreten; vor allem sei die Autorität des Staates hochzuhalten und zu stützen im Sinne der geschichtlich gewordenen, allein berechtigten und verfassungsmäßig gestützten Monarchie. Den Parteien werde das Ministerium kein Hindernis entgegensetzen, solange sie auf dem Boden der Verfassung ständen. Ferner betonte der Minister, daß die christliche Religion beschützt und erhalten werden und die Grundlage des gesamten Erziehungswesens bilden solle. Bezüglich der Stellung Bayerns im Reiche und zum Reiche werde er wie sein Vorgänger es als seine Pflicht erachten, den Reichsgedanken in Bayern zu hegen und zu kräftigen und im Bundesrate für die Rechte Bayerns einzutreten. Vor allem aber dürfe die Finanzhoheit der Einzelstaaten nicht gemindert und das Besteuerungsrecht des Reiches nicht auf das Besteuerungsgebiet der Bundesstaaten ausgedehnt werden. Eine ungeminderte Finanzhoheit der Einzelstaaten sei schlechterdings erforderlich, weil ohne sie die Kulturaufgaben nicht erfüllt werden könnten. Wie die Krone und die Regierung bisher die Empfindungen und Rechte der protestantischen Bevölkerung geachtet habe, so solle es bleiben. Mit der Hochachtung vor der eigenen Ueberzeugung müsse Achtung vor der fremden Ueberzeugung verbunden sein. Nachdem der Minister weiterhin betont hatte, daß sowohl der Landwirtschaft wie der Industrie und dem Mittelstande die weitere Fürsorge der Regierung zugewendet sein werde, der auch die Pflege von Kunst und Wissenschaft am Herzen liege, schloß er mit der Versicherung, daß das Programm der Regierung ein Programm des Friedens sei, **daß aber die Regierung Bestrebungen, die die staatliche Ordnung zu erschüttern drohten, die schärfste Abwehr entgegensetzen werde.**

Einen Wert an dieser langen Erklärung haben **nur die** Worte über die Finanzhoheit der Einzelstaaten und über die Abwehr der Bestrebungen, welche die staatliche Ordnung zu erschüttern drohen. Der Phrasen entkleidet, bedeuten diese Worte, daß die neue „unparteiische" Regierung sich in Bayern völlig den Parteiforderungen des Zentrums unterwirft und deshalb einerseits im Bundesrat gegen die geplante Erbschaftssteuer auftreten und andererseits scharf gegen alle bayerischen Staatsbeamten vorgehen wird, die sozialdemokratischer Gesinnung verdächtig sind. **Eine recht** seltsame Parteilosigkeit!

Auflösung des Schwarzburg-Rudolstädter Landtages.

Wie wir noch in der gestrigen Nummmer unter „Letzte Nachrichten" meldeten, hat die Schwarzburg-Rudolstädter Regierung den Landtag des kleinen thüringischen Ländchens aufgelöst, weil die sozialdemokratische Mehrheit (9 Sozialdemokraten unter insgesamt 16 Mitgliedern) die von der Regierung geplante Wahlrechtsverschlechterung abgelehnt hat, die den Höchstbesteuerten eine größere Vertretung im Landtage sichern sollte. Ueber die letzte Sitzung am Dienstag wird uns aus Rudolstadt berichtet:

„Am Dienstag gelangte der Wahlgesetzentwurf zugunsten der Höchstbesteuerung zur Beratung. Der Rechts- und Gesetzausschuß, der den Entwurf der Regierung zu begutachten hatte, kam in seiner Mehrheit zu dem Beschluß, dem Landtag die Ablehnung zu empfehlen. In der Begründung wurde ausgeführt, daß eine Aenderung des Wahlrechts nur im Sinne der Verhältniswahl erfolgen könne. Der Staatsminister Frhr. v. d. Recke bedauerte zunächst den Beschluß des Ausschusses, denn die Ablehnung bedeute materiell auch die Ablehnung des Etats, da die Steuer- und Finanzgesetze von der Wahlrechtsvorlage abhingen. Er er-

suchte deshalb die Sozialdemokraten nochmals, den Entwurf anzunehmen. Eine Ablehnung würde Folgen haben, die für das Land von großer Wichtigkeit seien. Die Regierung habe gehofft, mit unserer Fraktion die Geschäfte führen zu können, und in der ersten vertraulichen Sitzung hätte es auch auf Grund gegenseitiger Konzessionen den Anschein gehabt, als ob eine Verständigung erfolgen werde. Dann sei jedoch die Stimmung plötzlich umgeschlagen. Auf die Wahlgesetzvorlage könne die Regierung nicht verzichten.

Namens der Minderheit des Gesetzausschusses gab Abgeordneter Sommer (liberal) die Erklärung ab, daß die bürgerlichen Abgeordneten die Gründe der Regierung als stichhaltig anerkennen müßten. Er und sein Parteifreund Crone hätten gern einen Teil der ihnen sympathischen sozialdemokratischen Forderungen unterstützt.

Von unserer Fraktion kamen fünf Redner zum Wort. Genosse Oswald führte aus, daß die Regierung seit langen Jahren jede fortschrittliche Entwicklung der Finanzgesetze verhindere, indem sie die Wahlrechtsvorlage damit verkuppele. Die Wähler hätten sozialdemokratische Abgeordnete ins Parlament geschickt, um endlich einmal eine freiheitliche Entwicklung in der Landtagspolitik zu sehen. Als Antwort bringe die Regierung einen Entwurf ein, der vor 40 Jahren verliehene Privilegien zugunsten der Höchstbesteuerten weiter ausbauen anstatt beseitigen wolle. Das sei eine direkte Verhöhnung der Wähler.

Der Staatsminister versuchte, unserm Genossen entgegenzutreten, hatte aber damit wenig Glück. Unsere Genossen Scholl, Finke und Frötscher betonten ebenfalls den Standpunkt unserer Partei. Genosse Hartmann geißelte die ganze bisherige Regierungspolitik, die er als eine traurige Krämerpolitik bezeichnete. An der ganzen unfruchtbaren Politik seien nur die Regierung und die bürgerlichen Abgeordneten schuld. Warum habe man die Vorlage nicht zurückgezogen? Richtig sei, daß in der ersten vertraulichen Besprechung eine Annäherung möglich schien, da die Linke glaubte, die Regierung würde in der Wahlrechtsfrage nachgeben. Dann sei die Regierung aber von bürgerlichen Abgeordneten scharfgemacht worden und habe erklärt, sie müsse an der Vorlage festhalten. Die Regierung hätte uns provoziert, denn sie wußte, daß wir prinzipiell gegen den Entwurf waren. Hätte man das Gesetz gelassen, wie es war. Wenn die Regierung glaube, daß wir um den Preis des Zusammenarbeitens mit ihr alles schlucken, dann irre sie sich. Die Regierung wolle den Kampf, wir fürchten ihn nicht. Jetzt müsse er durchgefochten werden, sonst mißachte die Regierung weiter den Willen des Volkes.

Die letzten Ersatzwahlen in Elsaß-Lothringen.

Ueber die vier Landtagswahlen, die, wie wir gestern bereits berichteten, am Sonntag in Elsaß-Lothringen stattgefunden haben, wird uns nachträglich von einem elsässischen Mitarbeiter geschrieben:

„Die Wahlen am Sonntag brachten in dem oberelsässischen Wahlkreise Hüningen-Sierenz und in dem lothringischen Wahlkreise Saargemünd die Wiederwahl der kassierten Zentrumsabgeordneten Dr. Brom und Hoen mit verstärkten Mehrheiten. In beiden Kreisen erfuhren auch die Stimmen der sozialdemokratischen Gegenkandidaten eine Zunahme: in dem einen Wahlkreise um 90, im andern um 203 Stimmen. Hingegen gingen die liberalen Stimmen zurück: in Hüningen-Sierenz von 955 auf 534, also fast um die Hälfte, in Saargemünd noch ärger. Ein zweiter Wahlgang (nicht eine Stichwahl zwischen den beiden meistbegünstigten Kandidaten, wie bei den Reichstagswahlen) hat am nächsten Sonntag stattzufinden in dem oberelsässischen Wahlkreise Habsheim-Landser und in dem unterelsässischen Kreise Sulz u. W.-Wörth. Im letzteren, wo die Sozialdemokratie nicht in Betracht kommt, stehen sich der bisherige liberale Inhaber des Mandates und ein vom Zentrum unterstützter „Unabhängiger" mit fast gleichen Stimmenzahlen gegenüber, während gegen 200 Bauernbundstimmen zugunsten des klerikalen Reaktionärs den Ausschlag zu geben drohen; und in Habsheim-Landser erzielte der kassierte Zentrumsabgeordnete und erneute Kandidat Brogly 2607 Stimmen, während der sozialdemokratische Kandidat Müller-Möglin, der seine Stimmen gegen 1911 um 208 steigerte, 2001 und der Liberale 832 Stimmen erhielt, 136 weniger als vor fünf Monaten. Rückgang der liberalen, Anwachsen der sozialdemokratischen und der Zentrumsstimmen, das ist die Signatur dieser durch die Wahleinspruchsentscheidungen des Kaiserlichen Oberlandesgerichts in Colmar herbeigeführten Nachwahlen, mit deren zahlenmäßigem Ergebnis die Sozialdemokratie um so mehr zufrieden sein kann, als dabei die alten Wählerlisten von 1911 noch gelten und die Sozialdemokratie als die Partei der Arbeiterklasse infolge größerer Fluktuation ihrer Wählerschaft von vornherein dabei im Nachteil ist. Das Zentrum ist noch mehr zufrieden, hat es doch bisher noch alle kassierten Mandate wiedergewonnen, ja, es hat Aussicht, den Liberalen am nächsten Sonntag das einzige ihrer kassierten Mandate zugunsten eines als „Unabhängiger" maskierten Zentrümlers abzunehmen. Allerdings hat das Zentrum diesmal auch mit einer Raserei gearbeitet, die beispiellos ist, hieß es doch z. B. in einem Wahlaufruf der Zentrumspartei, den die oberelsässische Zentrumspresse an leitender Stelle abdruckte:

„Und macht Euch klar: Keiner darf diesmal fehlen. Was Beine hat, muß auf unserer Seite an die Urne gebracht werden. Und zwar gleich um die Mittagsstunden, die bekannten säumigen Wähler zuerst. Sogar Kranke, bei denen es immer möglich ist, müssen an die Urne getragen werden!"

Und ein Zentrumskaplan sagte in einer Wählerversammlung vor den sozialdemokratischen Gegnern:

„Die Kassierung dieser beiden Wahlen (Habsheim-Landser und Hüningen-Sierenz) durch das Oberlandesgericht ist eine Schandtat. Wir Geistlichen werden uns von den Herren von Colmar keine Vorschriften machen lassen, wir werden trotzdem politisch tätig sein, und zwar nicht nur in Versammlungen, sondern auch auf der Kanzel! ..."

Das ist doch wohl der Gipfel. Eine Steigerung darüber hinaus bei künftigen Wahlen muß als ausgeschlossen gelten.

Die Präsidentenfrage im Reichstag.

Am Freitag hat der Reichstag die Wahl der Präsidiums, nach der Geschäftsordnung des Hauses, zu wiederholen. Früher war diese Wiederholung eine reine Formalität, diesmal ist es ein Akt, dem man mit gespanntestem Interesse entgegensieht. Zwischen den Nationalliberalen und den Schwarzblauen finden fortgesetzt Verhandlungen statt, an denen sich namentlich der Graf Westarp eifrig beteiligt. Dennoch ist man bis jetzt noch zu keinem Resultat gekommen. Die Zusammensetzung des Präsidiums aus einem Nationalliberalen, einem Zentrumsmann und einem Fortschrittler stößt auf den lebhaftesten Widerstand der Konservativen, die alles daran setzen, den Schnapsbrenner Dietrich auf die Stelle des ersten Vizepräsidenten zu bringen. Das Zentrum wieder will den Nationalliberalen nicht die Stelle des Präsidenten zugestehen. Als stärkste bürgerliche Fraktion des Reichstags macht es selbst darauf Anspruch. Die Entscheidung liegt bei den Nationalliberalen. Infolge der Zerrissenheit dieser Partei wird die Sache wahrscheinlich so auslaufen, daß die Schwarzblauen die Plätze im Präsidium unter sich teilen werden.

Verfassungs- und Wahlrechtsdebatten im sächsischen Landtage.

Zwei Anträge auf Aenderung der sächsischen Verfassung standen am Dienstag im Landtage zur Beratung. Zunächst ein Antrag der Freisinnigen, der jährliche Tagungen des Landtags verlangt. Der freisinnige Abgeordnete Schwager begründete den Antrag mit der Versicherung, daß sie dadurch durchaus nicht alljährliche Etatsperioden verlangten. Der Minister Vitzthum v. Eckstädt lehnte ein Eingehen auf den Antrag ab. Er führte eine ganze Menge sehr fadenscheiniger Gründe an, nur den einen wirklichen nicht, daß die Regierung nicht die jährliche Kontrolle des Landtags wünscht. Namens der Mehrheit seiner Fraktion sprach der nationalliberale Abgeordnete Backler gegen den Antrag. Er brachte zwar eine ganze Menge Material für den Antrag ein, empfahl aber dennoch die Ablehnung. Von unserer Seite sprach Genosse Ilge, der auch jährliche Etatsperioden wünschte. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Freisinnigen auf alljährliche Tagungen gegen die Stimmen der Konservativen und eines Teiles der Nationalliberalen der Rechenschaftsdeputation zur Weiterberatung überwiesen.

Nun folgte der Antrag unserer Fraktion auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Staatsbürger vom 20. Jahre an. Genosse Fleißner begründete den Antrag. Die Minister verließen mit ihren sämtlichen Regierungsräten ostentativ den Saal. Nach Fleißner sprach der nationalliberale Abgeordnete Nitzschke. Er wandte sich gegen den Antrag und versuchte in gewundenen Redereien den Unterschied zwischen Reichstags- und Landtagswahlrecht zu begründen. Von den Konservativen sprach Schmidt-Freiberg. Er erging sich in allerlei Angriffen gegen die Arbeiterbewegung. Nach ihm kam der freisinnige Abgeordnete Günther zum Wort, der auch die Ablehnung des Antrags empfahl. Mit 20 Jahren sei der Staatsbürger noch nicht reif. Genosse Fräßdorf, der das Schlußwort hatte, rechnete in wirkungsvoller Weise mit den Rednern der bürgerlichen Parteien ab. Der Antrag werde wiederkehren.

Das Verlangen unserer Fraktion, den Antrag der Rechenschaftsdeputation zu überweisen, wurde gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt. Der Antrag selbst wurde dann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten niedergestimmt.

Der Kaiser verzichtet.

In der Budgetkommission des elsaß-lothringischen Landtages hat bei der Lesung des Berichts über den Etat der Forstverwaltung der Regierungsvertreter mitgeteilt, der Kaiser habe sich auf Vortrag des Statthalters dahin entschieden, auf die ihm seinerzeit vom Landesausschuß freiwillig angebotene und zur Verfügung gestellte Jagd bei Oberhaslach im Unterelsaß zu verzichten. Die Mehrheit der Budgetkommission hatte nämlich beschlossen, dem Plenum die Verpachtung der Kaiserjagd vorzuschlagen. Der Kaiser hat es also erst garnicht auf eine Entscheidung, die im Sinne des Kommissionsbeschlusses ausgefallen wäre, ankommen lassen.

Für Bassermann und gegen den Großblock,

in der Hauptsache aber für möglichst viel neues Militär und neue Schiffsbauten, hat sich der Württembergische Jungliberale Vertretertag ausgesprochen, der am letzten Sonntag in Stuttgart tagte. Die jungliberalen Herren, die übrigens in ihrer großen Mehrzahl das Schwabenalter erreicht oder bereits überschritten haben, ließen sich vom neugebackenen Reichstagsabgeordneten Keinath einen Vortrag über die Vorgänge im Reichstag halten. Der Redner meinte, wer heute noch auf ein Auseinanderfallen der Reichstagsfraktion spekuliere, werde gründlich enttäuscht werden. Mit anderen Worten: die um Bassermann haben sich den Scharfmachern in der Fraktion löblich unterworfen. „Der Wunsch nach Großblockpolitik bestehe außerhalb Badens und Bayerns nirgends," ließ sich der Referent weiter vernehmen. Für eine Wehrvorlage und nationale Fragen sei eine unbedingte Mehrheit vorhanden, die ein tatenfroher Reichskanzler zu benützen verstünde. Zum Schluß beschlossen die Herren:

„Der Vertretertag der württembergischen Jungliberalen billigt uneingeschränkt die programmatischen Ausführungen der Abgeordneten Bassermann, Junck und Paasche und hegt die Zuversicht, daß die ganze Reichstagsfraktion mit allem Nachdruck auf die Verwirklichung dieser echt liberalen und von sozialem Geist durchdrungenen Forderungen hinarbeitet. Ebenso erwarten wir von der Fraktion, daß sie die dringenden Forderungen für unsere Wehrmacht rückhaltlos bewilligt und für die notwendig werdende Deckung der daraus entstehenden Kosten durch die Erbschaftssteuer eintritt."

Amtliches Ergebnis der Wahl im Siegburger Wahlkreise.

Bei der am 1. d. Mts. im Wahlkreis Köln 5, Siegkreis-Waldbröl vorgenommenen Reichstagsersatzwahl wurden 17 378 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Justizrat Trimborn (Z.) 17 002, Kaufmann Schneider-Deutlingen (Wildsz.) 79, Korvettenkapitän a. D. v. Holleben-Honnef (Natl.) 68, Pfarrer Hein-Kapellen (Christlichsozial 43, Pfarrer Lambertz-Dedenborn (Z.) 31 Stimmen; zersplittert waren 155 St. Gewählt ist somit Trimborn (Z.)

Eine politische Maßregelung

wird dem „Berl. Tagebl." aus Posen gemeldet. Danach hat der Kreisausschuß für den Kreis Gnesen in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, der Firma J. D. Langen, die den „Gnesener Generalanzeiger" herausgibt, den Verlag des „Gnesener Kreisblattes" zu entziehen und der konservativen gegnerischen Zeitung zu übertragen. Der „Gnesener Generalanzeiger" ist bei der letzten Reichstagswahl für den nationalliberalen Kandidaten gegen den konservativen in scharfer Form eingetreten.

Frankreich.

Der Segen der Kolonialpolitik.

„Während Diplomaten und Finanzmänner Marokko zurechtmachen für alle nationalen, übernationalen und internationalen Begehrlichkeiten", schreibt Genosse Jaurès, „verteidigen die Marokkaner mit Flintenschüssen den Rest ihrer Unabhängigkeit. Eine unserer Kolonnen hat 6 Tote und etwa 30 Verwundete zu verzeichnen. Freilich haben wir den Trost, daß die Zahl der auf dem Boden des „Vaterlandes" durch unsere Kugeln niedergestreckten Marokkaner erheblich größer ist. Die Zivilisation schreitet voran. Das „liebevolle Frankreich" richtet sich ein. Das aber ist nur ein Vorspiel. Ehe das Banner Frankreichs dort im Frieden flattert, ehe alle Stämme unterworfen, alle Herzen gezähmt oder gebrochen sind, braucht es mindestens zwei Generationen. Scharmützel und Kämpfe werden einander folgen. Und wir werden den Ruhm haben, ständig im Kriegszustand zu leben. Um dieses von tiefem Haß erfüllte Marokko zu besetzen und zu erhalten, werden wir das Geld, das Blut, die Ehre Frankreichs opfern. In allen internationalen Verwickelungen wird es für uns eine Drohung, eine Verlegenheit sein. Das französische Afrika, von Marokko bis Tunis, wird mindestens drei Armeekorps in Anspruch nehmen. Und wir werden kein Recht mehr haben, vom Rechte zu reden. Wir haben das Recht verloren, an die mohammedanische Welt edle Worte von Gerechtigkeit und humaner Hoffnung zu richten. Die große Politik unserer großen Männer hat es so gewollt.

So sieht es in dem Marokko aus, das unsere Chauvinisten mit Gewalt unseren Finanziers und Karrieremachern zur Verfügung stellen wollten. So steht es um die zur Beschönigung neuer Militärforderungen behauptete „Stärkung der französischen Wehrmacht" durch die begeisterten Söhne Afrikas. Und so spricht in Worten echter Vaterlandsliebe und echter Internationalität der Wortführer der französischen Sozialisten, die von unseren Patriotismus-Lügnern stets als Chauvinisten ihres Schlages hingestellt werden. Zum Ausgleich werden wir deutschen „Vaterlandslosen" von den chauvinistischen Soldschreibern Frankreichs unseren dortigen Genossen als Muster des — echten kapitalistisch-imperialistischen „Patriotismus" hingestellt. Die Schwindler des einträglichen Patriotismus sind überall die gleichen. Um so besser, daß auch die sozialistischen Parteien allerwärts in der Verurteilung des Kolonialraubmords und der Völkerverhetzung mit einander einig sind.

Rußland.

Die Studentenunruhen.

Petersburg, 5. März. Der Stadthauptmann verhängte über dreizehn Studenten und einen Hospitanten der Universität Administrativhaft von einem bis drei Monaten wegen Anreizung zu Studenten-Unruhen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Die außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Wiesbaden-Rheingau tagte am Sonntag in Wiesbaden. Es waren 15 Orte durch 35 Delegierte vertreten. Der Kandidat des Kreises, Genosse Lehmann-Mannheim, hielt einen Rücklick auf die Reichstagswahl. Der Wahlkreis ging bei der diesjährigen Wahl bekanntlich verloren, da das Zentrum im Gegensatz zu 1907 für den Nationalliberalen eintrat. Unsere Genossen haben sich aber wacker gehalten. Die sozialdemokratischen Stimmen stiegen in der Hauptwahl von 12 630 im Jahre 1907 auf 15 222. In der Stichwahl mehrten sich unsere Stimmen um weitere 3000; wir stiegen auf 18 449. Dieser Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen könne — meinte Genosse Lehmann — befriedigen. Ein besseres Verhältnis zwischen Stimmenzahl und der Zahl der politisch Organisierten müsse freilich in Zukunft geschaffen, in mindestens 24 Orten des Kreises könnten neue Filialen des Vereins errichtet werden. — An das Referat schloß sich eine längere Debatte, in der die bei der Wahl gemachten Erfahrungen ausgetauscht und eine Reihe Anregungen gemacht wurden.

Dann beschäftigte sich die Generalversammlung mit der aus der Wahl ganz richtig gezogenen Schlußfolgerung: Anstellung eines Parteisekretärs. Die Errichtung eines Parteisekretariats in weitverzweigten ländlichen Kreisen mit starker sozialdemokratischer Wählerschaft wird immer mehr Notwendigkeit. Und die Erfolge sind bei Anstellung eines Sekretärs auch nicht ausgeblieben. Das zeigen gerade die Nachbarkreise von Wiesbaden: Höchst-Usingen und Hanau. In beiden Kreisen hat die Zahl der organisierten Genossen seit Anstellung eines Sekretärs ganz gewaltig zugenommen. Der Referent zu diesem Punkt, Genosse Demmer-Wiesbaden, betonte, die Frage sei aufgetaucht, weil man sich gesagt habe, daß die Leitung der Parteigeschäfte in dem ausgedehnten Kreise im Nebenamt schlechterdings nicht mehr gemacht werden könne. Das einmal gewonnene Feld müsse erhalten und vergrößert werden. In Wiesbaden selbst und der näheren Umgegend seien noch Tausende von Parteimitgliedern zu holen, und der Kreis in seiner ganzen Ausdehnung bedürfe der systematischen Durcharbeit. Die Anstellung werde sich bald bezahlt machen. Dem Parteivorstande könne es jedenfalls angenehmer sein, jetzt Zuschüsse zu zahlen und bei der Wahl weniger mit besserem Erfolge.

In der Debatte sprachen sich sämtliche Redner für die Errichtung eines Sekretariats aus. Bezirkssekretär Rudolph-Frankfurt a. M. sagte die Förderung durch das Agitationskomitee zu. Die Anstellung eines Sekretärs wurde dann einstimmig beschlossen.

Die Stichwahltaktik des Parteivorstandes.

Eine stark besuchte Versammlung in Bremen nahm am Freitag nach einem Referat der Genossen Paul Lange-Hamburg, in dem das Stichwahlabkommen zwischen Parteivorstand und Fortschrittlicher Volkspartei scharf kritisiert wurde, folgende vom Genossen Pannekoek eingebrachte Resolution an:

„Die am 1. März tagende Mitgliederversammlung des Bremischen sozialdemokratischen Vereins bedauert aufs tiefste das Stichwahlabkommen, das der Parteivorstand mit der Fortschrittlichen Volkspartei abgeschlossen hat, da sowohl die Heimlichkeit wie der Inhalt des Abkommens der Natur einer sozialistischen Massenpartei, die nur durch energischen Kampf gegen die ganze bürgerliche Welt ihre Ziele fördern kann, schnurstracks widerspricht.

Sie erklärt jeden Versuch, mit den Fortschrittlichen und den Nationalliberalen eine gemeinsame Politik der Linken zu treiben, für utopisch und nur geeignet, Verwirrung in das Proletariat zu tragen und die Quellen seiner Kraft, sein Klassenbewußtsein und sein revolutionäres Selbstvertrauen zu verschütten.

Sie erachtet es als notwendig, den großen Machtzuwachs, den unser Wahlsieg der deutschen Arbeiterklasse gebracht hat, in erster Linie zu einem neuen energischen Kampf für die Demokratisierung des Staatslebens auszunutzen, einem Kampf, der nicht im Parlament, sondern nur durch Massenaktionen der Arbeitermassen selbst zum erfolgreichen Ausgang gebracht werden kann; und sie betrachtet nach wie vor den Kampf um das preußische Wahlrecht als die nächste Aufgabe der sozialdemokratischen Partei."

Wenn es in der Resolution heißt, daß der Kampf für die Demokratisierung des Staatslebens nicht im Parlament, sondern nur durch Massenaktionen der Arbeitermassen selbst zum erfolgreichen Ausgang gebracht werden könne, so ist das eine Auffassung, die sich der antiparlamentarischen Denkweise nähert. Wir sind der Meinung, daß im Kampfe des Proletariats um die politische Macht Parlamentsarbeit und Massenaktionen zusammenwirken und einander ergänzen müssen. Im übrigen sind ja solche Resolutionen nicht wörtlich zu nehmen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Trennung der Angestellten von der Arbeiterbewegung. Unter dieser Spitzmarke brachten wir in Nr. 58 des „Vorwärts" den Bericht über einen Prozeß des Genossen Paul Lange in Hamburg gegen den Beamten des Bundes der technisch-industriellen Beamten Erich Kutter in Berlin. Der Prozeß fand in Hamburg statt, also auf Grund des fliegenden Gerichtsstandes der Presse, der von der Sozialdemokratie stets bekämpft worden ist. Nach uns zugegangenen Informationen lag aber für Genossen Lange kein zwingender Grund vor, sich auf diesen anfechtbaren juristischen Weg zu begeben. Wir können uns daher mit dem Vorgehen des Genossen Lange nicht einverstanden erklären und betonen, daß wir nach wie vor an unserer Gegnerschaft gegen den fliegenden Gerichtsstand der Presse festhalten.

Gewerkschaftliches.

An die Arbeiterschaft Groß-Berlins!

Durch den Aufruf der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Nr. 51 des „Vorwärts" vom 1. März wurde bekannt gegeben, daß der Unternehmerschutzverein deutscher Porzellanfabrikanten am 24. Februar d. J. sämtliche Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen aus seinen Betrieben ausgesperrt hat.

Es liegt uns die Pflicht ob, für diese Ausgesperrten die Sammlung zu organisieren.

An die organisierte Arbeiterschaft Groß-Berlins ergeht die dringende Aufforderung, durch Vornahme allgemeiner Sammlungen zur Unterstützung der gemaßregelten Porzellanarbeiter tatkräftig beizutragen.

Wir machen deshalb bekannt, daß von jetzt an in allen Gewerkschaftsbureaus für die Mitglieder, sowie in unserem Bureau, Zimmer 23, für die Vertrauensleute Listen zu haben sind. Die Eingänge werden im „Vorwärts" öffentlich quittiert.

Für Groß-Berlin sind alle Geldsendungen nur an **A. Körsten**, SO. 16, Engelufer 15, zu senden.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Herrenmaßschneider

ist mitzuteilen, daß die Zahl der Tarifanerkennungen fortdauernd steigt, so daß es bis gestern nachmittag 218 Geschäfte waren, die die neuen Vereinbarungen unterzeichnet hatten. Die neueste Nummer des Verbandsorgans der Arbeitgeber widmet dem Streik langatmige Betrachtungen, die ungefähr das ganze Blatt füllen. Dabei wird unter manchem anderen, was ebensowenig zutrifft, von der Ortsgruppe Berlin des Arbeitgeberverbandes erklärt, daß unter den „angeblichen" Bewilligungen, von denen der Schneiderverband der Oeffentlichkeit Mitteilung macht, sich keine von einem Mitgliede des Arbeitgeberverbandes befinde. Man sucht also die Mitteilungen der Arbeitnehmerorganisation in Zweifel zu ziehen, zu dem offenbaren Zweck, die Mitglieder der Arbeitgeberorganisation zum Ausharren zu ermuntern. In Wirklichkeit liegt die die Sache so, daß der Filialvorsitzende des Schneiderverbandes Tag für Tag einen Stoß neuer Bewilligungen zu zählen und zu prüfen hat, und daß man auch ganz genau weiß, daß Mitglieder des Arbeitgeberverbandes unter den Unterzeichnern sind, wenngleich der Schneiderverband selbstverständlich keine Ursache hat, ihre Namen dem Gegner mitzuteilen.

Die Bierfahrer, Mitfahrer, Brauereihofarbeiter und Stalleute führen Klage darüber, daß die Unternehmer keinerlei Schritte tun, das Sonntagsbierausfahren einzuschränken. Der Gruppenleiter Schuldt schilderte in einer Versammlung im Gewerkschaftshause ausführlich den Gang der Verhandlungen mit den Unternehmern und stellte fest, daß seitens derselben bisher auch nicht das geringste geschehen sei, was einer Einlösung der gegebenen Versprechungen bei der Lohnbewegung in dieser Frage ähnlich sähe. Die Unternehmer haben sich bisher vollständig passiv verhalten und ihre Stellungnahme gekrönt mit dem Beschluß, daß das Fahrpersonal an Sonn- und Feiertagen nach 2 Uhr geleistete Arbeit als Ueberstunden nicht bezahlt erhält, obgleich im Tarifvertrage eine Begrenzung der Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen bis 2 Uhr vorgesehen ist. Besonders diese letztere Mitteilung rief bei den Anwesenden helle Entrüstung hervor, die in der Diskussion recht drastisch zum Ausdruck kam. In einer Resolution erklärten die Versammelten, daß der Beschluß des Vereins der Brauereien für sie nicht bindend sein könne, da derselbe ohne Zustimmung der vertragschließenden Organisationen gefaßt wurde, außerdem aber auch eine Tarifänderung bedeutet, zu der die Versammelten niemals ihre Zustimmung geben werden. Die Versammelten geben weiter ihrem Bedauern Ausdruck, daß die Frage der Beschränkung des Sonntagsbierausfahrens noch nicht den gegebenen Versprechungen entsprechend geregelt ist und lehnen es ab, die Verantwortung für entstehende Komplikationen, die mit Wiederbeginn des Sonntagsbierausfahrens zweifellos entstehen werden, zu übernehmen.

Streik bei der Firma Ludwig Löwe in Berlin.

Schon seit einem Jahr versucht die Direktion der Firma Löwe in Berlin mit allen Mitteln, einen gelben Verein in ihrem Betriebe lebensfähig zu halten. Als bei Neueinstellungen sogar Arbeiter gezwungen werden sollten, Mitglied des gelben Vereins zu werden, mußte erst ein Teil der in Arbeit stehenden Kollegen einige Tage streiken, damit die Firma von dieser Maßnahme Abstand nahm. Nun wurde innerhalb des Betriebes von Meistern und sonstigen Betriebsbeamten versucht, Mitglieder für den gelben Verein anzuwerben, was die Arbeiter einer Abteilung ebenfalls veranlaßte, mehrere Tage zu streiken. Dann kam eine Vereinbarung zwischen Direktion und Arbeiterausschuß zustande, wonach eine Agitation für den gelben Verein innerhalb des Betriebes in keiner Weise stattfinden darf. Dadurch wurde für eine längere Zeit eine Art Friede hergestellt. Als jedoch im Dezember v. J. der Formerstreik und die Aussperrung beendet war, glaubte wohl die Direktion der Firma Löwe, daß nun die Arbeiterschaft einer Agitation für die gelbe Organisation nicht mehr den nötigen Widerstand entgegensetzen werde. Mit aller Rücksichtslosigkeit wurde bei der Arbeiterausschußwahl im Januar dieses Jahres die Liste der Gelben den Arbeitern zur Wahl „empfohlen". Durch allerhand Machinationen wurde es möglich, daß die gelben drei und die freiorganisierten Arbeiter fünf Sitze im Ausschuß bekamen.

Als nun in der letzten Zeit sich Betriebsleiter und einzelne Meister nicht scheuten, verschiedenen Arbeitern und Arbeiterinnen mit Entlassung und mit schlechtbezahlter Arbeit zu drohen, wenn sie nicht dem gelben Verein beiträten, da war es mit der Geduld der Arbeiterschaft vorbei. In einer Abteilung (Werkzeugbau), wo die Arbeiter unter diesen Verhältnissen besonders zu leiden hatten, wurde Ende Februar der Streik beschlossen. Als die Direktion mit einer Kommission der Streikenden nicht verhandeln wollte und sich ablehnend verhielt, beschlossen am 2. März etwa 400 Arbeiter ebenfalls den Streik. Demnach streiken im ganzen etwa 600 Metallarbeiter und einzelne Arbeiterinnen. Da es sich hier um einen Kampf um die Koalitionsfreiheit der Arbeiter handelt, so erwarten die Streikenden, daß ihnen die Arbeiterschaft nicht nur von Groß-Berlin, sondern von ganz Deutschland die Sympathie nicht versagen wird, indem Arbeitsangebote für die Firma Löwe in Berlin zurückgewiesen werden.

Die Firma Löwe in Berlin, Huttenstraße, ist für Metallarbeiter und -Arbeiterinnen gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Streik in der Kartonindustrie. Die Unternehmer haben die Anerkennung des Tarifes abgelehnt, so daß es am Montag zum Streik gekommen ist. Es stehen im Ausstand in 43 Betrieben insgesamt 1300 Personen. Auch die Heimarbeiterinnen haben zu einem beträchtlichen Teil sich solidarisch erklärt und die Arbeit ruhen lassen.

An die Berliner Arbeiterschaft ergeht das Ersuchen, auf ihre in der Heimindustrie auf Kartons beschäftigten Frauen, Töchter usw. dahin einzuwirken, daß Streikarbeit nicht geleistet wird. Falls die Leistung von Heimarbeit bemerkt werden sollte, wird um sofortige Benachrichtigung an das Bureau des unterzeichneten Verbandes gebeten. Deutscher Buchbinderverband.

Die Photographengehilfen und -gehilfinnen stehen der modernen Arbeiterbewegung durchweg noch fern. Um sie zu gewinnen, findet am Donnerstag, den 7. März, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59, eine öffentliche Versammlung statt. Alle „Vorwärts"-leser werden gebeten, die ihnen bekannten Photographengehilfen und -gehilfinnen für die Versammlung und die Organisation zu interessieren.

Die Wahlen zum Gehilfenausschuß der Berliner Gastwirteinnung fanden gestern statt. Die Liste des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen wurde einstimmig gewählt. An der Wahl beteiligten sich 229 Angestellte. Die Gelben haben wohl eingesehen, daß für sie keine Lorbeeren hierbei zu holen sind und beteiligten sich nicht an der Wahl.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Firma Pinner Nachf., Rungestraße 22/24, haben die Kolleginnen und Kollegen am Montagabend in einer Werkstattversammlung beschlossen, die Arbeit einzustellen.

Vor bereits zirka 3 Wochen hatten die bei dieser Firma beschäftigten Wendezwicker und -Ausrichter Lohnforderungen eingereicht, welche von seiten des Inhabers der Firma keine Berücksichtigung fanden. Erst auf das Eingreifen der Ortsverwaltung hin erklärte sich Herr Borinski, der Firmeninhaber, bereit, an der Hand ihm überlassener Lohntarife gleichartiger Firmen, über die Forderungen mit den Arbeitern zu verhandeln. Innerhalb 8 Tagen sollten die Verhandlungen beendet sein. Doch schon nach 2 Tagen zog Herr Borinski das gegebene Versprechen mit der Begründung zurück, daß er aus privaten Gründen nicht in der Lage sei, verhandeln zu können. Mit dieser weiteren Verzögerung konnte sich die Arbeiterschaft unmöglich einverstanden erklären, was Herrn Borinski durch ein Schreiben der Verwaltung zur Kenntnis gebracht und zu gleicher Zeit um Anberaumung einer Verhandlung zwischen den beiden Verbänden ersucht wurde, da solche Verhandlungen auf speziellen Wunsch der Unternehmerorganisation in letzter Zeit bei allen Differenzen stattfinden sollten und auch stattgefunden haben. In diesem Falle hat es Herr Borinski als Vorsitzender des Zweigvereins Berliner Schuhfabrikanten, wo es sich um seinen eigenen Betrieb handelte, nicht für nötig gehalten, darauf eine Antwort zu erteilen, geschweige für Anberaumung einer solchen Verhandlung Sorge zu tragen. Dies bedeutete natürlich nichts anderes als eine Brüskierung der Arbeiterschaft, und müssen wir die Verantwortung hierfür Herrn Borinski allein überlassen. Wir erwarten daher, daß von der Arbeiterschaft strengste Solidarität geübt wird.

Desgleichen weisen wir nochmals darauf hin, daß auch bei der Firma Großmann, Adlershof, Moltkestraße 2, der Streik fortbesteht.

Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Friseurgehilfen! Wegen Tarifbruchs für Verbandsmitglieder gesperrt: Leuchtenberger, Köpenick, Schönerlinder Straße 15. Bewilligt haben ferner: Brandt, Weberstraße 12; Knuth, Buttmannstr. 8; Cieslinski, Kochhannstraße 28; Liebenau, Boppstr. 8; Conrad, Rud., Schillerstr. 17; Borowski, Lichtenberg, Friedrich-Karl-Str. 29.

Verband der Friseurgehilfen.

Die Führer der Fleischerinnung Neukölln versuchen in der „Allgemeinen und Deutschen Fleischerzeitung" die Meister gegen die Organisation der Arbeiter scharf zu machen. Sie sehen schon den Untergang des „ehrbaren" Handwerks, wenn der Tarifvertrag anerkannt wird. Obgleich sie selbst zugeben müssen, daß die Forderungen der Gesellen nichts Unerfüllbares enthalten und ihre Existenz keineswegs bedrohen, rufen sie dennoch ihren Kollegen zu: „Bewilligt unter keinen Umständen! Laßt es lieber zum Kampf kommen, denn wenn ihr die gewiß minimalen Forderungen anerkennt, so erkennt ihr auch den Zentralverband als die Vertretung der Gesellen an und das ist eines Fleischermeisters unwürdig." Wohl erklären sie weiter, daß sie den Gesellen entgegenkommen wollen (mit Versprechungen), die Innung will „Verbesserungen" einführen, soweit es die Eigenart des Gewerbes zuläßt. Diese „Eigenart" muß immer herhalten, wenn die Gesellen geregelte Arbeitszeit von 12 Stunden verlangen, obgleich es seit Jahren praktisch bewiesen ist, daß in jeder Schlächterei eine Arbeitszeit von 12 Stunden eingeführt werden kann. Was die Herren besonders befürchten, ist, daß sie nicht mehr „Herr-im-Hause" sein werden, wenn sie den Tarif anerkennen, mit anderen Worten die Gesellen nicht mehr 15 bis 18 Stunden beschäftigen können. Besonders sträuben sie sich gegen die Anerkennung des kostenlosen Arbeitsnachweises. Unter allen Umständen wollen sie den Innungsarbeitsnachweis, der sich so gut als Streikbrechervermittelungsbureau bewährt, und mit dessen Hilfe man so gut „unliebsame" Gesellen maßregeln kann, beibehalten.

Den einzigen Rat, den die Führer, die wohl kein Geschäft mehr haben, ihren bedrängten Kollegen geben, ist der, dem neugegründeten Arbeitgeber-Schutzverband für Groß-Berlin beizutreten, der dem Fleischergewerbe eine Steuer von über 200 000 Mark auferlegt. Den vernünftigsten Weg, mit der Organisation zu verhandeln, wollen die Herren nicht gehen; viel lieber hetzen sie die Meister in den Kampf, der manchem sehr leicht seine Existenz kosten kann.

Die Gelben, die in Groß-Berlin kaum 100 Mitglieder haben, benützen die Bewegung, um sich bei den Innungen in empfehlende Erinnerung zu bringen, hoffen sie doch, daß etwas in die immer leeren Kassen kommt, wenn sie jederzeit bereit sind, ihren Arbeitskollegen in den Rücken zu fallen.

Deutsches Reich.

Die Holzindustriellen mißachten den Schiedsspruch.

Außer in Schönlanke haben nun auch die Unternehmer im Holzgewerbe in Brieg den Schiedsspruch nicht anerkannt. Sie haben dem Holzarbeiterverband neue Bedingungen für einen Vertragsabschluß zugestellt. Da der Verband diese Bedingungen nicht anerkannte, sperrten die Unternehmer in Brieg die Holzarbeiter vom Montag an aus. Auch in Neustadt a. Orla wollen die Unternehmer den Schiedsspruch nicht anerkennen. Die Bemühungen der Zentralinstanz für eine Einigung sind aber noch nicht gescheitert.

Streik auf den Schichau-Werften in Danzig und Elbing.

Am 1. März trafen die organisierten Arbeiter der Seeschiffswerften der Firma F. Schichau in Danzig und Elbing in vier Versammlungen die Entscheidung über die weiteren Schritte, die in der Lohnbewegung zu unternehmen sind. Die Forderungen einzureichen war, wie schon gemeldet, am vergangenen Montag beschlossen worden. Das Verhalten der Firma zu diesen Forderungen ist recht ostelbisch. Man ist es ja gewohnt, daß die Unternehmer den Herrenstandpunkt einnehmen, aber daß eine Firma den Arbeitern das zu bieten wagt, was die Firma Schichau (Direktoren Geheimrat Ziese und Carlson) getan hat, ist denn doch unerhört. Viele deutsche Arbeiter werden es kaum begreifen, wie es möglich ist, derart niedrige Forderungen zu stellen. Schier unbegreiflich erscheint es, daß um einen Anstellungslohn von 30 Pf. pro Stunde gestreikt werden muß. Daher muß hier mit einigen Worten auf die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Schichau eingegangen werden. Verlangt werden als Hauptforderungen: 1. Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden, 2. Einführung von Einstellungslöhnen für alle Branchen, die zwischen 30 und 45 Pf. Stundenlohn haben, über 40 Pf. nur bestqualifizierte Arbeiter wie Schiffbau-, Schirrmeister, Kupferschmiede usw., 3. Regelung der Akkordarbeit, 4. höhere Bezahlung der Ueberstunden und der Nacht- und Sonntagsarbeit, 5. wöchentliche Lohnzahlung am Freitag, 6. Einsetzung von Arbeiterausschüssen. Diese Arbeitsbedingungen lehnt die Firma Schichau glatt und schroff ab. Und in welcher Form geschieht diese Ablehnung? So beleidigend nicht nur in der Form, sondern auch in Worten, wie man das vor 50 Jahren wo anders kaum riskiert hätte! In Danzig schob Direktor Carlson den von den Vorstandsmitgliedern der Krankenkasse überreichten Brief, ohne ihn auch nur eines Blickes zu würdigen, geschweige denn zu öffnen, zurück: „Nehmen Sie das da wieder mit." Sodann holte sich der Direktor 12 Arbeiter aus dem Betriebe, die im vorigen Jahre Arbeitswilligendienste verrichtet haben und fragte sie, ob sie zufrieden seien. Natürlich erklärten die, sie seien zufrieden. Damit war die „Verhandlung" erledigt. — Die Vorstandsmitglieder der Krankenkasse nannte der Direktor „grüne Jungen". Der jüngste dieser „grünen Jungen" arbeitet aber bereits zwölf Jahre bei der Firma!

In Elbing war die Direktion etwas höflicher. Zwar wurde zuerst einfach gesagt, Herr Geheimrat Ziese sei verreist (er war in Danzig), aber am Sonnabend wurde doch wenigstens der Krankenkassenvorstand gehört. Herr Ziese „bewilligte" das, was ihm nichts kostet. Wer fünf Minuten zu spät kommt, sollte bisher erst zu Mittag in den Betrieb hineinkommen, jetzt schon um 8 Uhr. Die Lohnzahlung am Freitag (alle 14 Tage) will er einführen, wenn der Magistrat die Schließung der Schnapsläden um 4 Uhr anordnet. Aber über Einstellungslöhne und Regelung der Akkordarbeit, über höhere Bezahlung der Ueberstunden, Zusammensetzung der Arbeiterausschüsse läßt er sich keine Vorschriften machen.

Das war die Kriegserklärung! Obwohl in Danzig und Elbing die Arbeiter noch recht wenig Erfahrungen auf gewerkschaftlichem Gebiete haben, war diese Art der Erledigung ihrer Forderungen denn doch geeignet, die Entrüstung derart zu steigern, daß die Arbeitseinstellung fast einhellig beschlossen wurde.

Neben den schlechten Stundenlöhnen besteht die ebenso schlechte Akkordbezahlung. Es weiß kein Akkordarbeiter, was er verdient, es kennt niemand den Preis der Akkordarbeit. Der Meister „schreibt" bei der Löhnung das, was der Arbeiter nach seiner Meinung verdient hat. Also eine völlig willkürliche Entlohnung. Es wird einfach ein Akkord gegen den anderen aufgerechnet, vermutlich, damit das Kalkulieren nicht zu schwer fällt. Dafür wird aber um so mehr angetrieben bei der Arbeit. — Es würde zu weit führen, wollte man all die Ungerechtigkeiten und all die Unterdrückungsversuche der Firma gegen die Arbeiter schildern.

Erfreulich ist es, daß nachdem im Vorjahre die Danziger Arbeiter des Werkes allein 20 Wochen gestreikt haben, nun die Elbinger sich auch organisiert haben und der Kampf jetzt auf der ganzen Linie geführt werden kann, womit die Möglichkeit des Erfolges gegeben ist.

Genaue Angaben über die Zahlen der Beschäftigten lassen sich nicht machen; zwischen 6—7000 schwankt die Zahl.

In den Versammlungen hatten nur organisierte Arbeiter Zutritt. Jeder mußte sich durch Mitgliedsbuch legitimieren. Anwesend waren 3471. Davon haben 561 gegen den Streik gestimmt, die sich nun aber den Beschlüssen der Mehrheit fügen. Von den Organisierten waren natürlich auch nicht alle anwesend. Die meisten Unorganisierten werden sich anschließen, sodaß mit Sicherheit gesagt werden kann, es kommen alle Betriebe der Firma Schichau zum vollständigen Stillstand. Das gibt dieser Bewegung die Aussicht auf Erfolg und so müßte in der Industrie im fernen Osten endlich einmal den Arbeitern ein Erfolg blühen, der sie in die binnenländischen Betriebsverhältnisse einreiht.

Zur Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet.

Die Bergarbeiter der Zeche Kaiserstuhl, die Montag die Arbeit niedergelegt hatten, sind heute wieder angefahren. Auf Zeche Scharnhorst fand Montag eine Versammlung statt, die zwar die Wiederanfahrt ablehnte, aber in einer Resolution die Belegschaften der übrigen Zechen aufforderte, solange zu arbeiten, bis die Parole von den Organisationsleitungen herausgegeben wird. Die Befürchtungen, daß andere Zechen dem Beispiel der vorgenannten folgen und ebenfalls nicht anfahren würden, sind nicht eingetroffen; die Bergarbeiter folgen durchaus den Anordnungen ihrer Organisationen.

Letzte Nachrichten.

Folgen des englischen Streiks.

Hamburg, 5. März. (H. B.) Nachdem am Sonntag und Montag noch acht Dampfer mit englischer Kohle hier angekommen sind, traf heute nur noch ein Dampfer mit voller Ladung ein. Hier macht sich der Mangel an englischer Kohle um so fühlbarer, als die Eisenbahnverwaltung nicht in der Lage ist, die erforderliche Anzahl Wagen für die Herbeischaffung rheinisch-westfälischer Kohle zu stellen. Vereinzelt wurden hier **37 bis 40 anstatt 12 bis 14 M. für Bunkerkohle gezahlt.**

Paris, 5. März. Aus Castellon de la Plana (Spanien) wird gemeldet: Infolge des Streiks der englischen Bergarbeiter mußten die für die Ausfuhr von Orangen und Gemüse bestimmten zahlreichen Dampfer ihren Dienst einstellen. Den Landwirten droht großer Schaden und **Tausende von Arbeitern sind beschäftigungslos.**

New York, 5. März. (P.-C.) Der englische Kohlenarbeiterstreik macht sich auch in den Vereinigten Staaten bereits stark bemerkbar und die Anzeichen einer bevorstehenden schweren Krise mehren sich von Tag zu Tag. Die Befürchtung, daß die Kohlenankäufe in Amerika in den nächsten Tagen enorm steigen dürften, und die Tatsache einer bedenklichen Gärung unter den Grubenarbeitern der Vereinigten Staaten hat den Preis für Kohle und Anthrazit bereits um das Doppelte in die Höhe schnellen lassen. Die Bergarbeiter, deren Kontrakte am 31. März ablaufen, sind bereits mit der Forderung einer 20prozentigen Lohnerhöhung an die Grubenbesitzer herangetreten, und eine Ablehnung dieser Forderung dürfte mit Bestimmtheit einen Streik der Kohlenarbeiter der Union nach sich ziehen. Infolgedessen treffen die großen Fabriken bereits umfassende Vorkehrungen, um bei einem etwaigen Riesenstreik für längere Zeit ihre Betriebe aufrechterhalten zu können.

Sperrung der Dardanellen.

Wien, 5. März. Die „Neue Freie Presse" meldet aus Konstantinopel: Die Pforte hat beschlossen, die Dardanellen des Nachts zu sperren, **um sich gegen einen italienischen Ueberfall zu schützen.**

Der heilige Krieg gegen die Italiener.

Konstantinopel, 5. März. (W. T. B.) Ein Deputierter aus dem Yemen hat gestern dem Minister des Innern die Mitteilung gemacht, daß der **Sultan des Somalilandes** den **heiligen Krieg gegen die Italiener** erklärt habe.

Lohnforderungen der böhmischen Bergarbeiter.

Prag, 5. März. (H. B.) Die organisierten Bergarbeiter des nordwestlichen böhmischen Braunkohlenreviers haben eine Forderung auf **25 Proz. Lohnerhöhung** eingereicht und den Werkleitungen unter **Streikandrohung** eine Frist von 14 Tagen gegeben. Die Zahl der in Betracht kommenden Arbeiter beträgt 12 000 Mann.

Straßenbahnkatastrophe.

Paris, 5. März. (P. C.) Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich heute nachmittag in Limoges. Ein mit einer Stundengeschwindigkeit von 40 Kilometer verkehrender Straßenbahnzug entgleiste plötzlich und stürzte in den Straßengraben. **Zwölf Personen wurden schwer verletzt;** der Führer der Bahn wurde sterbend ins Hospital gebracht.

Brand eines belgischen Bahnhofs.

Brüssel, 5. März. (W. T. B.) Der Bahnhof von Tournai steht seit heute nachmittag in Flammen. Im Bahnhofsgebäude befindet sich das Zentralbureau des Telephon und des Telegraphen. Dieses Bureau ist vollständig zerstört, außerdem ein Teil des Wartesaals. Zwei Feuerwehrleute wurden bei den Rettungsarbeiten verwundet.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Unser Stichwahlabkommen.

III.

Auffallend kurz behandeln die Kritiker des Abkommens die Situation, in der es abgeschlossen wurde, und doch ist sie von äußerster Wichtigkeit für sein Verständnis. Sie weisen bloß darauf hin, wir hätten am 12. Januar einen glänzenden Sieg errungen, die Liberalen wären zur Nichtigkeit reduziert worden — wozu brauchten wir noch eine Abmachung mit ihnen?

Nun, die Nichtigkeit der Liberalen am 12. Januar bezog sich nur auf die Mandate, nicht auf die Stimmen. Sie hatten 300 000 Stimmen gewonnen. Mehr als wir 1907. Verloren hatte nur der schwarzblaue Block. Unser Fortschritt war freilich weit gewaltiger, als der der Liberalen, aber gerade diese Größe unseres Sieges führte die Abmachung herbei.

Bis zum 12. Januar hatte wohl der größte Teil von uns, sicher alle jetzigen Kritiker des Abkommens — was kein Vorwurf sein soll: wir waren der gleichen Ansicht — erwartet, eine starke Zunahme unserer Stimmenzahlen und unserer Mandate werde die gesamten bürgerlichen Elemente in eine Phalanx gegen uns vereinigen. Das entsprach dem Gang der ökonomischen Entwicklung, die den Gegensatz zwischen der bürgerlichen und proletarischen Welt zusehends verschärft, es entsprach auch den bisherigen Erfahrungen bei den Stichwahlen, die immer ungünstiger für uns ausfielen, wenn man von den ersten absieht, wo Wahltechnik und Parteiwesen noch wenig entwickelt waren.

Man zählte

Jahr	Stichwahlen, an denen Sozialdemokrat. beteiligt	Stichwahlen von Sozialdemokrat. gewonnen	Prozentsatz der von den Sozialdemokraten gewonnenen Stichwahlen
1871 . . .	3	0	—
1874 . . .	11	2	18
1877 . . .	20	3	15
1878 . . .	16	7	44
1881 . . .	22	13	59
1884 . . .	24	15	64
1887 . . .	18	5	28
1890 . . .	57	15	26
1893 . . .	83	20	24
1898 . . .	98	24	24
1903 . . .	118	25	21
1907 . . .	90	14	15

Man sieht, unsere Stichwahlerfolge wurden seit 1884 in dem Maß geringer, indem unsere Partei wuchs. Gings im gleichen Tempo abwärts, dann hatten wir diesmal ein Dutzend Mandate zu erwarten — oder, wenn sich der Prozentsatz von 1907 wiederholte, 18 Mandate.

Wie groß unser Erstaunen, als die Fortschrittler diesmal entgegen allen Erwartungen durch unseren überwältigenden Wahlsieg nicht ins Bockshorn gejagt wurden, nicht in den Ruf nach Sammlung aller bürgerlichen Elemente zur Eindämmung der roten Sintflut einstimmten, sondern uns ein Wahlabkommen anboten! Man sage nicht, daß ihre Mißerfolge bei den Hauptwahlen sie dazu drängten. Unserer Stimmen waren sie nach dem Jenaer Beschluß sicher. Bisher waren sie aber zumeist auf zwei Krücken in den Reichstag gekommen. Sie galten als das kleinere Uebel gegenüber den Konservativen bei den Sozialdemokraten, und gegenüber den Sozialdemokraten bei den Konservativen. Beide hatten für sie gestimmt, sie selbst aber hatten sich der sozialdemokratischen Hilfe sichergefühlt und nur nach der konservativen ausgeschaut, wohin ja auch das kapitalistische Herz drängte.

Man hätte meinen sollen, diesmal, wo sie gar kein Mandat in der Hauptwahl erobert hatten, würden sie mehr als je nach der konservativen Krücke schielen, und das kapitalistische Herz werde sie nach unserer beispiellosen Machtentfaltung mehr als je den Konservativen in die Arme treiben. Und nun taten sie in Wirklichkeit einen Schritt, durch den sie die konservative Krücke von sich schleuderten, ja, sie in eine Waffe verwandelten, die sich gegen sie zu richten drohte.

Woher diese überraschende Wendung? Wie so manche andere ähnliche Erscheinung der letzten Jahre, nicht bloß in Deutschland, so z. B. den neuen Liberalismus in England, dürfte sie nur in der Weise zu erklären sein, wie jüngst im „Vorwärts“ auseinandergesetzt: dadurch, daß der „neue Mittelstand“ der Intellektuellen und Angestellten immer mehr eine Macht wird, von deren Stimmen namentlich die Liberalen immer abhängiger werden, und daß die Ansprüche und der Radikalismus dieses „neuen Mittelstandes“ durch die Machtentfaltung der Sozialdemokratie bedeutend gesteigert werden und die Liberalen vorwärts drängen — einerseits die Fortschrittler, andererseits innerhalb des Nationalliberalismus die Jungliberalen.

Aus bloßem Mandathunger läßt sich das Stichwahlabkommen der Fortschrittlichen Volkspartei nicht erklären. Im Gegenteil, sie gefährdete dadurch jene Mandate, zu deren Gewinnung sie der konservativen Hilfe bedurfte. Es war nur erklärlich dann, wenn den Fortschrittlern der Kampf gegen den schwarzblauen Block mehr am Herzen lag als die Eroberung von Mandaten.

Welche Möglichkeiten bot uns das Abkommen? Es winkte uns die Aussicht, den schwarzblauen Block in die Minderheit zu drängen, eine entschieden liberale Mehrheit auch ohne den rechten Flügel der Nationalliberalen zu schaffen und eine Regierung gegen die Linke unmöglich zu machen. Innerhalb dieser Linken mußte aber unser Einfluß dominieren. Wir mußten die weitaus stärkste Partei werden, konnten 120 und mehr Mandate gewinnen, und der Liberalismus war ohne uns ohnmächtig, die Fortschrittler durch ihr Stichwahlabkommen mit dem schwarzblauen Block auf tiefste verfeindet, so daß ihnen nichts übrig blieb, als im Reichstag mit uns einen energischen Kampf gegen die Rechte und jedes junkerliche Regime zu führen. Jeder Versuch, zur bürgerlichen Sammelpolitik zurückzukehren, mußte ihnen mit einem Schlag ihre besten Elemente abwendig, mußte ihre Partei selbst unmöglich machen.

Das war die Situation, deren Möglichkeit erstand, wenn es zu einem Stichwahlabkommen zwischen uns und den Fortschrittlern kam.

Nun wird manchem unserer Genossen diese Situation nicht sehr verlockend erscheinen. Hatten wir nicht schon vorher in England, und früher noch in Frankreich einen gemeinsamen Kampf von Liberalismus und Sozialdemokratie oder Arbeiterpartei gegen „Pfaff und Adel“, und was ist dabei für unsere Sache herausgekommen? Obwohl es in jenen Ländern einen starken Parlamentarismus gibt und der Liberalismus eine starke Regierung bildete, Sozialisten sogar Minister wurden, ist gerade seitdem dort der Fortschritt der Arbeiterparteien ins Stocken gekommen, haben sie erheblich an propagandistischer Kraft eingebüßt.

Sicher, aber warum? In England wie in Frankreich stand eine große und starke liberale Partei einer kleinen und noch wenig geschlossenen Arbeiterpartei gegenüber. Schon dadurch wurde diese zum Anhängsel des Liberalismus.

Jetzt dagegen erstand zum erstenmal in der Welt die Möglichkeit einer von Liberalen und Sozialdemokraten zusammen gebildeten Mehrheit, in der diese dominierten. Unsere Partei mußte dominieren nicht nur durch ihre Ueberzahl, sondern auch durch ihre Geschlossenheit und Entschlossenheit den fahrigen und uneinigen Liberalen gegenüber. Sie mußte um so mehr dominieren, je mehr sie sich hütete, mit dem Liberalismus zusammen das gleiche Schiff zu besteigen.

Der grobe Fehler, der in Frankreich und England durch unsere Genossen damals begangen wurde, als der Liberalismus ihrer Hilfe zu seiner Behauptung bedurfte, war ihre Großblockpolitik, worunter nicht das Zusammenwirken bei Stichwahlen zu verstehen ist, sondern dauerndes Zusammenwirken im Parlament unter beständiger Rücksichtnahme aufeinander und Vermeidung aller Tätigkeit, die bei dem Bundesgenossen Anstoß erregen konnte. Unsere Genossen nahmen an, daß der Liberalismus aus innerem Antrieb nach Reformen verlange, aber nichts irriger als das. Seine Politiker haben heute ebensowenig als die irgend einer anderen bürgerlichen Partei große Ziele. Was sie anstreben sind Aemter und Würden und die Beherrschung der Staatsgewalt. Dazu bedürfen viele von ihnen zahlreicher Stimmen und um diese zu erlangen, müssen sie manche gesetzlichen Verbesserungen verlangen, mitunter sogar durchführen.

Die mächtigste Triebkraft dabei ist die Konkurrenz der Sozialdemokratie. Die Großblockpolitik ist das Mittel, diese Konkurrenz auszuschalten. Sie macht uns vor den Massen verantwortlich für die Sünden des Liberalismus und schreibt dafür alle Verbesserungen, die wir durchsetzen, auf dessen Konto. Die Anziehungskraft unserer Partei schwindet, damit aber auch das einzige wirksame Mittel, heute noch bürgerlichen Parteien Reformen abzugewinnen.

Daß die klügeren Elemente unter den Liberalen auf die Großblockpolitik erpicht sind und sie uns auf das wärmste anpreisen, ist begreiflich. Handelte es sich für sie bloß um die Durchsetzung von Reformen, um den Kampf gegen die Reaktion, dann benötigten sie keinen Großblock, denn daß wir jede in dieser Richtung liegende Maßregel unterstützen — viel sicherer und energischer unterstützen, als die Liberalen selbst —, das wissen sie ganz gut. Wenn sie trotzdem überall die Locktöne der Großblockpolitik erschallen lassen und so tun, als ob von ihr jede Reformtätigkeit abhinge und als ob es bloß deswegen nicht vorwärts ginge, weil wir uns zur Großblockpolitik nicht entschließen können, so geschieht das nur, weil sie eben Reformen in Wirklichkeit nicht wollen, unsere Konkurrenz ihnen aber solche abnötigt, und sie kein besseres Mittel wissen, diese Konkurrenz zu beseitigen, als unsere Vereinigung mit ihnen zu einer „Arbeitsgemeinschaft“.

Hätte das Stichwahlabkommen die Einleitung zu einer solchen bedeutet, dann freilich mußte es von vornherein auf das entschiedenste abgelehnt werden. Unserer Partei könnte nichts Schlimmeres passieren, als ihre Identifizierung mit dem Liberalismus. Auch in Bayern wäre das Wahlabkommen mit dem Liberalismus eine sehr unersprießliche Sache, wenn es uns dort zu einer Großblockpolitik führte.

Im Reichstag ist eine solche Politik von vornherein ausgeschlossen. Andererseits hat dort unsere Partei in der Linken, wie schon hervorgehoben, eine Stellung erobert, die sie noch nie in der Weltgeschichte gehabt, sie ist zur stärksten Partei auch der Zahl der Abgeordneten nach geworden. Kam noch dazu, daß die Linke eine entschiedene Mehrheit hatte, dann mußte ein Kampf der Linken gegen die Rechte wenigstens agitatorisch für das Bewußtsein der Massen ganz andere Wirkungen erzeugen, als in England unter Lloyd George oder in Frankreich unter Waldeck-Rousseau. Welche praktischen Folgen daraus hervorgingen, ließ sich natürlich nicht voraussehen. Sicher mußte aber dadurch unsere Partei mehr noch als bisher der Mittelpunkt der deutschen Politik werden, sie mußte als der vornehmste Träger aller Erwartungen und Forderungen der großen Masse des Volkes nicht nur tatsächlich wie bisher, sondern auch in verstärktem Maße in ihrem Bewußtsein auftreten, die propagandistische Kraft der Sozialdemokratie mußte gewaltig steigen.

Das Stichwahlabkommen bot freilich nur die Möglichkeit, daß es so kam, nicht die Gewißheit. Und diese Möglichkeit ist nicht zur Wirklichkeit geworden. Es wäre aber

Kleines Feuilleton.

Das Lied von den Kartoffeln.

Ein enger Raum, bleischwer ist hier die Luft,
Und kalt und feucht, wie in der Totengruft,
Kein Sonnengold will in das Dunkel dringen. . . .
Ein junges Weib sitzt ruhlos Tag für Tag
An der Maschine, blaß und hungerschwach,
Die Nadel hastet und die Räder klingen.

Ein Kind liegt still und weiß im feuchten Stroh,
Ein kleines Blümlein, das der Sommer floh,
Das krank entgegenwelkt dem Grabesschweigen. —
Das blasse Weib es weint, und weinend singt
Es dieses Lied. — — Und laut am Fenster klingt
Des Sturmes Stimme gar so wild, so eigen. . . .

„Sieben und einen halben Pfennig das Pfund
Kartoffeln! Gellt auf es aus dem Grund,
Aus des Hungers tiefnächtigem Grunde!
Empor, wo das Glück und der Reichtum wohnt,
Wo Genußsucht auf Geld und Flitter thront,
Bringt von der Armut die Kunde.

O, wißt, die Armut liebt oft noch mehr
Ihr Kind, als der Reichtum, wie sauer, wie schwer,
Das nötige Brot oft zu geben.
Sieben und einen halben Pfennig das Pfund
Kartoffeln! — ich arbeit' die Hände mir wund,
Für dich, du mein Kind, du mein Leben! —

Sieben und einen halben Pfennig das Pfund
Kartoffeln! O, leget uns selbst in den Grund,
Wo die teuren Früchte begraben!
Was quält ihr die Armut langsam zu Tod?
Was schindet ihr Geld aus Hunger und Not
Durch Zölle und Liebesgaben?

O seht all die Münder unzählig viel,
Sie öffnen sich hungernd, und niemand will
Sie lindern die Not und die Schande —
O hört all die Herzen, von Zorn entfacht,
Sie klopfen so laut durch die stille Nacht,
Tief unter dem Lumpengewande. . . .

Still, Liebling, schließ den jammernden Mund!
Sieben und einen halben Pfennig das Pfund
Kartoffeln! Wir hungern und sterben!
O, die Not so groß und der Lohn so klein,
O, die Hilfe so fern und die Herzen wie Stein —:
Die Armut muß elend verderben!!“

So sang das Weib im dunklen Bodenraum,
Von trübem Lampenlicht erhellet kaum,
Die Nadel hastet und die Räder klingen . . .
Das kranke Kind schlief endlich wimmernd ein —
Das arme Weib es ist nun ganz allein —
Schwarz reckt die Nacht die schweren Schwingen . . .

A. Westphal.

Auf den Spuren der Wiedertäufer wandert Genosse Nießner, der Redakteur des Brünner „Volksfreund“ in einem Feuilleton der Wiener „Arbeiter-Zeitung“. In der Zeit der Ausrottung der Wiedertäufer in Deutschland und der Schweiz, wanderten, von 1526 an, große Scharen der Verfolgten in der Gegend von Nikolsburg in Mähren ein. Dr. Balthasar Hubmaier führte sie. Es waren bald 12 000—15 000 Menschen, die in 40—50 „Haushaben“ (Gemeinden) wohnten. Die Adligen schützten sie gegen den „Markgrafen von Mähren“ — den Kaiser in Wien, der sich „apostolische Majestät“ nennt. Selbst in einer Pfaffenschrift von 1604 „Von der Wiedertäufer verfluchtem Ursprung“ schreibt der Feldsberger Pfarrer Dr. Andreas Fischer, daß diese Sekte nicht aufrührerisch, blutdürstig, wohllüstig sei, nicht fluche und schwöre, keinen Luxus treibe. „Sie schlemmen und prassen nicht, sie gebrauchen keine Kleider, die weltliche Pracht anzeigen, sie haben nichts Eigenes, sondern alles in Gemein!“ Eine Spaltung in Mildere und Strengere teilte die Wiedertäufer jahrelang in zwei Lager. Unter dem Einfluß tirolischer Einwanderer, Jünger des 1535 zu Tode gemarterten Huter, siegte der strengste Kommunismus. Der Großbetrieb, die Arbeitsteilung der Wiedertäufer war der Arbeit der anderen weit überlegen und ihre Landeskulturarbeit war berühmt. Selbst ihre Aerzte und Badeorte waren gesucht. Die Kindererziehung war gemeinsam. Ihre Schulen wurden auch von Andersgläubigen beschickt. Auf Reinlichkeit wurde da geachtet, strenge Züchtigungen waren verboten.

Es fehlte, wie einer ihrer Chronisten 1580 schreibt, nicht an Verleumdungen der Wiedertäufer; darunter wird außer der Beschuldigung der Zauberei auch die der Weibergemeinschaft aufgeführt.

Hundert Jahre blühte der kleine Staat, aber 1621 wurde ihm auf Betreiben des Kardinals Dietrichstein durch Ausweisung der Brüder ein Ende gemacht, die natürlich im Namen des Christentums mit Grausamkeit und Bestialität vollzogen wurde.

Die Verwendung der Neuengammer Erdgasquelle nimmt jetzt für den hamburgischen Staat bestimmte Gestalt an. Die über die Verwendbarkeit des Gases angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß sich zwar die Mengen des in der Erde vorhandenen Gases nicht feststellen lassen, daß man also die Dauer des Fließens der Quelle nicht angeben kann, daß aber immerhin nach den bei den Erdgasquellen in Nordamerika und Siebenbürgen gemachten Erfahrungen mit Rücksicht auf den unvermindert hoch bleibenden Druck der Quelle damit zu rechnen ist, daß sie auf Jahre hinaus erhebliche Mengen Erdgas fördern wird. Dieses Erdgas soll nun mittels einer Rohrleitung bis zu den Gasbehältern der hamburgischen Gasanstalten geleitet und dem dort erzeugten Kohlengase zugesetzt werden. Eine von der Deputation für das Beleuchtungswesen angestellte Berechnung hat ergeben, daß selbst, wenn die Gasquelle nur wenige Jahre ergiebig sein sollte, sich aus einer solchen Verwendung ein erheblicher Nutzen ziehen lassen würde. Außerdem soll das Gas zur Speisung von Lokomobilen dienen, die an Ort und Stelle ein kleines Elektrizitätswerk treiben sollen. Der dort erzeugte Strom soll zu den Grundwasserbohrungen geleitet und für Pumpversuche von längerer Dauer verwendet werden. Demnach ist zu erwarten, daß der hamburgische Staat aus diesem Naturgeschenk einen erheblichen Nutzen ziehen wird.

Indischer Aberglaube. Es ist eine bekannte Tatsache, daß von gewissen Völkerschaften gerade die gefährlichsten und am nachdrücklichsten eine Abwehr erfordernden Raubtiere für heilig gehalten und entsprechend verehrt werden, und zwar, weil sich diese Menschen nicht von der Vorstellung zu befreien vermögen, daß die Seelen der etwa von ihnen verschlungenen Menschen nun in ihnen ihren Wohnsitz aufgeschlagen haben. Aus diesem Grunde mag sich wohl auch in ihren Anfängen die uns zuerst recht merkwürdig und sonderbar anmutende Verehrung erklären, die den raubgierigsten Reptilien der Gegenwart, den Krokodilen, noch heutzutage vielfach alter Sitte zufolge in gewissen Gegenden Indiens und des malaiischen Archipels entgegengebracht wird. Meist handelt es sich dabei allerdings um das verhältnismäßig kleine und wenig gefährliche Sumpfkrokodil, das nur ausnahmsweise mehr als vier Meter Länge erreicht. Die schwerfälligen Panzerechsen wissen es auch recht gut, wo ihnen solche Pflege zuteil wird und sie werden dann in ihrer Art gutmütig und zutraulich. So gewöhnen sie sich bald daran, auf einen bestimmten Ruf aus dem Wasser hervorzukommen, sich mit aufgesperrtem Rachen um den Priester herumzulagern und hübsch monierlich die gespendeten Fleischstücke in Empfang zu nehmen. Zum Staunen der gläubigen Menge dirigiert der Pfleger die Ungetüme mit einem leichten Rohrstab, ja er berührt die gutartigsten auch mit der Hand oder malt den stumpfsinnigen Geschöpfen wohl gar mit bunten Oelfarben fromme Bilder und Sprüche auf den klotzigen Schädel. Der Fürst des britisch-indischen Tributärstaates „Radschputana“ besitzt in Dschaipur einen großartigen Palast mit prachtvollem Garten, in dem sich ein Reptilienteich befindet. — Und in dem gleichen britischen Tributärstaat herrscht seit Jahren eine chronische Hungersnot. Wie wäre es, wenn man dort den Menschen anstatt den Krokodilen Fleisch servieren ließe? Allerdings — die Priester dürften nicht die Kellner dabei sein!

Notizen.

— **Theaterchronik.** Die Przybyszewski-Matinee der Neuen Freien Bühne in den Kammerspielen des Deutschen Theaters muß infolge Erkrankung des Hauptdarstellers auf Sonnabend, den 9. März verschoben werden. — Die zwischen Max Reinhardt und Direktor Monti schwebenden Unterhandlungen wegen Inszenierung der „Schönen Helena“ im Theater des Westens sind zum Abschluß gelangt. Reinhardt wird seine Münchener Inszenierung zum Teil umgestalten (was allerdings sehr notwendig ist).

— **Neue Dramen.** Ein Schauspiel von Gustav Frenssen soll in diesem Jahre noch in Berlin gespielt werden. Es heißt „Sönke Erichsen“. Sönke Erichsen ist eine Figur aus Frenssens dramatischer Dichtung „Das Heimatsfest“. Im „Heimatsfest“ wird den braven Leuten im heilen Rock, die den Festtag fröhlich begehen, der Deserteur von 1870, Sönke Erichsen, gegenübergestellt, den Gewissensbisse aus seiner Zuflucht jenseits des Weltmeers zum Fest in die Heimat zurücktreiben. Diesen tragischen Charakter hat Frenssen zum Mittelpunkt seines neuen Schauspiels gemacht.

— **Die Entwürfe für das neue Opernhaus sind vom Mittwoch an im Abgeordnetenhause öffentlich ausgestellt.**

eine sehr gefährliche Maxime für jeden Politiker, und namentlich für jeden revolutionären Politiker, einen Schritt nicht nach den Möglichkeiten zu beurteilen, die er erschließt, sondern nach dem wirklichen Erfolg. Zu welch strenger Verurteilung z. B. jedes der letzten Massenstreiks in Holland, Belgien, Italien, Rußland müßte man da gelangen! In der Politik wie im Kriege hat man stets nur mit bloßen Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten zu rechnen, und wer nur dann einen Schritt wagen will, wenn dessen Gelingen außer allem Zweifel steht, der wird nie vom Fleck kommen.

Indes selbst am wirklichen Erfolg gemessen, kann sich das Stichwahlabkommen sehen lassen. Das, was es vermocht hätte, wenn die Fortschrittler es getreulich ausführten, hat es wohl nicht geleistet. Wir hätten leicht den Konservativen und dem Zentrum noch ein Dutzend, vielleicht sogar zwanzig Mandate abnehmen können, wenn die Fortschrittler mit voller Energie für unsere Kandidaten eintraten. Das haben sie nicht getan. Dadurch wurde nicht verhindert, daß wir zur stärksten Partei im Reichstag wurden, wohl aber, daß die Linke eine entschiedene Mehrheit erlangte. Das Versagen der Fortschrittler machte die reaktionärsten und unzuverlässigsten Elemente unter den Nationalliberalen zum Zünglein an der Wage.

Immerhin haben wir, und wohl in der Hauptsache durch das Abkommen, diesmal in der Stichwahl weit besser abgeschnitten als seit langem. Wir haben gesehen, daß seit 1884 der Prozentsatz der Stichwahlen, die wir gewinnen, stetig herabgeht, weil sich die bürgerlichen Parteien immer mehr gegen uns zusammenscharen. Nun, diesmal hat dieser Rückgang nicht nur ein Ende erreicht, er wurde sogar in eine kräftige Aufwärtsbewegung verwandelt. Von 1887 bis 1907 war der Prozentsatz der von uns gewonnenen Stichwahlen von 28 auf 15 herabgegangen. Im letzten Januar stieg dieser Prozentsatz wieder auf 39 — seit bald 30 Jahren hatten wir einen so hohen Prozentsatz nicht gekannt! Stichwahltage waren in den letzten drei Jahrzehnten stets Tage der Enttäuschung gewesen. Diesmal wurden sie, abgesehen vom ersten, wieder zu Tagen des Triumphes.

Aber nicht nur Mandate haben wir durch das Stichwahlabkommen gewonnen, wenn auch nicht so viele, als möglich gewesen wäre, wir haben dadurch auch verhindert, daß die Regierung eine feste Mehrheit erhielt. Haben wir nicht jene überragende Position erobert, die uns in Aussicht stand, so ist es uns doch gelungen, Reaktion und Regierung zur Ohnmacht zu verurteilen.

Wie wäre es aber geworden, wenn wir das Stichwahlabkommen ablehnten? Die Freisinnigen sind keine Catos von Eisen, sie waren sehr unschlüssig, ob sie die konservative Krücke wegwerfen sollten, an der so mancher von ihnen bei den früheren Wahlen in den Reichstag gehumpelt war. Lehnten wir das Abkommen ab, das sie uns anboten, dann erstand die Gefahr, daß wir der Bethmannschen Sammelpolitik in die Hände arbeiteten. Und es hing von wenigen Stimmen ab, ob die Regierung und die gewalttätigsten unter den Feinden des Proletariats die Mehrheit erhielten.

Als die Schuldtragenden an dieser Mehrheit erschienen aber vor den Massen wir, wenn wir es waren, die das uns angebotene Abkommen zurückwiesen. Ob das propagandistisch von Vorteil gewesen wäre, darf man bezweifeln.

Die lebhaftesten Vorwürfe aus den eigenen Reihen hätte es auf den Parteivorstand geregnet, und die breiten Massen der Bevölkerung, die oppositionell gesinnt sind, aber noch außerhalb der Partei stehen, hätten uns schon gar nicht begriffen und uns des Verrats an ihrer Sache angeklagt.

Damit erledigt sich auch der Einwand, wir hätten mit den Fortschrittlern ein Abkommen nicht treffen dürfen, weil wir wissen mußten, sie würden es doch nicht halten. Der Vorstand wußte natürlich ebensogut, wie jetzt seine Kritiker, wie fadenscheinig die Demokratie des Liberalismus ist. Wären die Fortschrittler unerschütterliche Demokraten, dann wußten sie ohne Abkommen, daß sie bei den Stichwahlen für uns zu stimmen haben, wie ja auch wir ohne Abkommen regelmäßig für sie stimmen.

Wenn sie aber jetzt, ohne Veranlassung von unserer Seite, uns ein Stichwahlabkommen anboten, sollten wir es deshalb ablehnen, weil sie unzuverlässig seien? Welchen Grund konnten sie haben, es uns anzubieten, wenn sie es nicht halten wollten? Freilich, die Wähler der fortschrittlichen Politiker sind völlig undiszipliniert und ein buntes Gemisch der verschiedensten Klassen und Schichten. Man mußte von vornherein mit der Möglichkeit rechnen, daß es kommen würde, wie es geschah. Bloß ein Teil der Fortschrittler folgte der Parole der Berliner Zentralleitung, ein anderer Teil, die kapitalistischen Elemente, folgten mehr ihren Klasseninstinkten und Traditionen. Darauf mußte man gefaßt sein. Aber man konnte es nicht mit positiver Sicherheit behaupten. — Wenn wir wegen bloßer Befürchtungen und Erwartungen das Stichwahlabkommen ablehnten, dann wären die Fortschrittler stets in der angenehmen Lage gewesen, zu behaupten, sie würden das Abkommen mit größter Energie durchgeführt haben und bloß wir seien schuld, daß es nicht geschah.

Jetzt steht es unzweifelhaft fest: wir haben in vollstem Maße unsere Schuldigkeit getan. Nicht an uns liegt es, wenn die große Mehrheit der Linken nicht zustande kam, sondern einzig an den Liberalen, denen wir soweit entgegenkamen, als wir nur durften.

Auf keinen Fall hätten wir ohne Abkommen mehr erreichen können, als wir erreicht haben. Wir haben dank ihm wahrscheinlich mehr an Mandaten erlangt, als wir ohne es erobert hätten. Viel wichtiger als die Zahl der gewonnenen Mandate ist aber die günstige propagandistische Situation, die es uns verschafft hat. Hätte das Abkommen seine Möglichkeiten erschöpft, unsere propagandistische Situation wäre glänzend gewesen. Aber auch jetzt, wo die Wirklichkeit hinter der Möglichkeit zurückblieb, ist unsere propagandistische Situation besser durch das Abkommen, als sie ohne es wäre, weil jetzt die ganze Schuld an der Nichterfüllung aller seiner Möglichkeiten nicht an uns, sondern einzig an den Liberalen liegt. Unser Ansehen kann dabei nur gewonnen haben auf Kosten der Liberalen.

Sicher muß bei unserem Tun stets die propagandistische Wirkung auf die Massen in erster Linie im Auge behalten werden. Jeder praktische Erfolg, der durch Beeinträchtigung des Vertrauens und der Zuversicht der Massen zu unserer Sache erkauft wird, schadet mehr, als er nutzt. Aber gerade von diesem Standpunkt aus sprachen die gewichtigsten Momente dafür, ein uns angebotenes Stichwahlabkommen mit den Fortschrittlern nicht von vornherein abzulehnen, sondern es zu akzeptieren, wenn es nur einigermaßen annehmbare Bedingungen bot. Die Situation erheischte es entschieden.

Es bleibt nun noch zu untersuchen übrig, ob nicht die Bedingungen des Abkommens derart waren, daß die Nachteile die Vorteile überwogen.

Reichstag.

20. Sitzung. Dienstag, den 5. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Delbrück.

Die Beratung

des Etats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt beim Titel Gehalt des Staatssekretärs.

Abg. Dr. Oertel (k): Ein Angehöriger der sozialdemokratischen Partei hat jüngst im Südwesten dieses hohe Haus ein „Quasselhaus" genannt. (Hört! hört! rechts.) Das war nicht liebenswürdig. Wenn ich mir dieses herbe Urteil auch nicht zu eigen mache, so habe ich doch den Eindruck, daß beim Etat des Reichsamts des Innern etwas zu viel geredet wird. (Große Heiterkeit und Zurufe links: Warum reden Sie denn?) Gewiß, es wird hüben und drüben gesündigt, und wie Figura zeigt, gehöre ich selbst zu den Sündern. Was die elsaß-lothringischen Verhältnisse angeht, so haben wir die jetzt eingetretene Entwickelung vorausgesehen, und die Konservativen haben deshalb vernünftigerweise die Verfassungsreform abgelehnt. Auf die Frage des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Beamtenschaft will ich jetzt nicht eingehen. Ich stehe dabei aber auf dem Standpunkt des Ministers v. Dallwitz und nicht auf dem des Abg. Bassermann. Gegen die Zigeunerplage muß von Reichs wegen in schärfster Weise eingeschritten werden. Die Einzelstaaten können hier nicht genug ausrichten. Verlangt werden muß grundsätzliche Versagung des Wandergewerbescheins, Stellung der Kinder unter Fürsorgeerziehung. (Abg. Sachse (Soz.) ruft: „Prügelstrafe!" — Große Heiterkeit.) Nein, darauf werde ich beim Reichsjustizetat kommen. Der Frauenbewegung stehe ich sympathisch gegenüber. (Lachen links.) Wir wollen aber die Frau nicht in das politische Leben hineinzerren lassen. (Zustimmung rechts.) Die Ausschreitungen der englischen Stimmrechtsweiber sollten uns doch eine Warnung sein. Ich habe nun unsere Resolution zum Schutze der Arbeitswilligen zu begründen. Wir wollen keine Abschwächung, keine Verwässerung des Koalitionsrechtes, kein Ausnahmegesetz (Lachen links), sondern wir wollen einen Schutz für jeden, der arbeiten will, gegen Drohungen und Gewaltätigkeiten, die ihn von der Arbeit abschrecken wollen. Ich kann deshalb den Widerstand gegen unseren Vorschlag nicht verstehen und am wenigsten den Widerstand des Staatssekretärs Dr. Delbrück, der sich damit in Widerspruch setzt mit der früheren Stellungnahme des Reichskanzlers und des ehemaligen Staatsministers v. Berlepsch. Auch im sächsischen Landtage und in der republikanischen Hamburger Bürgerschaft ist der Standpunkt vertreten worden, den wir in unserer Resolution einnehmen. Dort waren auch die Nationalliberalen im Gegensatz zu ihrer Haltung hier im Hause für einen energischen Schutz der Arbeitswilligen. Dem Vernehmen nach sollen ja in der nationalliberalen Partei öfter Meinungsverschiedenheiten bestehen. (Heiterkeit.) Was die Wirtschaftspolitik betrifft, so fordern wir den lückenlosen Zolltarif und wir befinden uns mit dieser Forderung in Uebereinstimmung mit der Industrie. Dem Arbeitermangel in der Landwirtschaft muß begegnet werden. Ich würde sogar empfehlen, daß die Jugend unter vierzehn und sechzehn Jahren von der Beschäftigung in gewissen Fabriken ferngehalten wird. (Lachen links.) Ich meine, das soll nicht im Interesse der Landwirtschaft geschehen, sondern im Interesse der Jugend. (Lachen links.) Es wird dem Bund der Landwirte immer der Boykott der politischen Gegner vorgeworfen. Der Bund der Landwirte hat niemals den Boykott verhängt. (Lebhafter Widerspruch links.) Wenn einzelne Personen das getan hätten, dann würden wir das mißbilligen. (Zurufe.) Von einem wirklichen Boykott habe ich noch nichts gehört. (Lauter Widerspruch links.) Ebenso unzutreffend ist der Vorwurf, daß der Bund der Landwirte durch seine Verkaufsstellen den ländlichen Gewerbetreibenden Konkurrenz mache. Ich bin immer gegen eine zu weit gehende Genossenschaftstätigkeit in dieser Richtung gewesen. Die Gesetzgebung hat in erster Linie die Pflicht, dem selbständigen Mittelstand zu helfen. Dieser Mittelstand wird bedroht durch die Verfolgung der Großbanken, die leider überall offene Türen und offene Arme finden. (Zuruf: „Der Bund der Landwirte hat offene Hände!" Heiterkeit.) Diese Verfolgung der Großbanken ist eine Bedrohung unseres politischen Lebens, eine Bedrohung der Monarchie. Nur eine kraftvolle Mittelstandspolitik kann hier helfen. Es müssen große Mittel angewandt werden, die hauptsächlich auf steuerlichem Gebiete liegen. (Zuruf links: „Erbschaftssteuer!") Sie möchten wohl gern mich in den Irrgarten der Erbschaftssteuer locken. Wenn mich die guten Buben locken, so folge ich ihnen nicht. (Große Heiterkeit.) Der selbständige Mittelstand ist die beste Stütze für Königtum und Monarchie. (Beifall rechts.) Trotz mancher Differenzen bin ich gern bereit, den Reichstag zu bitten, er möge doch das Gehalt des Staatssekretärs, um das es sich eigentlich handelt, möglichst bald bewilligen. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Vorredner war der Meinung, daß meine Ausführungen über die Resolution auf Einbringung eines Arbeitswilligenschutzgesetzes anderen Regierungserklärungen widersprächen. Die Aeußerungen des Staatssekretärs v. Berlepsch sind aber vor langer Zeit gefallen und seitdem hat sich mancherlei verändert, namentlich die Interpretation des § 153 der Gewerbeordnung, die früher außerordentlich eng war, jetzt aber erheblich erweitert worden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem wurden früher außerordentlich milde Strafen verhängt, während man jetzt allmählich zu immer höheren Strafen übergegangen ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aus dieser Tatsache folgt, daß die Bestimmungen des § 153 ausreichen, wenn die zuständigen Organe des Staates ihre Pflicht tun. Diese Auffassung habe ich auch heute noch. Erfahrungsgemäß gelingt es in den seltensten Fällen, die Urheber von Streikexzessen zu fassen und vor Gericht zu stellen. Außerdem habe ich ausgeführt, daß jedes Gesetz in dieser Richtung sich auch mit Vorgängen befassen wird, die unser gesamtes politisches und wirtschaftliches Leben betreffen und nicht allein Bezug haben auf das Verhalten Angehöriger einzelner Parteien. Ich habe daraus den Schluß gezogen, ob unser Strafgesetzbuch mit seinen Stimmungen zum Schutze der persönlichen Freiheit, die auf einem völlig anderen Boden gewachsen sind, heute noch ausreicht, und ob man nicht Rücksicht nehmen müsse auf die großen Veränderungen, die in unserem öffentlich rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben vorgegangen sind. Der Staatssekretär führt weiter aus, daß diese Auffassungen mit den Erklärungen des Reichskanzlers vom November 1910 und auch mit den Aeußerungen des sächsischen Ministers Grafen Vitzthum übereinstimmen. Der Staatssekretär geht dann auf die Mittelstandsfrage ein. Wenn man heute über Mittelstandsfragen spricht, so muß man sich klar werden, welchen Mittelstand man meint. (Sehr richtig! links.) Der bäuerliche Mittelstand hat sich günstig entwickelt und wenig Anlaß zu Klagen. Beim gewerblichen Mittelstand muß man aber darauf Rücksicht nehmen, daß wir neben dem selbständigen jetzt auch einen unselbständigen Mittelstand bekommen haben, den sogenannten neuen Mittelstand, wie ihn seine Gönner und Freunde zu bezeichnen pflegen. Er ist ein Produkt unserer modernen wirtschaftlichen Entwickelung, und er gehört zweifellos nicht zu den Stiefkindern unserer Gesamtentwickelung. Er umfaßt große Kategorien von Existenzen, die zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter stehen, die große Kategorie von werktätigen Personen, die wir zuletzt begabt haben mit dem Gesetze der Versicherung für die Privatangestellten. Dieses Gesetz allein sollte schon beweisen, daß der neue Mittelstand sich der warmen Fürsorge sowohl der Verbündeten Regierungen, wie des Reichstags zu erfreuen hat. Die Lasten, die das Gesetz unserer Produktion auferlegt hat, sind nicht gering, und das sollte man in den Kreisen dieses neuen unselbständigen Mittelstandes nicht vergessen. Selbstverständlich haben auch diese Herren eine Reihe von Wünschen, und sie haben berechtigte Wünsche, sie haben, wenn ich es allgemein ausdrücken darf, den Wunsch, in ihrer Rechtsstellung in dieselbe Situation zu kommen, wie die Angestellten des Handelsgewerbes. Ich erkläre ausdrücklich, ich bin jeden Tag bereit, diese Wünsche zu erfüllen, soweit es sich nicht um die Preisgabe wichtiger grundsätzlicher Fragen handelt. Zu den Wünschen der Herren gehört dann die Regelung der Konkurrenzklausel. Auch diese Frage haben die Verbündeten Regierungen bereits versucht zu regeln, die Vorschläge haben aber nicht die Billigung des Reichstages gefunden. Die verschiedenen Vorschläge, die damals kamen, haben mich in der Ueberzeugung bestärkt, daß die Sache noch nicht reif zu einer Lösung war. Jetzt ist Zeit darüber hingegangen. Die Frage der Konkurrenzklausel im Handelsgewerbe wird im Reichsjustizamt behandelt, und wir müssen abwarten, was sich daraus ergibt, bevor wir unsererseits wieder der Frage näher treten können. Eine dritte Materie unter den Angestelltenfragen ist die des Erfinderrechts. Sie kann nur zweckentsprechend zusammen mit einer Neuregelung des Patentwesens geregelt werden. Ich kann daher alle Beteiligten nur bitten, zu warten, bis ich in der Lage bin — und ich hoffe bald dazu in der Lage zu sein — die Neuregelung des Patentwesens vorzuschlagen.

Nun zum selbständigen Mittelstand. Seit einiger Zeit häuften sich die Klagen des Mittelstandes und sie haben zum großen Teil ihre Berechtigung. (Hört! hört!) Die besten Kräfte gehen dem Mittelstand dadurch verloren, daß die intelligentesten Handwerker in beabsichtigter oder unbeabsichtigter Weise in die Großbetriebe hineingehen. (Hört! hört! links.) Andererseits geht ein großer Teil der Kreise, die vor 50 Jahren Kleinmeister wurden, jetzt in den Arbeiterstand über. Schließlich ist auch die Tatsache, daß die Maschinen der Fabriken einen großen Teil der gewerblichen Arbeiten für den Kleinbetrieb unrentabel gemacht haben, nicht aus der Welt zu schaffen. Man muß bestrebt sein, dem Handwerk womöglich alle Vorteile des Großbetriebes zugänglich zu machen, also Kapital, Kredit, Kalkulation und womöglich Motorkräfte. Aber alles das sind Mittel, die nicht für das Reich, sondern nur für die Bundesstaaten und in allererster Linie für die Gemeinden durchführbar sind. Die Reichsgesetzgebung ist nicht untätig gewesen. Das deutsche Genossenschaftsgesetz nimmt in erster Linie auf das Kleingewerbe Rücksicht, die Neuregelung des Prüfungswesens, die Einrichtung der Handwerkskammer, der kleine Befähigungsnachweis sind in diesem Sinne von der Reichsgesetzgebung geschaffen worden und haben dem Handwerk viel genutzt. Tatsächlich haben nach der Statistik auch nur die Zwergbetriebe und diejenigen Handwerksberufe einen großen Rückgang erlitten, die durch die Natur der Dinge mit dem Großbetrieb nicht konkurrieren können. Viele andere Zweige des Handwerks, bei denen es mehr auf den individuellen Geschmack und auf die Kunstfertigkeit ankommt, haben dagegen eine günstigere Entwickelung genommen. Die Forderung, daß die Industrie beitragen soll zu den Kosten der Lehrlingsausbildung im Handwerk, wird zwar von allen Seiten des Hauses als berechtigt anerkannt, aber die Verhältnisse in den einzelnen Teilen Deutschlands liegen hier sehr verschieden, und ich habe deshalb immer eine gewisse Scheu gehabt, hier mit einer reichsgesetzlichen Regelung einzugreifen. Ich bin aber bereit, mit den Regierungen in Verhandlung darüber einzutreten, ob nicht eine Regelung durch Ortsstatute erfolgen könnte. Eine Beschränkung der Wanderlager wird sich kaum auf reichsgesetzlichem Wege durchführen lassen. Ebenso liegt es mit einer Vertretung des Kleingewerbes in den Handelskammern. Auch hier ist die Landesgesetzgebung zuständig. Bei den Wünschen auf eine Reform des Submissionswesens handelt es sich auch um Fragen, die schwer eine reichsgesetzliche Regelung vertragen. Das sind Nützlichkeitsfragen, für die man höchstens Richtlinien geben kann. Im Verwaltungswesen muß aber dafür gesorgt werden, daß das Handwerk berücksichtigt wird. Das will auch die preußische Submissionsordnung von 1905 und die Chefs der einzelnen Verwaltungen müssen dafür sorgen, daß diese Verordnung auch befolgt wird. (Abg. Pauli (k.): Sie tun's aber nicht!) Die preußischen Vorschriften sind auch im Reiche eingeführt. Vielleicht können mit Hilfe der Innungen Normen für einheitliche Preise festgestellt werden, die den Behörden bei der Kalkulation einen Anhalt geben. In Sachsen hat das organisierte Handwerk ein Submissionsamt geschaffen, das den Behörden und Handwerkern mit Ratschlägen zur Seite steht. Vielleicht liegt in dieser Richtung der Anlaß zu einer erfolgreichen Lösung der Frage. Der Staatssekretär spricht sich dann gegen die Aufhebung des § 100 q aus und betont, daß auch verschiedene Bundesstaaten gegen die Aufhebung seien. In diesem Frühjahre werde eine neue Handwerkerkonferenz einberufen werden, um neben anderen auch diese Frage prüfen zu lassen. Weiter soll eine Kommission über die Frage des Kleingewerbes beraten, besonders darüber, in welchem Umfange eine Enquete auf diesem Gebiete veranstaltet werden soll. (Beifall.)

Abg. Marquart (natl.): Meine hochverehrten Anwesenden! (Stürmische Heiterkeit.) Das Grundproblem der Wirtschaftspolitik ist: wie schaffen wir dauernd Arbeitsgelegenheit. Hand in Hand mit dem Wachstum der deutschen Bevölkerung muß das Wachstum der deutschen Wirtschaft gehen, meine lieben Freunde. (Erneute Heiterkeit.) Die Entwickelung steht nicht still (Vielfaches ironisches: Sehr richtig!), meine hochverehrten Anwesenden! (Erneuter Lachsturm. Der Redner begreift endlich und fügt sich der parlamentarischen Form.) Dringend notwendig ist die reichsgesetzliche Regelung der Sonntagsruhe für den Kaufmannsstand. Sie liegt gleichermaßen im Interesse der Handlungsgehilfen und der Prinzipale; ebenso erforderlich ist die gesetzliche Festlegung des Achtuhr-Ladenschlusses, der ein Segen für die Gesundheit, die Arbeitskraft, das Familienleben des Kaufmannsstandes und seiner Beteiligung am Kulturleben ist. Auch die Arbeitszeit in den Kontoren muß über kurz oder lang gesetzlich geregelt werden. Es wäre Ehrenpflicht der Prinzipale, in Krankheitsfällen der Angestellten vom Gehalt keine Abzüge zu machen. Die Konkurrenzklausel, die eine Entwertung und Erschwerung der Erwerbstätigkeit für den einzelnen ist, muß aufgehoben, auf jeden Fall gesetzlich neu geregelt werden. Ein einheitliches Privatbeamtenrecht scheitert wahrscheinlich an der Verschiedenheit der Verhältnisse. Das Koalitionsrecht muß genügend geschützt werden. Es muß so heilig und unverletzlich sein wie das Wahlrecht. Es ist ein Unrecht des einzelnen sich zu koalieren. Der § 153 der Gewerbeordnung läßt die Verhinderung am Gebrauch des Koalitionsrechtes unbestraft. Dieser mangelnde Schutz muß nachgeholt werden. Starke Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter sind keine Bedrohung des Wirtschaftsfriedens, dem auch ein Reichseinigungsamt dienen würde. Wir müssen auf dem Boden der Sozialreform ein gesundes, arbeitsfrohes und arbeitskräftiges Volk schaffen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gothein (Vp.): Wir sind bereit, dem Staatssekretär das Gehalt zu bewilligen, selbst wenn er nicht jeden Tag eine 1½stündige Rede hält. (Große Heiterkeit.) Geht das so weiter, so müssen wir ein

Gesetz zum Schutz gegen lange Ministerreden

schaffen. (Erneute Heiterkeit.) Der elegische Schluß des Abg. Dr. Oertel steht im Einklang mit der Weste, die er jetzt trägt. Er hat seine bisher weiße Weste mit einem schwarzen Trauerrand versehen. (Große Heiterkeit.) Vermutlich trauert er darüber, daß der Reichstag nicht ganz nach seinen Wünschen zusammengesetzt ist. Der Staatssekretär und der Redner des Zentrums Dr. Mayer haben unsere Wirtschaftslage eminent günstig genannt und es so dargestellt, als ob dies eine Folge unserer Wirtschaftspolitik sei. Sie berufen sich auf die Steigerung unserer Ausfuhr, aber aus ihr läßt sich nicht ohne weiteres auf einen Erfolg unserer Wirtschaftspolitik schließen. Ist doch auch in den Jahren der Caprivischen Wirtschaftspolitik die Ausfuhr bedeutend gestiegen. In einem Lande, dessen Bevölkerung sich so stark vermehrt, wie in Deutschland um jährlich

900 000 Menschen, muß die Ausfuhr an sich erheblich steigen; denn dieser Bevölkerungszuwachs, den die Landwirtschaft nicht unterbringen kann, muß in Handel, Gewerbe und Industrie untergebracht werden. Die englische Bevölkerung aber vermehrt sich um 500 000 Menschen jährlich. Wenn nun die englische Ausfuhr, und England kommt ohne jeden Schutzzoll aus, etwa ebenso gestiegen ist, wie die unserige, dann ist unsere Situation im Vergleich zu England gar nicht besonders günstig. Der Staatssekretär sagte, unser Zolltarif sei ein gutes Instrument für Handelsverträge. Nun, die Handelsverträge, die wir seitdem abgeschlossen haben, sind sehr ungünstig ausgefallen, woraus zu schließen wäre, daß unser Zolltarif kein gutes Instrument ist. Das Ausland hat uns eben diesen Tarif mit seinen Spezialisierungen nachgemacht, und wir sind nicht weiter gekommen. Beim Vergleich mit England darf auch nicht übersehen werden, daß dieses seinen Schiffsbau noch ganz anders forciert hat als wir und daß es mit seiner riesigen Flotte in ganz anderem Maße als Deutschland der Frachtführer der Welt geworden ist. (Sehr richtig! links.) Die Auffassung, daß die gegenwärtige Konjunktur günstig sei, ist doch recht optimistisch, wenn man sich den Kurszettel und die Abschlüsse der Banken ansieht, so ist von einer günstigen Konjunktur nichts zu merken. Zweifellos ist reichlich Arbeit vorhanden, und die Arbeitslöhne sind gestiegen, sie mußten aber steigen, weil alles teurer geworden ist und die Arbeiter sonst sich und ihre Familie nicht mehr ernähren könnten. (Sehr richtig! links.) Der reichlichen Arbeitsgelegenheit steht gegenüber eine wesentlich geringere Rentabilität unserer Industrie, die wieder eine geringere Kapitalbildung zur Folge hat und damit eine Verlangsamung im Schaffen neuer Produktionsstätten. Eine vorsichtige Bankpolitik ist gewiß geboten, aber unsere Industrie braucht Bankkredit; ihn einschränken, hieße den Unternehmungsgeist lähmen.

Herr Dr. Mayer klagte über das Steigen der Kohlenpreise, aber da die Lebensmittel teurer geworden sind, müssen die Löhne im Bergbau steigen. Wenigstens ist den Bergarbeitern für den 1. April eine Erhöhung der Löhne versprochen. Hoffentlich werden sie nicht damit in den April geschickt. Höhere Löhne aber bedeuten höhere Kohlenpreise. In derselben Richtung wirkt die Erhöhung der Produktionskosten durch die Vertiefung der Schächte. Auch die Syndikate wirken preissteigernd. Die Angriffe des Zentrums gegen die Syndikate nehme ich nicht ernst. Es will seinen Wählern nur sagen können, es habe gegen die Syndikate gewettert. Früher sprach man davon, daß ein Gesetz gegen die Syndikate im Schreibtisch des Herrn Spahn fertig läge, aber der wundertätige Schreibtisch blieb jahrelang verschlossen und dann kam der jetzige mehr als harmlose Antrag heraus, der wie weiße Salbe gegen Krebsgeschwüre ist. (Heiterkeit.) Das einzige wirkliche Mittel gegen die gefährliche Preissteigerung der Kartelle ist, daß man die Möglichkeit einer Konkurrenz aufrecht erhält. Der Fiskus aber tut das Gegenteil. Sein Beitritt zum Kohlensyndikat hat das „Brot der Industrie" nur verteuert. Das Kaligesetz hat das strikteste Gegenteil von dem erreicht, was der Staatssekretär von den Syndikaten erwartet. Denn ohne dies Gesetz könnten 15—20 Gruben dieselbe Menge Kali fördern, die gegenwärtig von 100 Gruben gefördert wird. Spezialgesetze über das Syndikatswesen haben wir bereitets. Das Branntweinsteuergesetz ist doch nur ein Gesetz zur Förderung des Spirituskartells. Und zur Förderung des Eisenkartells wirkt der Schutzzoll auf Eisen als Spezialgesetz. Der Kartellantrag des Zentrums ist nichts als ein Feigenblatt, um die Blöße der Gesetzgebung zu decken, die sie sich gegeben hat, indem sie gegen die Ausschreitung der Kartelle versagte. Wenn man durch Ausfuhrprämien oder billige Ausfuhrtarife die Ausfuhr von Roheisen und Halbfabrikaten fördert, um die Preise dieser Produkte im Inland hoch zu halten, so schädigt man die Verfeinerungsindustrien und den in ihnen tätigen gewerblichen Mittelstand. So erschweren wir die Qualitätsarbeit, statt sie zu stärken. Der Schutzzoll kommt mit verschwindenden Ausnahmen nur den kartellierten Industrien zugute; wie viele sind aber kartellfähig? Nur wenige, nur diejenigen, die von vornherein in wenigen Händen liegen. Für die Fertigindustrien hat der Schutzzoll gar keinen Wert.

Alle diejenigen, die auf das Dogma vom Schutz der nationalen Arbeit schwören, sollten doch daran denken, daß der Vater dieses Gedankens, der große Gelehrte Friedrich Lifzt, auch gesagt hat: Jeder Schutzzoll macht sich selbst mit der Zeit illusorisch dadurch, daß durch die Steigerung der Produktion die innere Konkurrenz den Schutzzoll unwirksam macht. Abg. Dr. Oertel trat hier für den lückenlosen Zolltarif ein und meinte, er befände sich damit in Uebereinstimmung mit der Industrie. Mir ist gar nichts davon bekannt, daß die Industrie diesen Wunsch hat. Mit dem Staatssekretär bin ich der Meinung, daß es wenig Zweck haben würde, für die neuen Handelsverträge einen neuen Zolltarif zu schaffen. Es kommt weniger auf das Instrument der Handelspolitik an, als auf den Geist, in dem dieses Instrument gehandhabt wird. (Sehr richtig! links.) Für die Aufstellung der Produktionsstatistik sollten die Fachvereine zur Hilfe herangezogen werden. Erhebungen über die Wirkung der Schutzzollpolitik auf die Inlandsindustrie halte ich für dringend nötig. Es ist leicht, zu sagen: die Schutzzollpolitik hat sich bewährt! Der Staatssekretär hat das auch nur als seine Meinung feststellen können. Es gibt in der Industrie zahlreiche bewährte Fachleute, die anderer Meinung sind. (Sehr richtig! links.) Wenn wir seit 1879 in der Zollpolitik stecken, dann wäre es doch wirklich an der Zeit, einmal ein klares Bild von ihren Wirkungen zu gewinnen. Da muß eine allgemeine öffentliche Enquete veranstaltet werden, deren Objektivität durch die Hinzuziehung aller beteiligten Kreise gesichert werden muß. Es ist nicht angängig, daß man die Millionen von Arbeitern, auch wenn sie sozialdemokratisch wählen, von diesen Erhebungen ausschließt. (Lebhafte Zustimmung links.) Sie haben bei dieser Handelspolitik in erster Linie ihre Haut zu Markte zu tragen und sie wollen deshalb auch gehört werden. Die Anhänger der Schutzzollpolitik, die von ihrem Erfolg überzeugt sind, müßten doch selbst ein Interesse an einer einwandfreien Feststellung ihrer Wirkungen haben. (Sehr richtig!) Ich freue mich, daß Herr v. Oertzen „sehr richtig!" ruft. Er dürfte nun also auch wohl für die von uns gewünschte Enquete eintreten. Die Frage, wem die Getreidezölle nützen, ist ja noch umstritten. Die vom preußischen Staat darüber in der Landwirtschaft aufgenommene Statistik ist in so einseitiger Weise zusammengestellt, daß sie geradezu ein Faustschlag ins Gesicht jeder Wissenschaft ist. (Sehr richtig! links.) Diese ganze Erhebung ist nichts anderes als ein Humbug! (Lebhafte Zustimmung links.) Daß man jemand zumutet, er solle auf diese Erhebung irgendwelchen Wert legen, das ist ein Zweifel an seiner Intelligenz. (Sehr richtig! links.) Die objektiver aufgenommene gleichartige Erhebung in Oesterreich hat ein so

vernichtendes Urteil über die Schutzzollpolitik

ergeben, daß die österreichische Regierung sie gar nicht veröffentlicht hat und ihr Ergebnis erst auf anderem Wege in die Oeffentlichkeit gebracht wurde. Die Ausführungen des Abg. Dr. Mayer dagegen werden durch diese amtlichen Erhebungen vollständig widerlegt. Dr. Heim, der frühere Abgeordnete, der leider nicht mehr hier weilt, hat für die bayerische Landwirtschaft ja ähnliche Feststellungen gemacht. Die Preise der großen Güter sind nach einwandfreien Feststellungen besonders im Osten gewaltig gestiegen, meist um 45 Prozent und mehr. Das gilt in erster Linie für die Güter mit geringem Boden. Die Zeiten hoher Getreidepreise waren immer die der Ausdehnung des Großgrundbesitzes und die Zeit der Getreideausfuhr ebenso, während bei der Eigenversorgung eines Landes mit Getreide der Bauernbesitz blüht. Der Kleinbetrieb steuert der Entvölkerung. Ein Bauerndorf ist den Kaufleuten und Gewerbetreibenden der Kleinstadt viel lieber als drei Latifundien oder Domänen.

Der Präsident des Landeskulturrats Dr. Metz hat erklärt, daß die Wangenheimschen Vorschläge die innere Kolonisation unmöglich machen würden. Der Redner beweist eingehend, daß der Großgrundbesitz unausgesetzt nach Vergrößerung und — namentlich auch in Bayern — nach fideikommissarischer Bindung strebe. Oberpräsident a. D. Graf Zedlitz-Trützschler hat im Juni 1909 selbst erklärt, daß viele Grundbesitzer die fügsameren ausländischen Arbeiter den deutschen vorziehen. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Will man nicht eine parlamentarische Enquete nach englischem Muster, so nehmen Sie unsere Resolution an, die eine öffentliche Enquete unter Beteiligung aller Parteien fordert. Wir wollen eine unparteiische Enquete im Interesse einer Politik, die das beste für das Volk und für das Vaterland schafft. (Lebhafter Beifall links.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Oertel (k.) erklärt in einer persönlichen Bemerkung: Der Abg. Gothein hat die letzten Sätze meiner Rede eine Elegie genannt. Da muß er mich mißverstanden haben, elegisch war ich nicht. Er meinte auch, meine Weste stehe in Uebereinstimmung mit dem elegischen Klange meiner Ausführungen. Ich weiß nicht, ob es möglich ist, eine persönliche Bemerkung im Namen meiner Weste zu machen. (Große Heiterkeit.) Infolgedessen begnüge ich mich mit der Bemerkung, daß der Abg. Gothein auch den schwarzen Rand an meiner Weste vollständig mißverstanden hat. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Mittwoch, 1 Uhr nachmittags. (Fortsetzung der Etatsberatung.)

Schluß 6¼ Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

In der Dienstagssitzung der Kommission wurde eingehend über eine wirkungsvollere Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche beraten. Das Zentrum fordert in einer Resolution, für die auch die Sozialdemokraten sehr lebhaft eintraten und die dann auch einstimmige Annahme fand, die Aufwendung großer Mittel zur Bekämpfung der Seuche, die ja der deutschen Landwirtschaft enorme Verluste zufügt. Von der Regierung wurde unerwarteterweise der Resolution Widerstand entgegengesetzt durch den Hinweis, daß es weniger gelte, den Erreger der Seuche zu entdecken, als vielmehr praktische Arbeit zu leisten und ein wirksames Serum zu finden. Ein solches sei schon da, aber noch zu teuer, denn der Liter koste 100 M.; ein Stück Vieh mit diesem Serum zu impfen, kommt auf 30 Mk. zu stehen. Viele andere angepriesene Mittel seien wertlos. Von sozialdemokratischer und freisinniger Seite wird die Errichtung einer weiteren Versuchsstation auf irgendeiner geeigneten Insel gewünscht. Zur Sprache kamen auch die Schädigungen, die durch den Scheidekatarrh und die ansteckende zu frühe Verkalbung bei den Rindern entstehen. Staatssekretär Delbrück erklärte, daß, wenn der Reichstag ihm jetzt Mittel zu den erwähnten Zwecken zur Verfügung stelle, er tatsächlich nicht wisse, wie er sie verwenden soll. Es fehle noch die Grundlage und das Ziel zu einer Verwendung der in Aussicht gestellten Gelder. Die Kommission war aber darin einig, daß alles getan und versucht werden müsse, der Seuche Herr zu werden. — Zu einer lebhaften Kritik der mangelnden Leistungsfähigkeit des Kaiserin-Augusta-Viktoria-Kinderkrankenhauses in Charlottenburg führte der geforderte Unterstützungsbeitrag von 60 000 M. aus Reichsmitteln. — Von den Sozialdemokraten war eine Resolution eingebracht worden, die die Einsetzung einer Kommission fordert, gebildet aus Mitgliedern des Bundesrats und des Reichstags, um zu untersuchen, ob sich nicht eine Zentralstelle anstatt der heute bestehenden verschiedenen, vom Reich subventionierten bibliographischen Institute schaffen ließe. Gegen diese „Spirituszentrale auf geistigem Gebiete" kämpfte lebhaft der Abg. Dove an, ebenso die Regierung, worauf die Resolution zurückgezogen wurde.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags

verhandelte am Dienstag drei Stunden lang über die Wahl des Reichsverbändlers Dr. Becker. Dieser ist in Bingen-Alzey mit 12 012 Stimmen gegen 12 010, die auf den fortschrittlichen Kandidaten Korell entfielen, gewählt worden. Gegen diese Wahl liegen drei Proteste vor. Die Kommission verhandelte nun zunächst über die beanstandeten Stimmzettel. Das Resultat stellte sich schließlich so: Dr. Becker 12 016, Korell 12 015 Stimmen. In Sprendlingen sind zwei Stimmzettel mehr gezählt worden, als Wahlkuverts vorhanden waren. Diese zwei Stimmen werden dem Dr. Becker abgezogen werden müssen; dann hätte Herr Korell eine Stimme mehr. Nun kommt es aber wesentlich darauf an, was von den im Wahlprotest aufgeführten Behauptungen erwiesen wird.

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz.

Die Kommission des Reichstags, der die Vorberatung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes übertragen wurde, begann am Dienstag mit der Beratung des § 1, in dem ausgesprochen wird, daß die Reichsangehörigkeit durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat erworben wird und mit deren Verlust erlischt. Dazu beantragten die Vertreter der Nationalliberalen eine Aenderung, die bezweckt, an die Spitze des Gesetzes eine Umschreibung des Begriffes Deutscher zu stellen. Die Vertreter der Regierung, des Zentrums und der Konservativen hielten an der Technik des Entwurfs fest; die Vertreter der Sozialdemokraten und der Fortschrittler schlossen sich dem Grundgedanken des nationalliberalen Antrags an, schlugen aber Verbesserungen der Fassung vor. Auf Antrag der Abgg. Liebknecht, Blunk und v. Richthofen wurde mit Mehrheit beschlossen, den § 1 wie folgt zu fassen: „Deutscher ist: 1. wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat besitzt, 2. wer die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt."

Im § 2 wird bestimmt, wodurch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat erworben wird. Die Abgg. Bernstein und Genossen beantragen Streichung der Ziffer 3, wonach die Staatsangehörigkeit durch Eheschließung erworben wird. Diese automatische Wirkung, so wird zur Begründung des Antrags ausgeführt, bedeute eine große Rücksichtslosigkeit gegen die Frau. Wenn man auch die verschiedene Staatsangehörigkeit von Mann und Frau mit allen Möglichkeiten vermeiden wolle, so könne man dem durch einen besonderen Paragraphen Rechnung tragen. Von nationalliberaler, fortschrittlicher und konservativer Seite wurde dieser Auffassung widersprochen. Mehrere sozialdemokratische Mitglieder führten dazu aus, auf jeden Fall müsse der Ausländerin das Recht vorbehalten bleiben, selbst zu entscheiden, ob sie die Staatsangehörigkeit ihres Mannes erwerben wolle oder nicht. Die Vertreter der bürgerlichen Fraktionen erwiderten, alle Tradition im In- und Auslande spreche gegen den Antrag, mit dem auch den Frauen ein schlechter Dienst erwiesen werde. Ein Antrag Dr. Quarck-Frankfurt, die Abstimmung auszusetzen und die Regierung zuvor um eine ausführliche Darlegung der Rechtsfolgen des Antrags Bernstein zu ersuchen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Dänen abgelehnt, und darauf mit derselben Mehrheit auch der Antrag Bernstein, die Ziffer 3 zu streichen, abgelehnt. Abgelehnt wurde ferner ein Antrag der Nationalliberalen, in Ziffer 4 statt „durch Aufnahme" zu sagen: „durch Aufnahme des Angehörigen eines anderen Bundesstaates", und als Ziffer 5 anzufügen: „durch Verleihung an einen Ausländer". Dasselbe Schicksal widerfuhr einem Antrag der Fortschrittler, der sagen wollte: „4. für einen Deutschen durch Aufnahme, 5. für einen Nichtdeutschen durch Einbürgerung." Damit war § 2 unverändert geblieben. In der Gesamtabstimmung wurde der Paragraph bei mehreren Stimmenthaltungen mit 8 gegen 6 Stimmen angenommen.

Im § 3 wird die Erwerbung der Staatsangehörigkeit durch Geburt näher geregelt. Eine längere Debatte rief die Frage hervor, welche Staatsangehörigkeit ein Findelkind haben soll. Ein zunächst vom Zentrum eingebrachter Antrag fand schließlich in folgender, von Dr. Blunk (Fortschr.) vorgeschlagenen Fassung einstimmige Annahme: „Als Absatz 2 des Artikels einzufügen: Ein Kind, dessen Familienstand nicht zu ermitteln ist (Findelkind), gilt als staatsangehörig in dem Bundesstaat, in dessen Gebiet es aufgefunden worden ist." Aufgeworfen wurde noch die Frage, ob nicht, wenn eine Deutsche einen Staatenlosen heiratet, den Kind die deutsche Staatsangehörigkeit gewahrt werden soll. Man vertagte sich die weitere Prüfung und die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung bis zur nächsten Sitzung (Donnerstag) vor.

Aus der Frauenbewegung.

Heimarbeiterinnennot.

Dem Vorgehen der Herrenmaßschneider haben sich die Damenmäntelschneiderinnen angeschlossen. Nach bekannter Manier sucht das Unternehmertum ihre Lage als fast beneidenswert hinzustellen. Der „Konfektionär" behauptete gar, sie verdienten in der Saison wöchentlich 21—45 M., ja, wer wolle, solle es gar auf 60 M. bringen können. Später gab das Blatt die Durchschnittslöhne auf 21 bis 25 M. an. Daß auch diese Angaben den Tatsachen nicht entsprechen, beweist der neue Jahresbericht der Ortskrankenkasse der Schneider und Schneiderinnen, der Lohnnachweise enthält, die auf Angaben der Unternehmer selbst beruhen. Danach gehören 60 Proz. aller Heimarbeiterinnen der untersten Lohnklasse an (sie verdienen weniger als 2 M. pro Tag), 21 Proz. der 3. Lohnklasse (mit einem Tagesverdienst von höchstens 2,50 M.), 15 Proz. der 2. Lohnklasse (mit einem Tagelohn von 2,50—3,50 M.). Nur 4 Proz. finden sich mit mehr als 3,50 M. in der obersten Lohnklasse. Also der weitaus größte Teil, fast zwei Drittel aller Arbeiterinnen fallen in die unterste Lohnklasse mit einem Wochenverdienst von höchstens 12 M.

Ein trübes Bild entrollt der Bericht über die gesundheitlichen Verhältnisse. Die häufigsten Krankheiten sind neben den durch Unterernährung, überlange Arbeitszeit, schlechte Wohnungen hervorgerufenen Lungenkrankheiten, Blutarmut und Bleichsucht vor allem die mit erschreckender Häufigkeit auftretenden Unterleibskrankheiten, die beinahe der sonst verbreitetsten Erkrankung, der Lungentuberkulose den Rang streitig machen. Das angestrengte Maschinentreten, das oft ohne Ruhepause bis tief in die Nacht betrieben wird, wirkt überaus schädlich auf die Unterleibsorgane der Frau und erklärt die hohe Erkrankungsziffer. Im Zusammenhang mit diesen Krankheiten berichtet die Krankenkasse von einer sehr hohen Anzahl Fehlgeburten, wie man sie sogar in der so gefürchteten Bleiindustrie nicht wiederfindet. Es kamen, nach dem letzten Bericht, auf 2911 normale Geburten, für die Wöchnerinnenunterstützung gezahlt wurde, 2558 Fehlgeburten.

Aus aller Welt.

Ein Schildbürgerstücklein.

Folgendes, trotz seiner Tragik höchst amüsantes Geschichtchen wird der „Intern. Korresp." von einem Mitarbeiter mitgeteilt: Die Stadtväter des altehrwürdigen Hessenstädtchens Fritzlar haben einen Beschluß in die Tat umgesetzt, der ihrer Intelligenz alle Ehre macht. Wie vielerorts, so klagten auch die Landwirte über Schäden, die hungrige Krähen nun einmal an jungen Saaten anzurichten pflegen. In einer denkwürdigen Sitzung des Stadtparlaments wurden sämtliche Krähen zum Tode durch Vergiftung verdonnert. Man ging äußerst raffiniert zu Werke und kaufte auf städtische Kosten einen großen Posten Schlächterei-abfälle, die sorgfältig mit Strychnin präpariert wurden. Die Gegend wurde sodann mit diesen Fleischfetzen dekoriert. Diese sind auf Aeckern ausgelegt, oder, was einen außerordentlich unästhetischen Anblick gewährte, in die Aeste der Bäume gehängt worden. Hier hing eine Lunge, dort eine Leber. Der Erfolg des Verfahrens übertraf die hochgespanntesten Erwartungen. Es wurden in der betreffenden Gemarkung am anderen Morgen tatsächlich nicht weniger als 11 (schreibe elf) mausetote Krähen gefunden. Zum maßlosen Erstaunen der wackeren Stadtväter hatten aber etwa 20 Spechte und hunderte von Meisen die unglaubliche Dummheit begangen, ebenfalls von dem vergifteten Fleisch zu essen. Die Felder waren mit den Leichen dieser Tiere förmlich übersät. Wie verlautet, sollen beim nächsten Feldzug gegen die Krähen neben den Fleischstücken Warnungstafeln für Meisen, Spechte und Hunde angebracht werden. Es haben nämlich nicht weniger als fünf Einwohner in der Mordnacht ihre zum Teil wertvollen Hunde verloren.

Unwetter im Kanal.

Aus den französischen Hafenstädten laufen Meldungen ein über ein schweres Unwetter, das seit Montag im Kanal herrscht. Eine Anzahl Fischerbarken sind in den Fluten untergegangen, zahlreiche Personen haben ihren Tod in den Wellen gefunden. Der schwedische Dampfer „Thy" ist bei Bahmeles aufgelaufen; in höchster Seenot konnte die gesamte Mannschaft durch die Besatzung des Avisos „Caudan" gerettet werden. Großen Schaden hat ein orkanartiger Sturm in Le Havre angerichtet. Fast sämtliche Telephon- und Telegraphenleitungen nach Paris und London sind gestört. Vor der Reede von Havre ist der Dampfer „Herzogin von Guise" gesunken. Die Mannschaft konnte mit Mühe und Not gerettet werden.

Auch auf den Azoren-Inseln hat ein Sturm großen Schaden angerichtet. Viele Plantagen sind verwüstet worden, auch mehrere Schiffsunfälle sind zu verzeichnen. Das Meer hat bereits mehrere Leichen ans Ufer gespült.

Ein schwerer Konflikt.

Im Landkreise Düsseldorf besteht für die Gemeinden Huckingen, Großenbaum und Buchholz eine gemeinsame freiwillige Feuerwehr, zu deren „Branddirektor" die Wehrleute den Polizeiwachtmeister von Huckingen erwählten. Der Landrat hatte wohl die Wahl des „Branddirektors" bestätigt, aber ihm das Tragen der Achselstücke Nr. 1 (breite Raupen, wie sie die Stabsoffiziere tragen) nicht gestattet. Zur richtigen Löschung eines Brandes gehört nach der Meinung des Herrn Polizeiwachtmeisters ein Branddirektor mit Raupen. Er verzichtete daher auf seine neue Würde. Die drei Gemeinden aber hat der heroische Entschluß in arge Bedrängnis gebracht; jeden Tag kann ein Brand ausbrechen und man besitzt keinen Branddirektor mit entsprechender repräsentativer Verfassung.

Kleine Notizen.

Das dankbare Vaterland. Vor dem Kriegerdenkmal in Geestemünde erschoß sich ein 65jähriger Zimmermann, Veteran von 1870/71, aus Nahrungssorgen. Nachdem der Lebensmüde eine Stunde lang um das Denkmal gewandert war, zog er plötzlich einen Revolver hervor und gab zwei Schüsse auf sich ab. Die erste Kugel ging fehl, die zweite durchbohrte ihm den Kopf vollständig.

Margarete Walkotte, die in Arbeiterkreisen bekannte und geschätzte Sängerin und Vortragskünstlerin ist am Sonnabend auf der Fahrt von Dresden nach Elberfeld aus dem D-Zug gefallen. Sie brach den linken Arm und liegt in Elberfeld schwer krank darnieder.

Ein Boxkampf mit tödlichem Ausgange. Am Sonnabendabend führten der Sekundaner Hinz aus Neustadt und der Primaner Liezd aus Langfuhr in der Turnhalle des Lauenburger Gymnasiums einen regelrechten Boxkampf aus. Dabei wurde Liezd so unglücklich getroffen, daß er in das Krankenhaus eingeliefert wurde, wo er bald darauf verstarb.

Eisenbahnerlos. Beim Rangieren auf dem Bahnhof Stargard wurde der Hilfsrangierwärter Gehrke schwer verletzt. Er geriet mit dem Arm zwischen die Puffer und wurde ihm der Arm abgequetscht. Außerdem erlitt er schwere innere Verletzungen, an deren Folgen er nach zwei Stunden verstarb.

Todes-Anzeigen

Am 4. März verstarb plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Onkel und Schwager, der Klempner

Hermann Stebane

infolge Herzschlages im 52. Lebensjahre.

Beerdigung: Donnerstag 3½ Uhr Emmaus-Kirchhof, Hermannstraße.

Luise Stebane
nebst Kindern.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. (Görlitzer Viertel).
Bezirk 177.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Klempner

Hermann Stebane

Reichenberger Str. 147
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. März, nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause, Reichenberger Str. 147, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Am 3. März verstarb unsere Genossin

Frau Marie Krause

Treskowstr. 56.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 6. März, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Werkzeugmacher

Paul Berwig

am 3. März an Lungenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Stahnsdorfer Kirchhofs in Stahnsdorf aus statt.

Ferner starb am 4. März unser Mitglied, der Klempner

Hermann Stebane

an Schlaganfall.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. März, nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause Reichenberger Str. 147 aus nach dem Emmaus-Kirchhof in Neukölln statt.

Ferner starb am 4. März unser Mitglied, der Drücker

Hermann Quade

an Magenleiden.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. März, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Kirchhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.

Ferner starb am 3. März unser Mitglied, der Klempner

Richard Krüger

an Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. März, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
113/10 **Die Ortsverwaltung.**

Am 4. März verschied sanft nach kurzem Krankenlager meine liebe Frau, unsere gute Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Emilie Krippahle
geb. **Plantke.**

Dies zeigt im Namen der Hinterbliebenen tiefbetrübt an

Otto Krippahle.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. März, nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Treptower Gemeindefriedhofes, Neue Krugallee, aus statt.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
Filiale Berlin I.

Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege

August Peitz

am 3. März im Alter von 31 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des St. Elisabeth-Kirchhofes, Prinzen-Allee, aus statt. 102/19

Die Ortsverwaltung.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stallmann

Ernst Pabst

zuletzt Niederlage Leykam, nach langem Leiden am 3. März verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 6. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend aus statt. 42/10

Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht. **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.
Verwaltung Berlin.

Am Montag, den 4. März, verstarb unser Mitglied, der Holzbildhauer

Max Weigandt

im Alter von 35 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 7. März, nachmittags 5 Uhr, auf dem Auferstehungs-Friedhof in Weißensee statt.

Um rege Beteiligung ersucht
20/3 **Der Vorstand.**

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unser langjähriges Mitglied, der Buchbinder

Emil Schmidt

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. März, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Kirchhofes aus auf dem städtischen Friedhof in der Seestraße statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.

Nachruf.

Durch den Tod ist uns einer unserer Mitkämpfer, der Kollege

Karl Schnitka

von den Rieselfeldern entrissen worden.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Bestattung fand am 5. März, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Französisch-Buchholz aus statt.

33/14 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Bernau.
Bezirk Röntgental, Zepernick.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Montag, den 4. März, unser Genosse, der Bauarbeiter

Emil Derfel
(Zepernick)

gestorben ist. 240/13

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. März, nachmittags 4½ Uhr, vom Trauerhause in Zepernick, Dorfstr. 7, aus nach dem Gemeindefriedhof statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Statt besonderer Anzeige!

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein Mann, der Tischler

Albert Schimanski

im Alter von 53 Jahren am Sonntagnachmittag infolge eines Herzschlages verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen
Frau Schimanski nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Britzer Gemeindekirchhofes in der Chausseestraße aus statt. 22462

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Wilhelm Ruhnow

Mirbachstr. 21, im Alter von 52 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. März, nachmittags 4½ Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Albert Schimanski

im Alter von 53 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Britzer Gemeinde-Friedhofes in Britz, Chausseestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
80/4 **Die Ortsverwaltung.**

Am 2. März entschlief nach kurzem schweren Leiden unser lieber Sohn und Bruder

Bruno Apitz.

Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gethsemane-Friedhofes aus statt. 22432

Familie Robert Apitz.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir allen Verwandten, insbesondere der Firma C. u. R. Redlich, dem Wahlverein, dem Deutschen Holzarbeiterverband und sämtlichen Kollegen, auch den Hausbewohnern von Schreinerstr. 26 unseren besten Dank.

Wwe. Traeger
22422 nebst Kindern.

Oeffentliche politische Versammlungen.

Donnerstag, den 7. März 1912, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Volks-Versammlung

in den Konkordia-Festsälen, Andreasstr. 64.

Tagesordnung:

Der Justizmord an den sozialdemokratischen Abgeordneten der russischen Duma.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Georg Ledebour.**

Zahlreichen Besuch erwartet der Einberufer **Eugen Ernst,** Liesenstraße 16.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstraße 28, part. **Filiale Berlin.** Fernsprecher Amt Mpl. Nr. 4787.

10 Mitgliederversammlungen

für die Kollegen Berlins und der Vororte

und zwar am

Donnerstag, den 7. März 1912, abends 8½ Uhr

in nachstehenden Lokalen für die Bezirke:

Norden, Nordosten, Gesundbrunnen, Pankow und Weißensee: „Swinemünder Gesellschaftshaus", Swinemünder Straße 42.

Moabit und Wedding: „Viktoria-Salon", Perleberger Straße 14.

Osten, Lichtenberg und Rummelsburg: „Löwenbrauerei-Ausschank", Frankfurter Allee 53.

Westen und Schöneberg: „Schwarzer Adler", Schöneberg, Hauptstraße 144.

Süden, Südosten, Südwesten u. Neukölln: „Märkischer Hof", Admiralstr. 18c:

Sektion der Lackierer: „Gewerkschaftshaus", Engel-Ufer Nr. 15.

Freitag, den 8. März 1912, abends 8½ Uhr

Charlottenburg und Wilmersdorf: „Volkshaus", Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Groß-Lichterfelde und Zehlendorf: Wahrendorf, Groß-Lichterfelde, Backestr. 22.

Steglitz: Restaurant Heizmann, Steglitz, Florastr. 4.

Adlershof, Friedrichshagen, Köpenick, Nieder-Schöneweide und Karlshorst: Johl, Köpenick, Grünauer Str. 7.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. **Die Erweiterung der Kranken- und Sterbe-Unterstützung innerhalb unseres Verbandes.** 2. **Beschlußfassung über die Einführung derselben.** Referenten sind die Kollegen: **Jakobeit, Klotz, Link, Mietz, Richter, Ringel** und **M. Stein.**

Kollegen! Erfüllt Eure Pflicht und agitiert für den Besuch der Versammlungen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 128/10 **Die Ortsverwaltung.**

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß mein innigst geliebter Mann, unser herzensguter Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel 398b

Albert Gräbner

heute Montag, früh 6¼ Uhr, nach kurzem, schwerem Leiden im Alter von 63 Jahren gestorben ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Henriette Gräbner
geb. **Baumgart**
und Kinder.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. März, nachmittags 3¼ Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Freienwalder Straße, aus statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenfahrer

Karl Falkenberg

am 4. d. Mts. im Alter von 67 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Friedhofes, Plötzensee, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Autofahrer

Alfred Bleibaum

am 1. d. Mts. im Alter von 22 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Heiligenkreuzkirche, Mariendorf, Eisenacherstraße 62, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
62/9 **Die Bezirksverwaltung.**

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Tochter, unserer guten Schwester und Schwägerin

Anna Metz

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Kollegen und Kolleginnen unseren herzlichsten Dank.

Frau Metz
nebst Kindern und Schwiegerkindern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner innigst geliebten Frau und treusorgenden Mutter

Berta Mühlich

sagen wir allen Teilnehmern, besonders dem Genossen Obst für seine trostreichen Worte, dem Gesangverein „Liberté", dem Wahlverein Schöneberg und dem Personal der Firma Fritsche unseren herzlichsten Dank.

22452 **J. Mühlich** nebst Tochter

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten, Freunden, Bekannten, den Genossen und Genossinnen des 758. Bezirks sowie den Kollegen der Firma R. Ranke meinen herzlichsten Dank.

Witwe Anna Schmidt,
Triftstraße 43.

Blaue Kammgarnkostüme M. 28.–
Modelle 36.—, 45.—, 60.—, 75.— bis 200.—

Reinseidene Taffetmäntel M. 25.–
Modelle 36.—, 45.—, 54.—, 65.— bis 180.—

Ulster in Stoffen engl. Charakters . . . M. 10.–
Modelle 15.—, 18.—, 24.—, 30.— bis 85.—

Taffet-changeant-Kleider M. 50.–
Modelle 65.—, 75.—, 82.—, 90.— bis 125.—

Röcke, gestreift u. glatt, Kammg. M. 12.–
Modelle 18.—, 22.—, 26.—, 33.—

Noch vorhandene Winterkonfektion
Plüschmäntel (sonst 36.— bis 200.—)
Abendmäntel (sonst 25.— bis 150.—)
Wollplüschmäntel . . . (sonst 49.—)
jetzt zum Teil um
50, 60, 70% ermässigt

Einsegnungs- u. Prüfungskleider

WESTMANN

Mohrenstr. 37a
Gr. Frankfurterstr. 115.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt. Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochelegant. Genre z. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Stoffe

Damentuche für elegante Kleider, Paletots rc., Mtr. 2,50, 3,50, 4,50 M.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudtenstr. 20-21, vis-a-vis der Petrikirche.

Zigarren-Fabriken W. Herbst
gegr. 1862. Tel.: Moritzplatz 3873.
BERLIN SW., Ritterstr. 83
Erstklassige Ware. Zigarrenhändlern bestens empfohlen.
Tarifarbeit.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung. Dienstag, 5. März, vormittags 11 Uhr.
Am Ministertisch: Sydow, v. Velsen.

Der Bergetat.

2. Tag.

Mehrere Abgeordnete verlangen Unterstützung der durch den Erdrutsch in Hohensalza Geschädigten. Von der Regierung wird die Notwendigkeit der Unterstützung bestritten.

Abg. Dr. **Maurer** (natl.): Zwischen den unteren und mittleren Beamten des Saarbergbaues besteht ein nicht zu leugnender Gegensatz. Das Kastenwesen erhält sich und trotz aller technischen Fortschritte wird der technische Beamte geringer gewertet, schlechter bezahlt und hat auch schlechtere Pensionsverhältnisse als der juristische Beamte. Der Redner tritt für die Steiger ein.

Abg. **Imbusch** (Z.): Der Minister sollte die Bergbeamten anweisen, sich jeder Schikane gegen die Sicherheitsmänner zu enthalten.

Abg. **Delius** (Vp.): Wir begrüßen das Prämiensystem nicht gerade freundlich und hoffen, daß es sich nicht zu einem Mittel verschärften Drucks auf die Arbeiterschaft ausgestalte.

Abg. **Spinzig** (kt.) wünscht Hebung des Bergbaues im Oberharz, um der Auswanderung abzuhelfen. Seitdem Hannover preußisch ist, geschieht fast nichts mehr für den dortigen Bergbau.

Abg. Dr. **Röchling** (natl.) bringt Beamtenwünsche vor.

Abg. **Leinert** (Soz.):

Ich kenne den Oberharz seit Jahrzehnten und kann die ungünstigen Urteile des Abg. Spinzig nur teilen. Seit der Auflassung einiger Bergwerke ist in der Bevölkerung von Clausthal und Umgebung ein wahrer Schrecken entstanden. Wenn die Rente aus den Oberharzer Bergwerken so hoch ist, wie hier behauptet wurde, so werden das die Bergleute mit Freuden hören und hoffen, daß endlich ihre Löhne einer anständigen Existenz entsprechend erhöht werden. Alles ist dort oben abhängig von dem guten Willen des Bergfiskus. Es ist unmöglich, dort Industrie anzusiedeln ohne die Zustimmung des Fiskus und ohne daß sie sich völlig der Macht des Fiskus unterwirft, der im Besitze des Landes und des Wassers ist. Etwas mehr Weitherzigkeit sollte bewiesen werden, und man sollte der Aufschließung dieser Gegenden und ihrem Anschluß an das übrige Land nicht mehr so im Wege stehen, wie es geschieht. Die Eisenbahn nach Altenau genügt nicht, um der dortigen Bevölkerung das Notwendige zu bieten. Vielleicht hat die Verhandlung hier den Erfolg, daß endlich aus der Bevölkerung die unberechtigte Angst vertrieben wird, daß sie auf die Dauer dort oben nicht mehr leben könnte. Auf diesen Glauben ist die Oberharzer Auswanderung zurückzuführen. Der Bergfiskus hat nicht genug getan, um die Bevölkerung ansässig zu erhalten. Die Lebensverhältnisse sind die denkbar traurigsten, bei den höchsten Lebensmittelpreisen bestehen die niedrigsten Löhne und nach den niedrigen Löhnen des Bergfiskus richtet sich das bißchen Steinindustrie und dergleichen, die sich dort angesiedelt haben. Der Fiskus hat es in der Hand, die Bevölkerung des Oberharzes kaufkräftig zu machen und ihr die Lebensfreude zu geben, die ihr durch die Maßnahmen des Fiskus zum großen Teil genommen worden sind. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Oberberghauptmann **v. Velsen** erklärt, daß nicht beabsichtigt sei, den Oberharzbergbau einzuschränken, im Gegenteil.

Abg. **Imbusch** (Z.) befürchtet von den Prämien der Beamten eine Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Beamten und Arbeitern.

Abg. Dr. **Maurer** (natl.): Bei der sinkenden Kaufkraft des Geldes sind die jetzigen Löhne im Saarrevier auf keinen Fall mehr ausreichend. Wenn nur die Einnahmen steigen, dann werden auch die Löhne steigen. (Abg. Leinert: Da können Sie lange lauern!) Die Prämien sollen die Steiger veranlassen, ihre ganze Kraft für rationelle Bewirtschaftung und Ausgestaltung der Bergwerke einzusetzen, ohne daß dabei die von den Sozialdemokraten befürchtete Ausbeutung der Arbeitermassen einzutreten braucht. In den Sammlungsruf des Abg. Hirsch an alle bürgerlichen Parteien kann ich nicht einstimmen. (Hört, hört!)

Abg. **Goebel** (Z.): In den oberschlesischen Bergwerken steht es mit den Arbeiterlöhnen genau so schlecht wie im Saargebiet.

Abg. Dr. **Röchling** (natl.): Die Bergarbeiterlöhne sind nach den Ausführungen des Ministers in hocherfreulichem Steigen begriffen. Die Differenz zwischen dem Standpunkt des Ministers und des Abg. Hirsch-Essen und dem Bergarbeiterverband dreht sich nur um das Tempo und die Methode der Lohnerhöhung. Die Sozialdemokraten und ihre Anhänger wünschen rascheres, die Unternehmer und der Fiskus ruhiges Tempo. Die Sozialdemokratie fordert eine 15prozentige rein mechanische Lohnsteigerung, die fiskalische und private Bergverwaltung wünscht Anpassung der Löhne an die Konjunktur, stärkere Aufbesserung der kleinen Löhne und geringere Aufbesserung der hohen Löhne. Das ist ganz verständig. Die Kohlenpreiserhöhung tritt erst am 1. April ein, die Löhne hat man schon seit Januar erhöht. Eine Lohnerhöhung für das Saarrevier ist auch nach dem Zeugnis der dortigen Handelskammer sehr wünschenswert.

Abg. **Imbusch** (Z.) fordert eine Lohnerhöhung wegen der Lebensmittelverteuerung. Die Privatwerke zahlen mehr als die staatlichen.

Handelsminister Dr. **Sydow**: Das ist nicht richtig, die Löhne sind gestiegen. Der Fiskus kann die Veränderung der Lebensmittelpreise nur bedingt zur Grundlage der Lohnerhöhung nehmen. Vor allem muß die Rentabilität steigen; wir sollen doch kaufmännisch wirtschaften! Wir haben die Feierschichten vermindert. Die Prämien sollen nicht der Ausbeutung dienen, aber die Steiger müssen auch die minderfleißigen Arbeiter an ihre Pflicht erinnern. Es ist nicht richtig, daß der Budgetkommissionsbericht nicht stimme, wie Abg. Leinert gestern behauptete. Der Oberbergrat hat dort nicht gesagt, man werde nicht um eine Lohnerhöhung herumkommen, sondern nur, daß Lohnerhöhung bei Einnahmeerhöhung den Ueberschuß nicht mindern werde. Der oberschlesischen Gaskohle macht in Berlin die englische Konkurrenz, aber um dem entgegenzutreten, müssen erst die Eisenbahntarife herabgesetzt werden. Die Handwerkerlöhne in den Staatsbergwerken sind hoch genug.

Abg. **Sauermann** (Z.) wünscht ebenfalls bessere Bezahlung der staatlichen Bergarbeiter.

Abg. **Delius** (Vp.): Die Erhöhung der Löhne hat der Besserung der Konjunktur nicht Rechnung getragen. Der Hirsch-Dunckersche Verband hat in keiner Weise gehetzt, den Vorwurf des Abg. Hirsch weise ich entschieden zurück. Auch wir wünschen natürlich keinen Bergarbeiterstreik; die Bergherren sollten mehr Entgegenkommen zeigen, und der Minister müßte alles tun, um einen Streik zu vermeiden. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Glattfelter** (Z.) meint, die Löhne der Saarbergarbeiter verdienen eine angemessene Erhöhung.

Ein Schlußantrag des Zentrums wird angenommen.

Abg. **Leinert** (Soz., persönlich): Sie hätten sich gar nicht in die Unkosten eines Schlußantrags zu stürzen brauchen, ich wollte nur dem Minister antworten, der meinte, ich hätte des Oberberghauptmanns Aeußerung in der Budgetkommission mißverstanden. Diese lautete: „Bessere Einnahmen würden sofort durch Lohnerhöhungen wieder ausgeglichen, er möchte demnach dringend warnen, höhere Ueberschüsse einzusetzen.“ Daran habe ich die Bemerkung geknüpft, daß die Einsetzung der Einnahmen zu geringeren Beträgen lediglich deshalb geschehe, um Lohnerhöhungen der Arbeiter damit abzuwehren. Der Minister sagt nun, daß diese Schlußfolgerung von mir nicht richtig sei; ich kann aber aus dieser Aeußerung nichts anderes herauslesen und muß dabei bestehen bleiben.

Bei den „Sonstigen Ausgaben“ wünscht

Abg. Dr. **Röchling** (natl.) eine Aenderung des Berggesetzes dahin, daß Bergschäden leichter und auch nach längerer Zeit geltend gemacht werden können.

Abg. **Leinert** (Soz.):

Arbeiter, die vor dem 1. Januar 1908 invalide geworden sind, sollen mit 20 000 M. unterstützt werden. Das ist viel zu wenig, namentlich wenn damit noch mehr als die Clausthaler Knappschaftsinvaliden unterstützt werden sollen, denen auch weiter die Reichsinvalidenrente angerechnet werden soll. Der Clausthaler Knappschaftsverein soll dazu wegen seiner hohen Beiträge gezwungen sein. Aber seine Renten sind äußerst gering. Die ihm angeschlossenen hannoverschen Kaliarbeiter haben vergebens die Nichtanrechnung der Reichsinvalidenrente beantragt. Das hat gewaltige Erbitterung hervorgerufen. Bei der öffentlichen Wahl können eben gar keine Knappschaftsältesten durchgebracht werden, die gegen das Oberbergamt auftreten. Dabei sind die Altinvaliden zumeist frühere Clausthaler Staatsarbeiter. Der Direktor des Passinghofer Staatsbergwerks war im Gegensatz zum Clausthaler der Meinung, daß auf die Anrechnung verzichtet werden könnte. Die Altinvaliden erhalten 193 000 M. weniger als die später invalide Gewordenen. Diese 193 000 M. werden den Knappschaftsverein nicht ruinieren, der alljährlich 1,4 bis 1,5 Millionen Mark Ueberschuß hat! (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Gegenüber dem Abzug von 193 000 M. stellt man 20 000 M. Unterstützung ein! Im Vorjahr hatte man zuerst 200 000 Mark eingestellt. Diese 20 000 M. ermöglichen gar keine nennenswerte Unterstützung; noch dazu gibt es da erst lange Erhebungen und alle möglichen Motive spielen da mit herein. Früher waren wohl geringere Beiträge — aber deshalb darf man doch die Invaliden nicht schlechter stellen. Wenn man das Oberbergamt anweist, das nächste Mal gegen die Aufrechterhaltung dieses Zustandes zu stimmen, spart man die 20 000 M. noch. Will man wirklich, ohne plausiblen Grund, warten, bis die Mehrzahl der Altinvaliden gestorben ist? Hat denn auch der staatliche Direktor recht, der den Invaliden nichts gönnt? Für die Reichsinvaliden haben die Leute doch eigene Beiträge gezahlt, die dafür gewährte Rente fließt aber in den Knappschaftsfonds; das ist doch eine schwere Ungerechtigkeit! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Regierungskommissar: Diese 20 000 M. sind nicht bloß für Clausthal, sondern für alle Staatsbergwerke. 1886 wurde der Clausthaler Knappschaftsverein aus einer Reihe Einzelvereine gegründet, was nur durch Einräumung günstiger Bedingungen an die Einzelvereine möglich war. Der Fiskus hat die Härte dadurch zu mildern gesucht, daß er den Arbeitern die Beiträge zur Reichsinvalidenversicherung in Form einer Wohnzulage gewährt hat. Der Knappschaftsverein ist infolge starker Inanspruchnahme so weit zurückgegangen, daß es unmöglich ist, den vom Abg. Leinert empfohlenen Weg zu beschreiten. Die Sanierung der Knappschaftsvereine ist noch lange nicht durchgeführt. Wir können nur außerordentlichen Notlagen durch Unterstützungen abhelfen; dafür sind insgesamt 84 500 M. eingestellt und für Reichsinvalidenrenten 20 000 M.

Abg. **Goebel** (Z.) bespricht trotz der wiederholten Mahnungen des Präsidenten zur Kürze ausführlich die Zustände der Knappschaftskasse in Zabrze.

Abg. **Imbusch** (Z.) wünscht verschiedene gesundheitliche Verbesserungen in westfälischen Staatsgruben.

Abg. Dr. **Hintzmann** (natl.): Die Dozenten an der Bergakademie Clausthal sind überlastet.

Abg. Dr. **Maurer** (natl.) fragt nach dem Stande der Elektrizitätsversorgung des Mosel- und Saargebiets.

Oberberghauptmann **v. Velsen**: Leider sind die Verhandlungen mit der A. E. G. gescheitert, die auf Errichtung einer weiteren Ueberlandzentrale abzielten.

Der Bergetat wird bewilligt.

Donnerstag 11 Uhr: Petitionen, dann Fortsetzung der Etatsberatung: Antrag v. Hennigs-Techlin, Altpensionäre, Finanzministerium.

Schluß 5 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Rüstungsprofite.

Wem die „schimmernde Wehr“ ansehnlichen Nutzen bringt, zeigen die Bilanzen einer österreichischen und deutschen Waffenfabrik. Die Oesterreichische Waffenfabrik-Aktiengesellschaft in Steyr verteilt auf die Aktie im Nennwert von 200 Kronen — der Kurs ist 774 Kr. — 32 Kr. Dividende. Es konnten ein ordentlicher Reservefonds von 30 Proz. des Aktienkapitals und ein außerordentlicher von 3 700 000 Kr. aufgesammelt werden. Nun soll das Kapital von 8,4 Millionen auf 10,5 Millionen erhöht und den Aktionären auf je vier alte eine neue Aktie gegeben werden. Zur 16prozentigen Dividende erhalten die Anteilscheinbesitzer demnach einen Betrag, der dem Nennwert der Aktien fast gleichkommt.

Der Reingewinn der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin und Karlsruhe beträgt pro 1911 einschließlich des Vortrages aus 1910 4 845 229 Mark (gegen 4 567 764 Mark im Vorjahr). Zur Verteilung soll eine Dividende von 25 Proz. (im Vorjahr 24 Proz.) gelangen. Die Abschreibungen betragen 2 Millionen Mark (gegen 1 546 000 Mark im Vorjahr). Als Vortrag ins neue Geschäftsjahr verbleibt eine Summe von 612 078 Mark (im Jahre 1910 505 840 Mark). Ein volles Bild von dem Gewinn der Fabriken wird mit diesen Zahlen nicht gegeben. Die Gesellschaft hat schon in früheren Jahren so starke Abschreibungen vorgenommen, daß in der Bilanz eine Reihe von Posten mit einer Mark zu Buche stehen. Auch die wertvollen Maschinen haben danach rechnungsmäßig nur einen Wert von einer Mark! Die Spekulation auf nationale Gegensätze ist also recht lohnend.

Jugendbewegung.

Eine Jugendkonferenz für Württemberg fand am Sonntag, den 3. März, in Stuttgart statt. Vertreten waren 21 Jugendorganisationen durch 62 Delegierte. Außerdem nahmen als Gäste an den Beratungen teil: 6 Vertreter gewerkschaftlicher Jugendsektionen, ein Vertreter der Arbeiterturnvereine, die Genossen Wagner und Müller vom Landesvorstand, Genosse Bullmer vom Bildungsausschuß, Genossin Zetkin von der Preßkommission, Genosse Kost vom 2. württembergischen Wahlkreise, die Genossen Fliegen, Hirsch und Walcher von der Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ und Genosse Max Peters-Berlin von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Der Bezirksleiter für Württemberg, Genosse Schwab-Stuttgart, konnte in seinem Bericht einen erfreulichen Fortschritt der proletarischen Jugendbewegung konstatieren. Die Zahl der Mitglieder stieg von 1870 am 1. Juli 1911 auf 2582 Ende Februar 1912. Die „Arbeiter-Jugend“ besitzt 3135 Abonnenten. 274 Vorträge wurden in den Vereinen gehalten, außerdem dienten 21 öffentliche Versammlungen der Agitation. Die gegnerische Jugendbewegung, insbesondere die Pfadfindervereine, mache große Anstrengungen, die Arbeiterjugend der proletarischen Jugendbewegung zu entfremden. Um so bedauerlicher sei es, daß unsere Genossen der freien Jugendbewegung nicht die nötige Unterstützung angedeihen lassen. In der dem Bericht folgenden Diskussion wurde lebhaft darüber Klage geführt, daß Söhne unserer Genossen der bürgerlichen Jugendbewegung angehören. Eine bedauerliche Tatsache, die dadurch ihre Erklärung findet, daß die Gegner ihre eigentlichen Zwecke peinlichst verheimlichen. — Genosse Peters-Berlin hielt darauf ein instruktives Referat über die Aufgaben der proletarischen Jugendbewegung. Ueber Jugendschutz sprach Arbeitersekretär Fette-Stuttgart. Von einer Diskussion über die Vorträge wurde Abstand genommen. Als Richtlinien für die fernere Agitations- und Bildungsarbeit faßte die Konferenz eine Reihe wichtiger Beschlüsse. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands wurde ersucht, zur Unterstützung der Bildungsarbeit Lichtbilderserien für Lichtbildervorträge herauszugeben. Peters-Berlin empfahl, derartige Veranstaltungen nur mit den örtlichen Bildungsausschüssen zu treffen, denen vom Zentralbildungsausschuß wissenschaftliche Redner und geeignete Bilder zur Verfügung gestellt werden. Dem Bezirksausschuß wurde aufgegeben, eine Referentenliste aufzustellen und die Agitation auf die ländliche Arbeiterjugend auszudehnen. Die Bezirksleitung wurde ferner beauftragt, eine Verständigung mit den gewerkschaftlichen Jugendsektionen herbeizuführen. Die Redaktionen der württembergischen Parteipresse, insbesondere der „Schwäbischen Tagwacht“, wurden ersucht, eine ständige Rubrik für Artikel und Berichte über die Jugendbewegung einzurichten. Auf die Tagesordnung der nächsten Landesversammlung soll ein Referat über die Jugendbewegung gesetzt werden. Im Juni sollen 2 Jugendtage für Württemberg stattfinden. In den Bezirksausschuß für Württemberg wurden Schwab-Stuttgart und Schuler-Zuffenhausen als Vorsitzende, Blanz-Cannstatt als Kassierer, Roth-Eßlingen als Schriftführer und Marie Wengels-Stuttgart, Hammer-Stuttgart, Völker-Feuerbach als Beisitzer und Bullmer und Fliege als Revisoren gewählt. Nach einem anfeuernden Schlußwort schloß der Vorsitzende, Genosse Bullmer, die arbeitsreiche Konferenz um 7 Uhr abends. Unter dem Gesang der Marseillaise trennten sich die Delegierten.

Soziales.

Hütekinder.

Man schreibt uns aus Ostpreußen:

Die schamlose Kinderausbeutung auf dem Lande ist hinreichend bekannt. Ein besonders trauriges Kapitel bildet das **Halten von Hütekindern.** Jetzt hat die Regierung wiederum eine Verordnung erlassen über die Bedingungen, unter denen die Hüteerlaubnis erteilt wird. Derartige Vorschriften stehen fast ausschließlich auf dem Papier, wie Kenner der Verhältnisse wissen. Aber selbst das, was die Regierung vorschreibt, ist äußerst dürftig. So ist nicht ein Wort über die Dauer der Arbeitszeit enthalten. Nach der Verordnung können schon Knaben, die das **elfte Lebensjahr vollendet** haben, zum Hüten verwandt werden. Kinder, die in diesem zarten Alter stehen und ausnahmslos mangelhaft ernährt sind, da sie aus den allerärmsten Schichten der Bevölkerung stammen, können schrankenlos ausgebeutet werden. Im Sommer besteht auf dem Lande in der Regel eine Arbeitszeit, die von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang dauert — **das sind 17 bis 18 Stunden.** Und elf Jahre alte Kinder müssen diese unmenschlich lange Arbeitszeit durchmachen, und zwar an den Wochentagen wie an den Sonntagen. Denn die Vorschrift lautet, daß die Arbeitgeber nur verpflichtet sind, die Hütekinder wenigstens zweimal im Monat an dem öffentlichen Gottesdienst teilnehmen zu lassen. Vorausgesetzt, daß das eingehalten wird, müssen die Kinder an zwei Sonntagen im Monat vollständig arbeiten; an den beiden anderen Sonntagen braucht sie der Agrarier bloß an dem Gottesdienst teilnehmen zu lassen. Vor und nach dieser Zeit kann er sie wieder verwenden. Also nicht einmal eine halbwegs ausreichende Sonntagsruhe steht den Kindern zu. Und wie steht's mit dem Schulbesuch? Hier verordnet die Regierung, daß die Hütekinaben den Schulunterricht **wöchentlich mindestens während zweier vollen Vormittage** regelmäßig und pünktlich zu besuchen haben. Die beiden Tage bestimmt der Kreisschulinspektor unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse für die Schulen seines Aufsichtskreises, wobei aber wenigstens für jede Ortsschulinspektion Uebereinstimmung erforderlich ist. Das ist der ganze Unterricht, den die Kinder bekommen. Zwei Vormittage in der Woche. Wie können die Kinder hierbei lernen? Die Schulverhältnisse auf dem Lande sind ohnehin traurige; die Räume sind überfüllt, die Lehrer überlastet. Wie sollen diese sich noch mit den Hütekindern abgeben können, deren Unterrichtung eben eine besondere und den Verhältnissen entsprechende sein muß, wenn sie irgendwelchen Erfolg haben soll. Dazu kommt, daß der Hüteknabe vor dem Schulbeginn eine vier- bis fünfstündige Arbeitszeit durchgemacht hat und müde und abgespannt ist. Außerdem ist sein Beruf ohnehin geeignet, ihn stumpfsinnig zu machen. Nach Schluß der Schulstunden geht es sofort wieder ins Feld. Die Dienstherren sollen wohl den Hütekindern die zur Anfertigung der Schularbeiten notwendige Arbeitszeit gewähren, aber daß diese Vorschrift fast nie eingehalten wird, ist selbstverständlich.

Dann sagt die Regierung in ihrer Verordnung, daß jeder Knabe beim Nachsuchen der Hüteerlaubnis ein von dem Amtsvorsteher auszustellendes Zeugnis über die Armut der Eltern beizubringen hat, und daß die die Hüteerlaubnis nachsuchenden Knaben sich gut geführt, die Schule im Winter regelmäßig besucht haben müssen und die ihrem Alter entsprechenden Kenntnisse nachweisen, das heißt, mindestens ein Jahr der Mittelstufe, in zweiklassigen Schulen mindestens ein Jahr der ersten Klasse angehört haben müssen. Auch diese Vorschrift ist wieder ganz den agrarischen Verhältnissen angepaßt. Wenn die Kinder vor dem elften Lebensjahre bereits in den Sommermonaten die Schule nicht besucht, dafür aber auf den Feldern der Agrarier gearbeitet haben, so ist das noch lange kein Grund, ihnen den Hüteschein zu verweigern. Sie müssen nur im Winter regelmäßig zur Schule gegangen sein und nicht mehr in der untersten Klasse sitzen.

Die Erlaubnisscheine zum Hüten werden ausschließlich vom Kreisschulinspektor ausgestellt. Dann sind noch einige Vorschriften über die Kontrolle der Hütekinder erlassen, die in der Hauptsache dem schon überbürdeten Landlehrer aufgehalst ist. So hat der Lehrer ein gesondertes Verzeichnis der Hütekinder zu führen, den Schulbesuch derselben sorgfältig zu überwachen und erforderlichenfalls die Schulversäumnislisten sofort einzureichen. Der Lehrer hat den Unterricht der Hütekinder möglichst planmäßig zu gestalten und namentlich dafür Sorge zu tragen, daß sie in den Hauptfächern, in der Religion (die steht natürlich an der Spitze!) im Lesen und Schreiben und im Rechnen in dem Maße fortschreiten, als dieses den Verhältnissen nach möglich ist. Der Lehrer hat die Hütekinder auch bezüglich ihrer Führung stets im Auge zu behalten

und sich ihrer erzieherisch anzunehmen. „Erzieherisch" soll sich der Lehrer der Kinder annehmen. In ihre Arbeitsverhältnisse hat er nicht hineinzureden. Wenn die Kinder übermäßig ausgebeutet, vom Arbeitgeber mißhandelt oder schlecht beköstigt werden, dem Lehrer gehen alle diese Dinge nichts an. Dagegen soll er Fälle von Leichtsinnigkeit oder Roheit, von Verwahrlosung oder groben sittlichen Vergehen (der Kinder natürlich!) ohne Verzug zur Kenntnis des Ortsschulinspektors bezw. der Stadtschuldeputation bringen. Der Ortsschulinspektor bezw. die Stadtschulinspektion hat ein besonderes Aktenstück über die Angelegenheit der Hütekinder zu führen, zu welchem auch die Versäumnislisten gehören. Die letzteren sind alsbald nach ihrem Eingange zu prüfen und mit möglichster Beschleunigung der Ortspolizeibehörde zur Festsetzung und Vollstreckung der Strafen zu übergeben. Wird in letzterer Beziehung vorschriftswidrig oder säumig verfahren, so ist hiervon der Polizeiaufsichtsbehörde schleunigst Mitteilung zu machen. Bei fortgesetzter Schulversäumnis oder dauernd mangelhafter Führung eines Hütekindes ist von dem Rechte der Rücknahme des Hütescheins unnachsichtlich Gebrauch zu machen. Die Schulinspektoren haben bei ihren Schulvisitationen den Angelegenheiten der Hütekinder besondere Fürsorge zuzuwenden und beim Antreffen etwaiger Mißstände sogleich das Geeignete zu veranlassen.

Auf dem Papier stehen ja diese Kontrollvorschriften, aber daß sie in der Praxis kaum in Anwendung kommen, ist klar für jeden Kenner der Verhältnisse. Die Behörden in Ostelbien sind mit den Agrariern verwandt und verschwägert; auf die Schulbehörden trifft das gleichfalls zu, und diese sehen sich die Verhältnisse durch die agrarisch gefärbte Brille an, so daß für sie fast nie derartige Mißstände existieren, daß sie die Hütekinder dem Agrarier entziehen müssen. Diese Zustände erheischen dringend einer gesetzlichen Regelung. Die Verwendung schulpflichtiger Kinder zum Hüten muß gänzlich verboten werden, weil sie die schwersten Gefahren für die Kinder in sich birgt und diese oft körperlich und geistig zugrunde richtet.

Die Unfallverhütung durch die Berufsgenossenschaften.

Die Maßnahmen zur Verhütung von Betriebsunfällen sind in erster Linie den Berufsgenossenschaften übertragen worden. Eigentlich sollten diese auch ein lebhaftes Interesse an der Vermeidung der Unfälle haben, denn je weniger sich solche zutragen, um so geringer sind die Ausgaben an Unfallentschädigung. Aber — die Berufsgenossenschaften sind die Organisationen der Unternehmer, und diese werden sich doch bei den einschlägigen Einrichtungen nicht ins eigene Fleisch schneiden. Die Verminderung der Ausgaben bringen sie auch so durch eine immer schlimmer werdende Rentenquetscherei fertig, wozu sie infolge ihrer Machtbefugnisse Gelegenheit haben. So kommt es, daß die Unfallverhütung durch die Berufsgenossenschaften immer noch viel zu wünschen übrig läßt.

Von den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften haben erst 62 technische Aufsichtsbeamte zur Ueberwachung der Betriebe angestellt. Einen solchen Beamten hat zum Beispiel bis jetzt noch **nicht** die Töpfereiberufsgenossenschaft, die Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke, die Privatbahnberufsgenossenschaft und die Berufsgenossenschaft der Schornsteinfegermeister. Bei den erwähnten 62 Berufsgenossenschaften sind insgesamt 353 Stellen durch 340 Personen besetzt. Von diesen sind aber 275 gleichzeitig als Rechnungsbeamte tätig. Am zahlreichsten sind die Aufsichtsbeamten bei den Baugewerksberufsgenossenschaften angestellt. Auf diese allein entfallen 116 Beamte.

Die 48 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften besitzen 47 technische Aufsichtsbeamte. **23 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, vor allem die preußischen, besitzen überhaupt keinen derartigen Beamten.** Selbst das Reichsversicherungsamt sagt in seinem letzten Bericht, daß gerade im Interesse der landwirtschaftlichen Unfallverhütung eine Vermehrung der Zahl der technischen Aufsichtsbeamten nötig ist und angestrebt werden muß.

Die Jahresberichte der bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften angestellten Aufsichtsbeamten werden seit einiger Zeit in einem Buche vereinigt veröffentlicht. Nach diesen Berichten wurden im Jahre 1900 insgesamt 241 156 gewerbliche Betriebe revidiert. Gegenüber dem Vorjahre sind das zirka 20 000 Betriebe mehr. Inzwischen ist aber auch die Zahl der als vorhanden nachgewiesenen Betriebe von 707 393 auf 716 213 gestiegen. In dem Buche wird die Tätigkeit von 342 technischen Aufsichtsbeamten näher besprochen. Sie weisen zusammen 57 712 Revisionstage nach; im einzelnen verwendeten sie 40 635 Tage auf Betriebsbesichtigungen, 9095 Tage auf Lohnbuchprüfungen und 8582 Tage auf die Kontrolle der Rentenempfänger. Man sieht, daß die Beamten neben der Revision der gewerblichen Anlagen noch eine Reihe anderer Aufgaben zu erfüllen haben. Die Zahlen zeigen, daß im Jahre 1910 nur 38 Proz. der bei den Berufsgenossenschaften mit Aufsichtsbeamten vorhandenen Betriebe revidiert worden sind.

Wie unangenehm den Unternehmern die Ueberwachung der Betriebe ist, geht daraus hervor, daß das Reichsversicherungsamt sich im Jahre 1911 mit 3020 Beschwerden von Unternehmern gegen die Unfallverhütung zu beschäftigen hatte. Insbesondere handelte es sich dabei um Bestrafungen der Unternehmer wegen Zuwiderhandlung gegen die Unfallverhütungsvorschriften. Wie unberechtigt diese Beschwerden waren, geht daraus hervor, daß nur 110 von ihnen einen Erfolg hatten. In einer Anzahl von Fällen wurden den Unternehmern die Kosten der wiederholten Revision der Betriebe auferlegt, weil sie den erhaltenen Anordnungen nicht Folge gegeben hatten.

In nächster Zeit werden fast sämtliche Berufsgenossenschaften eine Umänderung ihrer Unfallverhütungsvorschriften vornehmen. Vom Verbande der deutschen Berufsgenossenschaften unter Mitwirkung des Reichsversicherungsamtes sind neue **Normal-Unfallverhütungsvorschriften** herausgegeben worden. Dieselben erstrecken sich auf ein größeres Gebiet von Unfallverhütungsmaßnahmen, insbesondere sind neue Bestimmungen über elektrische Anlagen, Kettenbahnen usw. aufgenommen worden. Mit erhöhtem Nachdruck wird auf Maßnahmen gegen den Alkoholmißbrauch hingewirkt.

Eine Besserung könnte die gesamte Unfallverhütung nur erfahren, wenn sie dem maßgebenden Einflusse der Versicherten unterstellt würde. Die neue Reichsversicherungsordnung beläßt es jedoch bei dem seitherigen Zustande, daß nur zur Beratung und zur Beschlußfassung über die Unfallverhütungsvorschriften Vertreter der Versicherten mit vollem Stimmrecht und in gleicher Zahl wie die beteiligten Arbeitgeber zuzuziehen sind. Neu ist nur — und das ist ein kleiner Fortschritt —, daß alljährlich der Berufsgenossenschaftsvorstand unter **Hinzuziehung der Vertreter der Versicherten** zu den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten Stellung zu nehmen und die Maßnahmen anzuregen hat, die zur Verbesserung der Unfallverhütung geboten erscheinen. Seither kam es häufig vor, daß die Arbeitervertreter während ihrer ganzen einjährigen Amtsperiode nicht in Funktion traten.

Gerichts-Zeitung.

Strafbar, aber straffrei.

Die Strafkammer in Verden verurteilte Herrn Knüppel wegen unberechtigter **Schulversäumnis** seiner Tochter auf Grund der §§ 125 und 127 des hannöverschen Polizei-Strafgesetzbuches zu einem **Verweis**. Das Strafverfahren war eingeleitet worden, weil Angeklagter seine Tochter nicht zu den Nachhilfestunden geschickt hatte, nachdem der Schulinspektor ihn bereits wegen Schulversäumnisse seines Kindes verwarnt hatte. Das Landgericht erachtete auch diese Nachhilfestunden als ordnungsmäßigen Schulbesuch, dem sich der Vater nicht hätte widersetzen dürfen.

Angeklagter legte beim **Kammergericht Revision** ein und machte geltend, daß auf einen Verweis überhaupt nicht hätte erkannt werden dürfen, weil durch das preußische Gesetz vom 29. Juni 1867 die Strafe des Verweises, die das hannöversche Polizei-Strafgesetzbuch kannte, aufgehoben worden sei.

Das Kammergericht, das die Strafbarkeit des Angeklagten mit dem Landgericht für gegeben erachtete, aber auch den zutreffenden Einwand des Angeklagten hinsichtlich der Strafart berücksichtigen mußte, fällte dieser Tage folgendes salomonische Urteil:

Es sei richtig, daß der § 125 des hannöverschen Polizei-Strafgesetzbuches noch zu Recht bestehe. Die Strafart sei aber durch das preußische Gesetz vom 29. Juni 1867 insofern geändert, als bestimmt worden sei, daß an Stelle der Strafe des Verweises eine Geldstrafe von 1 bis 3 M. zu treten habe. Nun habe sich Angeklagter zwar strafbar gemacht nach § 125 des hannöverschen Polizei-Strafgesetzbuchs vom 25. Mai 1847 in Verbindung mit dem genannten preußischen Gesetz. Er hätte also an sich zu einer Geldstrafe verurteilt werden müssen. Das sei aber jetzt nicht mehr möglich, denn auf seine Revision könne er hinsichtlich der Strafe nicht schlechter gestellt werden, als es durch das von ihm angefochtene Urteil geschehen sei. Er würde aber schlechter gestellt werden, wenn man die niedrigst zulässige Strafe von einer Mark nehmen würde, die ja an sich über einen Verweis hinausgehe. Die Strafe des Verweises könne aber, da gesetzlich unzulässig, auch nicht weiter bestehen bleiben. So bleibe nichts anderes übrig, als so zu erkennen: **Die Revision des Angeklagten wird zwar zurückgewiesen, aber mit der Maßgabe, daß die Strafe in Wegfall zu kommen habe.**

Die rote Fahne im Leichenzuge.

Am 30. Juli 1911 wurde in Glückstadt ein verstorbenes Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins zu Grabe getragen. Mitglieder des Vereins folgten dem Leichenzuge. Der Vorsitzende des Vereins, der Arbeiter **Karl Schulze**, ging an der Spitze der Vereinsmitglieder mit der **roten Parteifahne**. Er erhielt eine Anklage wegen Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes, wurde aber vom **Glückstadter Schöffengericht freigesprochen.** Auf eingelegte **Berufung** der Staatsanwaltschaft hob aber die **Altonaer Strafkammer** das Urteil auf und **verurteilte** Schulze zu **30 M. Geldstrafe** oder sechs Tagen Haft. In der Urteilsbegründung hieß es, daß es wohl in Glückstadt üblich sei, daß sämtliche Vereine, beispielsweise Feuerwehr, Kriegerverein usw., bei Leichenbegängnissen ihre Fahne mitführen, bei politischen Vereinen sei das aber nicht üblich. Die Beweisaufnahme habe auch ergeben, daß politisch anders gesinnte Einwohner der Stadt an dem Leichenbegängnis Anstoß genommen hätten. Das Leichenbegängnis sei deshalb als ein außergewöhnliches anzusehen, auch sei es eine politische Demonstration gewesen, denn die rote Fahne sei nur zur Demonstration mitgeführt worden. Der Angeklagte sei deshalb als Leiter und Veranstalter des außergewöhnlichen Leichenbegängnisses zu bestrafen, weil er die polizeiliche Genehmigung nicht nachgesucht habe.

Schulze legte gegen das Urteil **Revision beim Oberlandesgericht in Kiel** ein. Dieses hob am Sonnabend das Urteil der Altonaer Strafkammer auf und **sprach den Angeklagten frei.** Der Senat sagte in seiner Urteilsbegründung, daß, wenn — wie der Vorderrichter festgestellt habe — es in Glückstadt üblich sei, daß die Vereine bei Leichenbegängnissen die Fahne mitführen, die politische Tendenz des Vereins für die äußere Form des Leichenbegängnisses ohne Belang sei. Auch die Auslegung des Begriffs „politische Demonstration" sei vom Vorderrichter nicht richtig erfolgt. Die Absicht der politischen Demonstration müsse nach außen hin hervortreten. Lediglich die Beteiligung des Sozialdemokratischen Vereins und das Mitführen der roten Fahne sei noch keine politische Demonstration. Das Leichenbegängnis sei deshalb ein gewöhnliches gewesen, für das keine polizeiliche Genehmigung erforderlich war. Deshalb müsse Freisprechung erfolgen.

Das Reichsvereinsgesetz und die Beschaffenheit von Versammlungsräumen.

Das Kammergericht hat dieser Tage wieder einmal der Polizeiwillkür gegen Versammlungen die Wege geebnet.

Vielfach sind Polizeiverordnungen erlassen, welche eine Reihe polizeilicher Anforderungen an Räume stellen, in denen öffentliche Versammlungen sowie andere öffentliche Veranstaltungen abgehalten werden sollen.

Ein Herr Ponke sollte gegen die vom Regierungspräsidenten in Danzig erlassene Polizeiverordnung vom 7. Dezember 1889 verstoßen haben, indem er seine **Privatwohnung** für eine öffentliche Versammlung eines polnisch-katholischen Volksvereins hergab. Es handelte sich um einen Ort in der Gegend von Danzig. Das **Landgericht in Danzig verurteilte** ihn zu einer Geldstrafe, nachdem es festgestellt hatte, daß die fraglichen Stuben weder in bezug auf Größe, noch hinsichtlich der Beschaffenheit der Türen und der Beleuchtung während der Versammlung den Anforderungen entsprachen, welche die Verordnung stellt.

Das Kammergericht verwarf die Revision des Angeklagten mit folgender Begründung: Zunächst sei davon auszugehen, daß solche Verordnungen sich nicht nur auf Räume beziehen, welche generell, wie Wirtshäuser usw., für Abhaltung öffentlicher Versammlungen bestimmt sind, sondern auch auf Räume von **Privat**wohnungen für den Einzelfall, wo in solchen öffentliche Versammlungen abgehalten werden sollen. Der Senat habe nun Stellung genommen zu der Frage, wie es sich mit der Gültigkeit der Verordnung im Hinblick auf § 1 Absatz 2 des Vereinsgesetzes verhalte. Der Senat sei der Meinung, daß sie damit in Einklang stehe. Sie sei aus sicherheitspolizeilichen Gründen erlassen. In Frage kommen hätte können, ob im Hinblick auf den Absatz 2 des § 1 des Vereinsgesetzes solche Polizeiverordnungen bestehen können oder ob die Polizei auf Grund ihrer aus dem Landesrecht fließenden Befugnisse nur im Einzelfalle einschreiten konnte. Das Kammergericht sei der Meinung, daß gerade solche allgemeinen Verordnungen erlassen werden könnten und müßten. Gerade dadurch werde die Gewähr für eine unparteiische Behandlung aller Parteien gegeben. Im anderen Falle dagegen würde Willkür der Polizei ermöglicht. Somit seien solche Polizeiverordnungen, die eine unmittelbare Gefahr von Leben und Gesundheit der Versammlungsteilnehmer abwenden wollten, rechtsgültig und Angeklagter sei mit Recht verurteilt worden.

Die Ausdehnung der Polizeiverordnung auf **private** Räumlichkeiten ist eine vom Vereinsgesetz nicht gewollte und der Polizei nicht zustehende Einschränkung des Rechts des Inhabers einer Wohnung über dieselbe.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmte Auftrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

— **Knospe, Wrangelstraße.** Der Austritt kann die erwähnten Folgen haben. Ihre Frau ist steuerpflichtig, da ein sog. gemischte Ehe vorliegt. Bei Weigerung ist Zwangsbeitreibung zu erwarten. — **A. Z. 150.** Die Steuerpflicht beginnt mit dem 1. desjenigen Monats, der dem Monat folgt, in welchem der Militärentlassene Beschäftigung erhalten hat. — **E. B. 31.** 1. Für den Prozeßfall müssen Sie die behauptete Zahlung beweisen. 2. Nein. — **Richard St. 111.** Der Vater des Kindes ist zur Weiterzahlung verpflichtet. Die Beitreibung der Alimente ist Sache des Vormundes. — **B. N. 17.** 1. Sie können auf Beseitigung gegen den Vermieter klagbar werden. 2. Rund 245 000. — **A. B. 92.** Nach Ihrer Darstellung halten wir Sie nicht für zahlungspflichtig. — **L. P. 52.** 1. Unverständlich. 2. Ja. Kost und Logis etwa 600 M. jährlich. — **G. H. 109.** 1. Das ist zulässig, wenn nach ärztlicher Ansicht noch teilweise Erwerbsbehinderung vorliegt. 2. und 3. Wir raten ab. — **W. E. 8.** Beschweren Sie sich beim Konsistorium. — **E. P. 50.** Erheben Sie sofort Widerspruch. — **H. K. L. 264.** Sie können schon jetzt das Kind am evangelischen Religionsunterricht teilnehmen lassen, weil Ihr verstorbener Mann evangelischer Konfession war. — **F. 50.** Ja, falls der Vermerk den Tatsachen entspricht. — **L. B.** Ja. — **L. M. 45.** 1. Erst, nachdem etwa 10 Wochen verstrichen sein werden. 2. Nein. — **M. F. 100.** Ja, falls Beweis möglich. — **L. 9.** 1. Bei deutschen Reichsangehörigen nein. 2. Dürfte ausreichen. — **A. B. 2.** Wir raten zu einer Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, Stralauer Str. 3/6.

— **E. M. 1881.** Der Mann sofort nach Rechtskraft des Urteils, die Frau, nachdem 10 Monate seit diesem Zeitpunkte verstrichen sind. — **Schöneberg 32.** 1. Einmalige Aufforderung genügt. 2. Ortspolizei. — **W. F. 399.** Sie sind zur Weiterzahlung verpflichtet. Die 28,85 M. wöchentlich — oder 125 M. monatlich — übersteigende Lohnforderung ist abzugsfähig. — **H. B. 79.** 1. Bestimmten Anwalt zu empfehlen lehnen wir grundsätzlich ab. 2. Versuchen Sie es. 3. Gleichgültig. — **F. W. 100.** Die Fragen lassen sich nur nach Einsichtnahme in den Mietsvertrag beantworten. — **4 G.** 1. Ja. 2. Für alle Orte. — **D. L. 27.** 1. Läßt sich nur beantworten, wenn angegeben wird, wie hoch die Lademiete gesondert ist. 2. Anteilig, nach oben auf 50 Pf.-Beträge abgerundet. 3. Am 1. — **E. A. M. 1890.** 1. Nicht feststellbar. 2. Krankheiten, Verletzungen oder deren Folgezustände an den unteren Gliedmaßen. 3. Nicht unmöglich, aber unwahrscheinlich. 4. Reklamieren. 5. Nein. — **Sch. 7.** 1. Ja. 2. An den Magistrat unter Hinweis auf § 850 der Zivilprozeßordnung und das Lohnbeschlagnahmegesetz. 3. Ja, soweit Staatseinkommensteuer in Frage kommt. 4. Zwei. 5. Nein. Schreiben Sie an die Kirchenbehörde. 6. Ja. — **F. K. 101.** Leider nein. — **C. B.** Handbeil. — **E. R. 100.** Ihre Angaben reichen nicht aus. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **B. S. 30.** Nein. — **Dummert, Weißenfeer.** Ja. — **W. M. 3.** Die Sachlage ist recht zweifelhaft. Derartige Selbstbezichtigungen reichen in der Regel nicht aus. — **H. M. 10.** 1. Ja. 2. Etwaige Kosten der Ausbildung. — **M. S. 71.** 1. und 2. Nein.

Witterungsübersicht vom 5. März 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C = 32° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C = 32° R.
Swinemde.	751	S	5	Regen	5	Haparanda	750	NO	6	Schnee	—5
Hamburg	747	S	6	wolkig	7	Petersburg	752	SSW	1	bedeckt	2
Berlin	752	SW	3	wolkig	6	Scilly	746	W	7	halb bd.	8
Frankf. a. M.	752	SW	3	wolkig	8	Aberdeen	735	WNW	4	wolkig	4
München	758	SW	4	bedeckt	4	Paris	752	SW	4	bedeckt	9
Wien	760	Still		wolkig	3						

Wetterprognose für Mittwoch, den 6. März 1912.

Etwas kühler, vielfach heiter, jedoch sehr unbeständig, mit einzelnen Regen- oder Hagelschauern und starken, später nachlassenden westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 4. 3. cm	seit 3. 3. cm[1])	Wasserstand	am 4. 3. cm	seit 3. 3. cm[1])
Memel, Tilsit	248[4])	+79	Saale, Grochlitz	167	+6
Pregel, Insterburg	223[3])	+58	Havel, Spandau[2])	88	+6
Weichsel, Thorn	352[4])	—28	„ Rathenow[2])	96	+9
Oder, Ratibor	234	—11	Spree, Spremberg[2])	82	—2
„ Krossen	252	—4	„ Beeskow	107	+2
„ Frankfurt	247	+9	Weser, Münden	232	+8
Warthe, Schrimm	220	+14	„ Minden	308	+10
„ Landsberg	128	+28	Rhein, Maximiliansau	402	+15
Netze, Bordamm	60	—4	„ Kaub	230	—5
Elbe, Leitmeritz	140	+7	„ Köln	275	—10
„ Dresden	19	+7	Neckar, Heilbronn	123	+17
„ Berby	308	—10	Main, Wertheim	215	—10
„ Magdeburg	257	—11	Mosel, Trier	197	+37

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. — [4]) Eisfrei.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt Norden, Nr. 1239. — Verwaltungsstelle Berlin Chariteſtraße 3. — Hauptbureau: Hof III. Amt Norden, Nr. 1987

Donnerstag, den 7. März, abends 8½ Uhr:

Branchen-Versammlung der Former und Berufsgenossen

in den Borussia-Sälen, Ackerstr. 6/7.

Tagesordnung:

1. Wahl des Branchenleiters und Bestätigung der in den Gruppenversammlungen der Kernmacher, Maschinenformer und Putzer gewählten Kollegen. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, den 7. März, abends 12 Uhr:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung der Kino-Operateure Groß-Berlins

in Jul. Meyers Festsälen, Oranienstr. 103.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Kommission. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Kollegen! Ein vollzähliges und pünktliches Erscheinen sämtlicher Kollegen zu dieser Versammlung ist dringend erforderlich.

Mitgliedskarte legitimiert.

Beiträge werden in der Versammlung entgegengenommen.

113/9 — Die Ortsverwaltung.

Teppiche

130×200: 5 bis 19 M.
165×250: 10,50 bis 40 M.
200×300: 22 bis 64 M.
250×350: 52 bis 120 M.
300×400: 67 bis 186 M.

Gardinenhaus Bernhard Schwartz
Wallstr. 13 (dreizehn)

Haben Sie Stoff? ich fertige davon **Anzug** od. **Paletot** nach **Maß**, schick, dauerh. Zutaten von **25 Mark** an. **Moritz Laband**, Neue Promenade 8, II. (Stadth. Börse.)

Frack-Verleih-Institut

Frack-, Gehrock-, Smoking-Anzüge, für jede Größe passend, in großer Auswahl vorrätig. **S. Berg Nachf. Borchardt,** Friedrichstr 115 I, a. Oranienburg Tor. Tel. Nord 7402.

Michel-Salonbriketts

M. 7.75 pro 1000 frei Gelaß. 21/7* **Koch, Rixdorf,** Bergstr. 110 II.

Bouillon-Würfel

Vorzügl. Ware. Frei Nachn. 1000 St. M. 13.—, 500 St. 7.50, 200 St. 3.75. **G. Drahn & Co., Wilmersdorf-Berlin**

Möbel auf Teilzahlung

Spiegelschränke Anz. 5 M. an
Bettstellen Anz. 4 M. an
Kleiderschränke Anz. 5 M. an
Vertikos Anz. 8 M. an
Küchenschränke Anz. 5 M. an
etc. etc.
Abzahlung 1 M.
Zimmer-Einrichtung Anzahlung 10 M. an

Wittkopp
Rosenthaler Str. 38 I.
vis-à-vis Neue Schönhauserstr.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufer

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus Kommandantenstr. 67.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Sanh. Messina-u. Römertrank-Kell. N 4, Schlegelst. 9, Fernsp. III, 7727
Gotsch, Selter-u. Limonad.-Fabrik Thaerstr. 44. T. A. 7, 8176.
Schütze, E., Weberstr. 15a. T. 7, 11125.
Si-Si Bestes alkoholfreies Getränk. Berlin O. Rabeffſtr. 4

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk! Zossenerstr. 32 Bergmannst. 96
Hamburger Laden, Charl., Wallst. 69
J. Kastner, Revalerstr. 6 E. Warschau. 88
Roter Laden, Schöneb., Haupstr. 166

Bäckereien, Konditor.

Blottner's Großbäckerei
Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf.

Adlershofer Bäckerei, N. Jagowstr.
Max Backer, Ramlerstr. 38.
Bäckerei und Konditorei Wilh. Toerlich, Mariannenstr. 5.
Emil Beyer, Thornerstr. 6.

Brot-Fabrik „Vorwärts"
Hermann Ullrich, Köpenick.

„Brotfabrik" Niederbarnimstr. 25
Brotfabrik R. Zimmer, Reinickendorf, Hausotterstr.-L.
Buehl & Sohn, Brotfabrik Spandau.
Willy Delor, Prenzlauer Allee 42.
Hermann Carl, Rixdf., Hermannstr. 231
Herm. Eder, Schonenschestr. 1

Engel's Landbrot
Heinersdorfer Mühle
Verkaufsstell.: Kaiserst. 9, Rodenbergst. 2, Lüderitzst. 55, Schivelbeinerst. 44, Swinemünderstr. 43, Pankow, Florastr. 80.

Wilh. Engel Brotfabrik Weißensee, Parkstr. 4.
Verkauf in Milchgeschäften Berlins. Bekannt gegeben d. Plakate.

Fischer, Görlitzerstr. 56, Falkensteinstr. 20, Köpenickerstr. 172.
W. Gerlach, Schönebg. Sedanstr. 8/7.
Max Giese, Neu! Café und Conditorei Pankow Berlinerst. 48.
Alfred Graf, Beusselstr. 24.
Karl Giesmann, Wittstockstr. 7.
H. Glück, Wilhelmshavenerstr. 51.
August Hübner, Schwedterstr. 52.
August Hauck, Cöpenick.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf.
Gegründet 1892.

August Kammel, Pankstr. 46.
L. Kierzkowski, Wichertstr. 5
Killes-Großbäckerei, Boßestr. 8.
H. Krause, Tegelerstr. 33 u. Triftstr. 43.
Kroker, Rixdorf, Nansenstr. 33.
Carl Laudahn, Weberstr. 30.
Landbrot-Bäck., Schulz, Fr., Bachhols.

Landbrot-Großbäckerei
O. Senf, Ndf. Krug, Waldstr. 4

Hermann Lebelt, Hussitenstr. 38
Alfred Lier, Wielefstr. 36.
Lichtenberger Brotfabrik Weserstr. 24.
E. Martin, Gleimstr. 55.
Gustav Mühlsteph, Rhinowerstr. 2.
Das gr. Brotv. Berlin, Köpenick, Karlshorst u. Schöneweide. R. Noak, Friedrichshagen
Th. Neumann, Oldenburgerstr. 21.
Herm. Proell, Nonnendamm.
Albin Quandt, Tilsiterstr. 68.

Bäckerei „Nordstern"
Inh.: Gust. Müller
Filialen i. verschied. Stadtteilen

Albert Pfennig, Grätzstr. 10.
Paul Rißmann, Turinerstr. 36.
Max Rosplesch, Memelerstr. 62.

Conrad Richter
Brotfabrik Nied.-Schönhausen
Niederl. in all. Stadtteil. Berlins

Max Sander, Dunkerstr. 23.
Otto Szillat Brüsselerstr. 5. (38 St. Backware)
Schütt, G. Filialen in Berlin O, NO.
Sikorski, Weißensee, Heinersdorferstr. 11
Staehr's Bäckerei, N. Triftstr. 66.
Paul Stenzel, Baumschulenweg.
Gustav Tauplis, Prinzen-Allee 61.

Thoma's bew. Bäckerei
Ackerstr. 111. Gerichtstr. 84.

C. Vogt, Weißensee
3 Filial. Hauptgesch. Sedanst. 106

Jos. Wagenknecht, Glogauerst. 17.
Albert Wiese, Kolonistr. 34.

Heinrich Wittler
Pumpernickel-, Schwarzbrot- u. Simonsbrot-Fabrik. T. II, 3313. Maxstr. 7.
Verkaufsstell. i. all. Gegend. Groß-Berlins

Badeanstalten

Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.
Augusta-Bad, Köpenick.-Str. 60/61
Bad Landsbergerstr. 107 Gollnowstr. 41.
Canitz-Bad, Münsterstraße 2. Kassenlieferant.
Central-Bad Rixdorf, Anzengruberstr. 25.
Hansa-Bad, Chlbg. Wilmersdorferstr. 62/61

Erstes Lohtannin-Bad
tägl. fr. Abkochung, kein Extrakt. Waßstr. 70. 71. Lief. a. Kass. Neu-Cölln a. W. 6/8

Bad Frankfurt, Gr. Frkft.-Str. 136
Lieferant sämtl. Krankenkassen

Bad Friedrichshain, Landsb. Allee 133
Badeanstalt, Hasenheide 18.
Jungbrunnen-Bad Baumschulenweg, Kiefholzstr. 177/78
Kaiser-Friedrichs-Bad, Charl. a. Bhf.
Kur-Anstalt „Löser" Rosentalerstr. 70.
National-Bad, Brunnenstr. 9.
Bad Ostend Boxhag.-Str. 17 Lief. all. Kassen
Ost-Bad, Pallisadenstr. 76.
Bad Pankow, Wollankstr. 28.
Passage-Bad Kottbuser Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 63.

Kuranstalt M. Schulz Elsasserstr. 7a
langjähr. I. Assistent d. ehemal weltberühmt. Jakobi-Heilanstalt
Pflanzenheilverfahren
Atteste von Geheilten.

Römer-Bad Boxhagen-Rumbg., — Sonntagstr. 4. —
Silesia-Bad Schlesische Str. 31.
Viktoria-Bad Kottbuser Damm 75
Friedrich Wilhelmsbad Chausseestr. 87.

Bade-Einrichtungen

Das gesündeste und billigste Bad ist das Ideal-Kieselbad Marke Z. & Co. ganze Badeeinrichtungen von M. 12,50 an. (Soliden Kunden Teilzlg. gestatt.). Illustr. Preisbrosch. 160 Seiten gratis u. franko.
J. Zaruba & Co., Hamburg C.

Bandagen, Gummiw.

R. Bauke, Stralauer Str. 56.
Berkholz, Köpenickerstr. 70.
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.
Liepe, Schöneberg, Grunewaldstr. 86.
Meyer, P., Ri., Berlinerstr. 49—50.
J. Ch. Pollmann, Lothringerstr. 60.
Wende, A., Turmstr. 34, Optiker.
Reiche, A. Seydelstraße 15. Lief. aller Kassen
Fritz Reibe, Schöneberg, Hauptstr. 18
Fr. Schulte, Adlershof, Bismarckst. 3
Zaremba Weinbergsweg 1 Drog., hyg. Artikel.

Beerdig.-Anst., Sargm.

A. Botti, Zorndorfer Str. 23.
H. Fischer Rixd., Hohenzollernpl. 11 Buckow a. Rixd. Krankenhaus.
Max Fuchs Oppelnerstr. 1 Frankfurter-Allee 170
Hiekel, Fr., Gr. Hamburgerst. 37
G. Lehmann, Pasewalkerstr. 1 E. Gerichtstr.
Moldt, Fritz, Rixd., Reuterplatz.
Gust. Nobert, Potsdamerstr. 118a
H. Petermeier, Strelitzerstr. 8.
Peter-Schley, Wilh., Zossenerstr. 11.

Beleucht.-Gegenst.

Bunzel, R. Rixdorf Kais.-Friedr.-St. 49
Carl Imme jun., Grüner Weg 15 an der Markusstraße
Büttner, A., Danzigerstr. 96.
Schrammar, H., Rixdorf, Richardst. 118.
Vettin, H. Brunnenstr. 34.

Berufskleidung

M. Bertram, Norden, Maxstr. 17.
Keiner, Otto, Gerichtstraße 86.
Wecker, A., Mühlendamm 3.

Bettfedern u. Betten

Bettfedern von selbstgeschl. Gänsen
Max Hausknecht, Cöpenick
Müggelheimerstr. 8

P. Berliner, Rixd., Hermannst. 220
A. Hampel, Ri., Bergstr. 44-45. Reinigung
Carl Henze, Andreasstr. 55, Reinigung.
Max Schöne Landsberger Allee 149 reell und billig.

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adelung & A. Hoffmann
Akt.-Brauer. Potsdam. Eig. Niederl. Berlin SW, Tempelhofer Ufer. 15
Brandenburg a. H., Wilhelmsdorferst. 119
Spez. Potsd. Stangenbier

Bergbrauerei Bergstr. 22 III 1412 Feinst. Caramelbier

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Pfefferberg
Versand- und Pilsener Bier.

Brauerei Tivoli Weiß- u. Malz-Bier-Brauerei, Fruchtstr. 87

Caramel-Weißbier
fast alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich, Berliner Weißb.-Brauerei E. Willner.

Groterjans
Malzbier. Schönh.-Allee 130, T. III, 5663.

C. Habels Brauerei
hell — Habelbräu — dunkel.

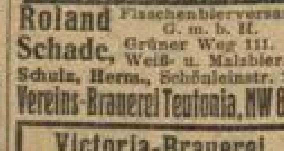
F. W. Hilsebein A.-G.
Lagerbier und Malzbier

Hempel, E., Müllerstr. 138d.
Kahlenberg, A., Liebenwalderst. 45

Unser Goldbier
ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsbier ersten Ranges.
Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.

Luisenbrauerei Weißensee.

Münchener Brauhaus Berlin.



Roland Flaschenbierversand G. m. b. H.
Schade, Grüner Weg 111. Weiß- u. Malzbier.
Schulz, Herm., Schönleinstr. 22.
Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.

Victoria-Brauerei
Victoria-Sanzerbräu

Weissbier, C. Breithaupt, Pallisadenstr. 97. Tel.-A. VII, 2634.

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 41.
Fr. Ahrendt, Boxhg., Neue Bahnhofstr. 11
Blumen-Becker, O. Frankfurter Allee 2.
Casper, Charl., Krummestr. 30.
E. Begar, Rixd. Kais. Friedr. St. 30, Bergst. 53
Richard Falsch, Prinzen-Allee 80
Paul Gross, Lindenst. 69 (Vorwärtshaus)
R. Gruner, Kopenhagenerstr. 9.
S. Grossmann, Landsbergerstr. 34.
Henkes Blumenhaus, Rastenfelderstr. 94.
Otto Hinz, Graunstraße 5.

Bertha Herbold, Carmen Sylvastr. 166
Janiszewski, Felix, Eisenbahnstr. 7.
Alb. Keil, Charlbg., Kaiser-Friedrichst. 20
C. Laurent Brunnenstr. 63 Petersburgerstr. 11
Gustav Mai, Schönhaus. Allee 177.
Menzel K. Rixdorf, Hermannst. 124
F. Müller, Danzigerstr. 27.
H. Penski, Schwedenstr. 19, Eck Badstr.
Ww. Rutschke, Ri. Hermannst. 62
Th. Schirbel, N. Stettinerstr. 8.
C. Sommer, Wrangelst. 44, Amt IV 12066
Aug. Trothe, Wrangelstr. 11.
Thiedtke, Rixdorf, Hermannst. 64.
Aug. Wandelt, Rixd., Bergstr. 96.
H. Zinke, Nowawes, Friedr.-E. Friesterst.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung
J. F. Assmann
20 Filialen in Berlin O.

Oskar Beck 12 Geschäfte
Dresdenerst. 97, Blücherstr. 11
Reichenbergerstr. 18 u. westl. Vororte. Vorzugspreise.

Buntrock, W. Rixdorf, Boddinstr. 3.
Drei Kronen Carl Davidsohn
Fischer, Ernst Wiener Straße — 14a —
Fried. Göseke, 7 Filialen.

Gebrüder Groh
40 Filialen
in Berlin und Vororten

August Holtz 15 Detail-Geschäfte.
Kersten, Gebr., Wörther-Str. 33a.
Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte
Paul Lindner, Strelitzerstr. 65.
Butterhandlung Fritz Muth.

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Nordstern 14 Filialen in Berlin N u. NO.
Schönefeldt, Britz, Chausseest. 51
Schröter, R. 35 Verkaufsstellen.
Schulz, Arthur, Ri., Hermannst. 65
Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien
48 Verkaufsstellen.

Stettiner Butterhalle
Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof

Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Müncheberger str.

Cacao, Chocolade

Althans, Kräuter-Buch., Lindowerstr. 16.
Cyliax, G., Filialen i. all. Stadtteilen.
Ferd. Hahn, Berlin, Petersburgerst. 72a
H. Paschke, Schillingstr. 10. Konfitüren.

Die Fabrikate der
„Sarotti"
Chokoladen- u. Cacao-Industrie-Aktiengesellschaft
sind überall erhältlich.
Neu: Simpli-Schokolade

Bonbonhaus
Fr. Schröder
Spandau, Filialen i. all. Stadttl.

Schütz, Warschauerst. 82, ggr. 1900
Seiffert, Erich, Filial. in Berlin und Vororten.
C. Senff Andreasstr. 36 Bezugsqu. f. Händler.

C. Voigt, Gräfest. 27, Ecke Urbanst.

Fordern Sie
Kakao und Schokolade
Wesenberg

Cigarrenhandlungen

Fr. Behrend, Nf., Frankfurter-Allee 27.
Brager, J., Rixdorf, Bergstr. 57.
Bräuer, P., O. 12 Proskauerst. 12
Klein, Wilh. Müllerstr. 184, Oberbaum 1.
Klemmer W., Spandau, Schönwalderst. 82
A. Kunstmann, Nowawes, Priesterst. 67
Lingel, Fritz, Eisenbahnstr. 5.
A. H. Meyer Nchf., Schlesischestr. 14.
Willy Müustermann, Gleditschstr. 48.
W. Schuster Nf., Neanderstr. 28.

Damenkonfektion

Cohn, Geschw., Bergmannstr. 9.
Dombrowsky Charl., Potsd.-St. 11 Anfertig. nach Maß

L. Frankenstein Blusen, Röcke Kleider
5% Danzigerstr. 24 5%

Giesenow & Co. Schöneberg Hauptst. 25.

Tobias Lewin, Schneidermeister
Badstr. 44, I. Spz. Maßanfertigung
Lager in Blusen u. Kostümen aller Art

Damen-Konfektion
Gebr. Neumann Moabit Turmstr. 33 E. Eberbusst.

Restat, J. Kottbuserdamm 76 Brunnenstr. 33
Wagner, P., Rixd., Bergstr. 42. Damenm., Pelzw.

Westmann
1. Geschäft: Mohrenstr. 37a.
2. Geschäft: Gr. Frankf.-Str. 115.
Bei Vorzeigung 5% Rabatt.

Paul Zutermann
Konfektionshaus — Chausseestr. 66

Damenkleiderstoffe

Adolf Dannemann Oranienstr. 180

Drogen u. Farben

Adler-Drogerie, O., Müggelstr. 8.
Arteit, Kurt, Ri., Reuterstr. 43/44
Apoth. Paul Frank, Stralsunderstr. 41.
Apoth. Lindenberg, Strelitz. Str. 74 Nord-Mk.
Arnold Nchf., Charlbg., Leibnizstr., 26
Reinh. Assmus, Gerichtstr. 10.
Becker, C. Litthauerstr. 6.
Gustav Bersug, Weidenweg 80.
Berger, Rei. Rummelsbg., Sonntagstr. 8.
Hch. Bocatius, Schönhauser Alle 134a, Pankow, Berliner Str. 46
Sämtl. hygienische Bedarfsartik.
Central-Drogerie, Dresdenerst. 11
A. Diepow, Tauroggenerstr. 12.
Ebert, Max Kopernikusstr. 17. Warschauerstr. 21.
Edison-Drogerien. O.-Schöneweide.
Franz Fischer Frankf. Chaussee 148.
Sämtl. Gummiartikel :: Diskr. Bedienung.
Friedrich, Paul, O, Gärtnerstr. 22.
Germania-Drogerie, Mickerst. 63.
Germania-Drog. Spand. Wilhelmstr.
Alfr. Götting, Frankfurter Allee 17.
Günther, „Löwen-Drogerie", Stromst. 37
Haeberlein, Trept., Graetz-Boschestr.
Hansa-Drogerie, N. Raumerst. 35.
F. Hotop, Ulaaa-Drog., Ulaastr. 6.
Klahn, H., Ri., Kaiser-Friedrichstr. 238
Kneseback-Drog., Rixdorf, Hermannst. 119.
Kottkes Drogerie, Baumschulenweg.
Krönings Adler-Drogerie, Ramlerstr. 7.
G. Lehrmann, Grünberger Str. 116
P. Lehrke, Kottbuser Damm 61-62, Parfüm
Max Liecks, O. 34, Ebertystr. 35.
Ewald Lochte, Wilhelmshavenerstr. 29
Luisen-Drog., Friedrichsf. Berlinerst. 33
Alfr. Marsch, Culmstr. 37.
Nellé, Felix, Memelerstr. 16a.
Oehmke, Reinickend., Provinzstr. 83.
Otto Opitz, Bornholmerstr. 16.
Ramien, Otto, Landsbg. Platz 1.
Rathaus-Drogerie, Ri. Donaustr. 24.
Arno Rolf, Weberstr. 30.
Apoth. Meyer, vorm. Lemcke Ri. Kais. Friedr. Str. 243
Prinzenstr. 103 Alfred Hoffmann
Franz Schönbeck, Oberschöneweide.
Fr. Schlussnuss, Liebauerstr. 22.
Hugo Schultz, Müllerstr. 166a.
Hyg. Gummiw., Photogr.-Artikel.
P. Sünderhauf & Co. Gr. Frankf. Str. 89.
Herm. Vincent, Rixd., Bergstr. 131.
Werder-Drogerie, Britz. Rudowerst. 5a.
Wedding-Drogerie, Genterstr. 37.
Weissbach & Fischer, Belleallianeest. 23
Zobel, Georg, N, Ackerstr. 50.

Eisen- u. Stahlw., Waff.

Aln, O., Ri., Kaiser-Friedrichstr. 4.
Otto Anders, Brunnenstr. 109.
W. Allner, Mulackstr. 24.
Otto Beliz, O. Grüner Weg 49.
H. Berger, Eisenwar., Werkzeuge Schöneberg, Gust. Müllerstr. 1
Beutel, C., Boxh., Neue Bahnh. St. 26
Herm. Braun, Landsbg. Allee 149.
Brenneke, C., Berlin SO. Wrangelstr. 94
G. Brenneke, Schönh. Allee 134.
G. Brucklacher, Oranienstraße 3.
Willy Erpel, Turmstr. 29.
Flack, E., Spandau, Schönewalderstr. 34.
C. Hiller Wilmersdorferstr. 102/3 Haus- u. Küchengeräte
Carl Jung, Stromstr. 31.
Jungbluth, Hermannstr. 172.
Kantner Nf., O. Schöneweide, Edisonstr. 16
Klose Reinickend., Residenzstr. 100 Werkzeuge.
Ad. Kunze, Rixdf., Kaiser Friedrichstr. 178
H. Rockstroh, Berlin Gubenst. 25/26.
Lincke, Rixdorf, Friedelstr. 9.
E. Lübcke Nf. E. Sturm, Samariterst. 13
Paul Lucht Cöpenickerstr. 126 Haus- u. Küchenger.
E. Mentzel Nchf., Kopenhagenerstr. 4.
Franz Pfeifer, O. Frankf. Allee 139.
Georg Reiner, Rummelsburg Schillerstr. 35
Röhlmann, P., Müllerst. 40b, E. Seest.
C. Schröder NO 18 Gr. Frankfurterstr. 109.
Max Schubring Grüntalerstr. 33 Wattstr. 14.
Sellach, Th., Ri., Hermannstr. 48.
Wesch, Charlbg., Knobelsdorffstr. 23.
Arthur Weigel Frankfurt. Allee 155.

Fahrräd., Nähmasch.

Baum, Emil, Schöneb., Herbertst. 1
Brennabor Fabrik-Filiale Lindenstr. 35.
Fahrrad-Leihhaus Lohmann
Neue Schönhauser-Str. 11.

Fahrradhaus Süd-Ost Reichenbergerst. 121
Carl Müller Reinickend.-Str. 106, Chausseestr. 81.
Röper, Carl, Petersbg.-St. 7 u. d. Frkf. Allee

Färbereien, Wäscher.

H. BERGMANN
Birkenstr. 53
über 40 Filialen in Groß-Berlin

Reichenbergerst. 35
Dampfwäscherei „Sport"

Dampfwäscherei E. Friedrich, Blumenstr. 70.
Dampfw. Weiß. Stern, Ri. Bergst. 132
Dampfwäscherei MERKUR A. Bachmann, Frankfurter-Allee 47.
Dampfwäscherei Quelle Pallisadenstr. 19

Dampfwaschanstalt
„Spreenixe"
Berlin SO., Försterstr. 5-6
Tadellose Wäsche! Billigste Preise!

Dampfw. Tip-Top Greifswalder-Str. 30
D. W. A. Hansa Gerichtsstraße 23 Tel. III 1309

O. Naefe
Färberei u. chem. Wäscherei f. Herren- u. Damengarder.
Läden in allen Stadtteilen
Berlin, Rixdorf, Schöneberg

Fischhandlungen

C. Ahlers & Co., Geestemünde,
Seefischhandlung.

C. Dittmann Rixdorf, Berliner Str. 42.
Kahl Weidenweg 79, auch Wild und Geflügel.
Köhler Grünauerstr. 8 Wild u. Geflügel.

Seefische vom Fangplatz
Preislisten gratis
Hans Kunkel Geestemünde.

Rich. Marcks Brunnenstr. 146 Räucherw., Wurst.
Werner Annenstr. 42 Langestr. 85.
Winkler & Bartheld, Bergst. 5 u. 57. Ri. Münch. Str. 35

Fleischer. u. Wurstw.

Hermann Albrecht, Metzerstr. 7
Jul. Amandowitz Glasgower-Str. 5.
A. Barthmuß, Markgrafendamm 33.
W. Becker, Tegel, Brunowstr. 55 ff. Fleisch- u. Wurstwaren.
Rich. Becker, Memelerstr. 74-75.
Behle, Rixdf., Hermannstr. 13.
Bloch, Otto, Prenzlauer Allee 82.
Blümlein, J., Rixd., Marestestr. 14/16.
A. Blüer, Rüdersdorferstr. 32.
August Birnstein Dunkerstr. 78.
August Bienert Kaiserin Augusta Allee 9.

Wilhelm Behr
Wurstfabrik,
Speck- und Schinkensalzerei.
Berlin-Schöneberg, Kaiserst. 57-58
Beste und billigste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer.

Bragrock, A., Manteuffelstr. 39.
P. Buckwitz Rigaerstr. 106.
Spez.-Gesch. f. Fleisch-u. Wurstw.
Anton Buchheim, Allensteinerstr. 13.
A. Bentele, Thaerstr. 21.
Darge, O., Finowstr. 5.
Daniel, J., Ri., Hermannstr. 147.

Danziger Fleisch-Centrale
— Danziger Straße 14 —

Dannenberg, Neue Hochstr. 6.
Rich. Deckert, Wiesenstr. 33.
P. Dreyocker, Prinz Eugenstr. 21.
Joh. Durzynski, Kopernikusstr. 1
Drost, Wrangelstr. 54 ff. Fleisch- u. Wurstw.

Arno Fischer Großgörschen-Str. 6
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischwar.

Wurst, Speck, Schinken
kauf. Sie a. besten u. billigsten bei
Anton Fehlau,
Gontbardtst. Stadtbahnb.-Ecke Königsgrab., Andr.-St. 47, Landsbergerst. 98, Königsbergerst. 8, Landsb.-Allee 30, Rixd., Bergstr. 18.

Franz Fritsch, Deutsch-Kronest. 1.

Fleisch- u. Wurst-Centrale
Frankfurter-Allee 182
Erste u. billigste Bezugsquelle des Ostens.

C. Gerlach Rixdorf, Warthestr. 70.
H. Gerndt, Sprengelst. 17, Eing. Samoastr.
Fr. Gerlach, Tauroggenerstr. 1a.
Rob. Gleue, Weißensee, Gust. Adolfstr. 13
Paul Gnädig, Britz, Rudowerstr. 14
Gottlieb, Reinickdf., Amendest. 109
Otto Grube Neue Hochst. 27.
Gusinde, Rich. Oranienstraße 17.
Getschmann's Fleisch-u. Aufschn.-Centr., Wichertst. 159.
O. Gleich, Rixdorf, Hohenzollernpl. 7.
Hempe, R., Hermannstr. 58.
Richard Heinze, Reinickendorferstr. 108 ff. Fleisch- u. Wurstw.
Georg Heinold, Marienburgerstr. 5.

Georg Heiter
Echte Braunschw. u. Thüringer Wurstw.
I. Gesch., Andreasstr. 30, Rigaerstr. 72a

Ernst Höne, Schwedenstr. 12.
W. Hoppe Friedrichshagen, Friedrichst. 68
Ernst Ibscher, Wiesenstr. 11.
Jakobik, Schmargendorf, Breitestr. 24.
Albert Jähnert Mainzerstraße 6.
Janik, C. Köpenickerstr. 5.
Fritz Jentsch Kottbuser Damm 38 ff. Fleisch u. Wurst.
L. Irmer, Flmstr., Adlershof, Bismarckst. 34a
Jul. Kempe, Boyenstraße 5, II. 5396.
Fritz Klein, Kottbuserdamm 12.
Willi Klewitz, Allensteinerstr. 18.
Max Knaut, Alt-Boxhagen 50.
Ernst Kolbe, O. 112, Weichselstr. 15
Ernst Kurth, Muskauerstr. 23.
G. Krause, Weißensee, Langhansstr. 135
M. Kops, Reinickend., Residenzstr. 154.
Fritz Lentz Wurst- u. Fleischw. Linienstr. 109.
A. Lange, Reinickdf., Scharnweberstr. 113
Linke's Fleischzentrale Hermannplatz 4.
Wilhelm Lenz, Falkensteinstr. 9
R. Lawrenz, Reinickendf. O. Hauptstr. 54.
Wilhelm Liebherr Weidenweg 75.
Fr. Lindemann, Emdenerstr. 45.
Lochmann, Malplaquetstr. 32.
Luebke, Joh. Rostockerstraße 43. Fleisch u. Wurstfabr.
Aug. Maar, Schulstraße 103.
Malwald, Rixd., Münchner-E. Berlinerstr.
H. Matzker Hermannstr. 228.
Ernst Mäckler, Rixd., Richardstr. 31-32.
Merker, P. Mariannen-Str. 20a.
G. Müller ff. Fleisch- u. Wurstw. Großbeerenstr. 78.
R. Müller, Pankow, Wollankst. 101
Neubauer, O., Kottbus.-Damm 24.
Karl Petrich Fruchtstraße 5 ff. Fleisch u. Wurst
Reinfeld, Spandau, Neuendorferstr. 9
O. Rosemann Nachf., Gr. Frankfurterstr. 7.

P. Rechel Wurstfabr., Landsbg.-Allee 129, Spz. Roll.-schink., Nußschink., Schinkenspeck

Oscar Röhr, Friedrichshagen
Prima Wurst- u. Fleischwaren

Riedel, B. Hermannstr. 46.
Rodewald Prenzl. Allee 29 Tel. Kst. 3206.
Wilhelm Röder, Stettinerstr. 14
R. Rothe, Boxhagener Chaussee 11
Ottomar Rudolph, Gärtnerstr. 17.
Schiwek, K., Pallisadenst. 1, Ecke.
Otto Schreiber Hohenfriedbergerstr. 1.
E. Schauer, Huttenstr. 70.
A. Siewert, Nd. Schöneweide, Berlinst. 127.
E. Scherzberg, Reinickendf., Hausst. 9.

Eduard Schmied, Lübbenerst. 15
Max Schubert Müllerstr. 156a.
Albert Schucht Stargardterstraße 68.
E. Steeger, Fleisch. Emmanuelkirchstr. 23
Steinicke, Warschauerstr. 25.
Thaleiser Invalidenstr. 153 Ecke Ackerstr.
Wagner Landsbergerstr. 118 ff. Fleisch-u. Wurstw.
Westheimer Neue Jakobstr. 12. Münzstr. 9.
Stargard. Fleisch-Zentrale, Stargarderst. 63
W. Tauche Rixdorf, 48. Pannierstraße 25.
Fr. Thiel, ff. Fleisch- u. Wurstw. Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 3
Thüring. Fleisch- u. Wurst-Fabr. F. Sommermann, Boxhagenerst. 3
E. Trapp, Wurstzentrale, Waldenserstr. 19
Max Tümmel, Christburgerstr. 24.
Karl Unte Naunynstraße 17 ff. Fleisch- u. Wurstw.
Wilh. Vogel Badstr. 12
Josef Weber, Raumerstr. 24.
Weiß, Georg, Eisenstr. 40, T. A. IV 14585
O. Wellnitz, Nannynstr. 66.
E. Wetzel ff. Fleisch- u. Wurstw. Weidenweg 67.
Emil Wilhelm, Graunstr. 38.
Wiedmann & Swunke Weißensee-Berlin, Allee 253.

Wo kauft man Fleisch und Wurst gut und billig?
Im Fleisch- u. Wurst-Konsum, Kottbuserdamm 81/82.

P. Wontora, O., Friedrichsberg 31.31.
Nord-Deutsche Fleisch-Zentrale
F. Zimmermann, Seestr. 78, Guineastr. 40
Paul Zwarg, Landsberg. Allee 136.
Ernst Ziffer, Oderbergerstr. 37.
Wilh. Ziegler, Seumestr. 29.

Glas u. Porzellan

G. Kröger, Weißenburgerstr. 79.
Oberländer Andreas-Str. 18.
A. Wilborn, Brunnenstr 16.
Winkelmann, Wilhelminenstr. 23.
Oberschöneweide, Rathenaustr. 27.

Zuncke, Schöneberg, Eisenacherstr. 60-61

Grammoph., Sprechm.

W. Becker, Chlbg., Wilmersdorferst. 127
Hoyer, A., Rixdorf, Bergstr. 163 I.

Haar-Artikel

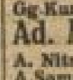
E. Joel Spezial-Haar-Haus Chausseestr. 121.
Rob. Kortmann, Schönwalderstr. 28.
F. Milster Gebe auf Haar-Artik. 5% Rab. Zionskirchstr. 44.
H. Nixdorf, Frankfurter All. 157, 5% Rab.
Albert Pose, Fennstr. 16.

Haus- u. Küchengeräte

Gomgowski Prinzen-Allee 57 Seifen Bürsten.
Ramnick Spandau, Schönew. St. 92 Emaille, Glas, Porzellan, Lamp.
Rockstroh, Karl Grüner Weg 42. Gaskoch., Waschm.
Sandow, Rud., Wilmersd.-Str. 120. Lampen.

Herren-Artikel

Andreasstr. 37. Krawatten-Schulze
H. Bock, Rixdorf, Kaiser Friedrichstr. 16.



Magazin England
Kottb. Damm 78, Oranienstr. 163.
Hüte, Wäsche, Crawatten.

Dittmer, Ackerstr. 83a, Hutgeschäft.
Torkel, Artilleriestr. 4
Rich. Jahn, Treptow, Grätzerstr. 6
Emil Jäger Friedrichstr. 115 Oranienburger Tor.
E. Klaha, Frankfurter Allee 26.
Krause, Wilh., Ri., Herm.-St. 168.
Ad. Kuntze Friedrich-Str. 208.
Gg. Kursch, Britz, Rudowerstr. 36.
Ad. Mahnke Kopernikusstr. 3 Hüte, Schirme
A. Nitschpan, Bergmannstr. 11.
A. Samuel, O. Mirbachst. 62, Schirme.
Scholz, Osw. Ri. Bergstr. 141. Ri. Hermannstr. 171.
Sprengel, A. Wienerstr. 14 B. Hüte u. Schirme
Walzenegger, J., Petersburgerstr. 43.
H. Zeller, O.-Schönew., Wilhelminenhfst. 14a

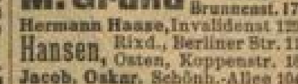
Herren-u. Knabengard.

Amerikan. Verkaufshallen Frankftr. Allee 186.
J. Baer Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.
Besser, Julius, Ri., Bergstr. 19.
E. Ehmann, Rixd., Bergstr. 28.
Hamburg-Steglitz Schloß-Str. 103.
Zielonacki, Oranienstr. 21.
Leske & Slupecki, Schönh.-Allee 70 e
Marcus, S. Rixd., Bergstr. 44-45 fertige u. Maßschneiderei.
Raitzig, Ad., Frankf. Allee 107.
Rosner, Max Schneidermeister, Rixd., Bergst. 30/31,
Lager fertig und nach Maß.

77 Kottbuserdamm 77
August Schega

Schachmann, Louis, Brunnenstr. 51.
Berth. Schwerinsor, Wrangelstr. 93

Hüte, Mützen u. Pelzw.



Bazar Norden
Brunnenstraße 52, Badstr. 65
Huthaus Norden
Chausseestr. 55, Ecke Wöhlertstr.

Beiße, Rud., Chausseestr. 46.
Casper, Ed., Rixd., Bergstr. 129.
M. Grund nur Brunnenst. 177
Hermann Haase, Invalidenst. 129.
Hansen, Rixd., Berliner Str. 11, Osten, Koppenstr. 18.
Jacob, Oskar, Schönh.-Allee 104.

Hut-Centrale „Rosentalertor" Weinbergsweg 27

Hut-Engr.-Lager, Roth. Gärtnerst. 24.
Huthaus Monopol Müllerstraße 166.
A. Lemaitre, Wilmsdrf., Berlinerst. 132.
Mütz.-Moldenhauer, Bauliierst. 18, I.
Panama-Jakob Spandauer Brücke 2
Rieck, Em. Badstr. 64, Gerichtstr. 63.
Schoerr, Herm., Wilmersd.-St. 46.
Urgast-Hüte, Markgrafendamm 1 Alt-Boxhagen 24
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19.

Fortsetzung siehe nächste Seite.

Weiner, H., Greifswalderstr. 21.
Wirtschafterstr., Nchf., Brunnenst. 167.

Zum Hutwinkel
S. Kohls, Chausseestr. 85.

Kaffee-Spezialgesch.

Oskar Krösche Schönhauser Allee 70d.

Rauers Mischungen
werd. v. sparsam. Hausfrauen bevorzugt!
Nur C 54 Neue Schönhauserstr. 2

Kaffee-Surrogate

Otto Goetze, Kottbuserdamm 16/17 Hof.

Kartoffeln, Gemüse

Paul Henkel Swinemünder Str. 48.

Kaufhäuser

Z. Alexander & Co., Badstr. 55.
B. Hennig & Co. Landsberger-Allee 29.
C. Kurtzahn Ob. Schöneweide Putz- und Modew.
Alfr. Kirschner Grunewaldstr. 16, Ecke Goltzstr.
H. Weiß & Co., Friedrichshagen.

Kohlen, Koks, Briketts

Paul Bieger, Kniprodestr. 113.
Aug. Braatz Filialen in Moabit.

Ferd. Gräning
Jungstr. 11. Teleph. VII 7924

P. Hante Grünthalerstr. Plätze 22-25, III, 4483

J. Mannheim. Filialen im Osten.

Siemon, A. R., Kohlenbhf. Wedding

Kolonialwaren

Abend, R., Rummbg., Sonntagstr. 5.
Heinrich Arndt, Fennstr. 49.
Theodor Anthofner, Solmsstr. 23.
Babel & Hauke, Wilsnackerstr. 18.
G. Bärend, Schöneberg, Colonnenstr. 74
Gustav Behrens Akazienstr. 8, Hauptstr. 130.
Bennewitz, Fr., Buchholz, Berlinerst. 40
Bruno Block, Nonnendamm.
Alex Bergmann, Jagowstr. 16.
Braun, R., Rixdf., Prinz-Handjerystr. 29.
R. Braesicke, Friedrichshg. Scharnweberstr. 5
Budach, Franz, O., Goßlerstr. 23.
Georg Burow, Stromstraße 39.
Joh. Ciecior, Neue Hochstr. 22/24
A. Durin, Schönfließerstr. 10.
R. Ehrig, Liebenwalderstr. 47.
Gustav Eigendorf, O. Müggelst. 29.
Arthur Enke, Amsterdamerst. 10
A. Flebach Nachf. Louis Körner, N. Schwedterstr. 254
A. Fiedler, Köpenick, Müggelh. St. 41.
L. Friedrich, Mariendorf, Bergst. 15.
Fritz Gerull, Beusselstr. 73.
W. Gehring, Reinickendf., Residenzst. 128
R. Goerlich, Reinickendf., Provinzstr. 54.
Hermann Gensch, Adalbertstr. 19.
Goetsch, Ernst Dolziger-Str. 14.
P. Löck, Breslauer St. 4, Madaist. 15
Richard Groggert, Wismarplatz 1
Max Hanheiser, Göbenstr. 16.
Albert Haube, Dunkerstr. 63.
Heinicke, Wilh., Markgrafend. 27.
Heinrich, R. Hermannstr. 59/60, Bergstr. 144, Kais.-Fried.-St. 218
Fritz Hübner, Schliemannstr. 11.
Paul Imhoff, Ramlerstr. 19.
Gerlach, Liegnitzer Str. 31.

Kakao-Würfel
„Sarotti"
5 Pfg.
überall zu haben

Willy Knobe Pallisadenstr. 97.
Kohle, W., Lichtenberg, Hagenstr. 58.
Krantz, Georg, Schönholzerstr. 11.
Kramer, Rich., O. Kronprinzenstr. 37/38
Kühn, Oswald, Müllerstr. 131.
W. Lange, Friedrichshg., Kurzest. 8.
Lange, H., Rixdorf, Walterstr. 16.
G. L. Liese, Cöpenick, Schloßstr. 8.
Rich. Liese, Ackerstr. 132.
Lips, Chamissoplatz 8
Herm. Loewa, Tegel, Berlinerstr. 12.
Lossier, G., Warschauer Str. 5.
Luckner, Felix, Rixd., Weichselst. 7
Martini, Erich, Rixd., Allerstr. 39.
Karl Mercier, Huttenst. 3
Michaelis, Paul 5 Geschäfte in Nord-Berlin.
Mewes, Adolf, Warschauerstr. 55.
Max Moysich, Wilhelmshav. St. 46.
Paul Mulack, Mariannenstr. 8.
H. Müller Gebe auf War. 5% R. Tegelerst. 1 II 7002.
Müller, G. Kottbuser Damm 31 Herm. St. 155, Kassebeckst. 18
A. Plaacke, Oderberger Str. 55.
Priebe, E., Boxhag.-Chaussee 22.
R. Puhlmann, Woldenbergerst. 23
Carl Quast, Prinzen-Allee 15.
A. Ramhold, Prinzen-Allee 18.
Carl Rohrs, Langhansstr. 56 u. 148.
Willy Rohne Möckernstr. 84a, Kreuzbergstr. 38.
Runge, Otto, Ri., Hermannst. 58.
A. Sägebarth, Fehrbelliner Str. 24.
Schäfer, H., Neue Hochstr. 5.
Schneider, F., Rixd. Kaiser-Fried. St. 75
Scheffler, Carl, Badstr. 16.
Fritz Scheel, Schwedterstr. 47.
Schlenther, Emil, Huttenstr. 7.
Gg. Feist, Nkl., Weserstr. 4.
Wilh. Schröder, Brunnenstr. 47.
Wilh. Schröder, Schönholzerstr. 22
Wilh. Schulze, Ri., Bergstr. 96.
Adolf Schulz, Mutternstr. 9.
A. Schmeier Geb. auf alle Waren 5% Rab. Wollinerstr. 5.
Joh. Schulze Lasallestr. 5-6 Waldemarst. 62/25a
Rudolf Spremberg, Wörtherstr. 1.
P. Simund, Rixdf., Ziethenstr. 46.
Wilh. Thomas, Reinickend.-Str. 54.
Otto Türk, Gubenerstr. 11.
Ulbrich, F., Ri., Warthestr. 13 u. 69
Fritz Welzel Alte Jacobstr. 133 Lindenstr. 77 Junkerstr. 14.
Ernst Wilde, Bastianstr. 1.
Wernicke, Ober-Schöneweide.

Korbwar., Kinderwag.

Metzners Filiale Beusselstr. 67.

Krankenbedarfsartik.

Fischer, Wilh., N, Swinemünd.-St. 116
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

Lederwaren

Carl Fessel Nachflg., Gr. Frankf.-St. 135.
Spez. Tasch., Mappen, Portemonnaies usw.
R. Genehr, Rummelsburg, Schillerstr. 31.
Wilh. Langner, Rixdorf, Bergst. 57.
Koffer-Schulze, Wilmersdorf. St. 135

Richard Kurtzke Kottbuser-Damm 8.
Otto Pahnitz Wienerstr. 14 Eig. Werkst. i. Hause
C. Richter, Rixdorf, Friedelstr. 49.
Rob. Voigt, Baumschulstr. 37. Eig. Fabr.
Otto Wehnert Sattlermeister Chausseestr. 50.

Lehranstalten

Zuschneide-Schule des Deutsch. Zuschneider-Verbandes, e. V., BERLIN, Mauerstr. 86 88, T. 1 3401.

Rudolf Maurer
Friedrichstr. 65a, Ecke Mohrenstr

Strahlendorffs Handels-Akademie.
Beuthst. 10 u. 11, I., II., III. Etage
Größtes Institut Berlins
Ausführl. Lehrpläne umsonst.

Linoleum u. Wachst.

Haase Rixdorfer Linoleum Rixdorf, Bergstr. 62.
Häntsch Weißensee, Berliner-Allee 228, Tapeten.
Rausch, Rich. Linoleum-Fabrik-Niederlage Warschauerstr. 6

Manufakturwaren

Grünberg Nachf. M., Petersb.-St. 33 Modewarenh.

Mehlhandlungen

W. Bachmann, Charl., Schringst. 14.
Bethke, Georg, Muskauerstraße 44.
Rixd., Elbest. 32, Kais.-Friedr.-St. 64
Weserstr. 189, Friedelstr. 23
Treptow, Grätz-Straße 64.
Bordasch, G., Ri., Kais.-Frdr.-St. 29
C. Bosse, Reinickendorferstr. 29.
Jul. Conrad, Rheinsbergerstr. 44.
Bernhard Danne, Kastanienall. 50-51.
C. E. Fink, N., Pankstr. 92.

Frese, Ernst 5 Geschäfte im SO.
Gaege, Otto Charlottenburg.
Paul Gaege, Spandau.
Jos. Hauke Mehl- u. Kolonialw. Bergmannstr. 25.
Heerma, H., Ri., Hermannstr. 172
Heinrich, R. Herrmannstr. 59/60. Bergstr. 144. Kais.-Friedr.-St. 248
Karl Huhn, Schererstr. 9.
Korn, Hugo Wrangelstr. 117.
A. Nobbelt Invalidenst. 123. T. A. Nord 9562 vis-a-vis Stettin. Bayrischbahn.
B. Krüger, Schöneb., Hauptstr. 153
E. Kunze, Charl., Knobelsd.-St. 16
Lenz & Jagemann, Winsstr. 52, Posenerstr. 15, Strelitzer-Allee 18.
Lüdtke, H., Fruchtstr. 67.
Gus. Meyer, Belmt.-St. 19, Wilhd.-St. 1.
C. Neugebauer Ober-Schöneweide
Nietsch & Rabstahl, Carmen-Silvastr. 183
Otto Nowack Nachfol. Spandau.

F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.
Jul. Penner Greifswalderstr. 11, vis a vis Lippehnerst.
P. Rentner Mansteinstr. 17, Steinmetzstr. 27
Schleinitz, A. Mariannenstr. 14. Markth., Barbeinekest. Markth., Dorothenspl.
Schneider, Emil Reichenbergerstr. 28
Walter Seidel, Beusselstr. 26.
Thieke, Nachf., Prinzenstr. 10.
R. Wendler, Reinickendorferst. 64
Reinhold Werner, Tegel, Treskowstr. 20.
B. Zyczynski, Ri., Pannierstr. 59.

Möbelmagazine

Gustav Böse Tischlermstr., Leisewitz-Ufer 32, am Oranienplatz.
Berliner Möbelhalle „**Norden**" Ackerstr. 120 u. „Invalidenst. 118.
Daehne, F., Ri., Neue Jonasstr. 56.
A. Dohmann, Stromstr. 44.

Wilh. Gabbert, Brunnenstr. 102.

Geppert, Paul, Zossenerstr. 32.
Gericke, Fritz, Müllerstr. 145.
Gleiser, A., Alexandrastraße 47.
H. Gebert, Birkenstr. 44 Möbel-Fabrik.
Grill, Reinickendorf, Scharnweberstr. 19
Wilh. Hamann Schönhauser-Allee 42.
Harnack Stallschreiberstr. 57, Bar- und Teilzahlung, Verkauf i. Fabrikgeb.
Hepp, Jul., Brunnenstr. 133.
König, A., Ri., Berlinerstr. 102.
Herm. Kogel Rixdorf, Hermannstr. 12.

Küchenmöbel
Berliner Küchenmöbel-Fabrik
Neue Königst. 31-32, T. VII 4746

Lüdecke, Kottbuser Damm **83/85**
Lange, Max Schwedter St. 2. a. d. Kais. Allee 6
L. Lazarus, Petersburger Str. 82.
Lüddecke, R., Ri., Bergstr 4.

Misch Siegmund Bresd.-St. 16 auch Teilzhlg.

Hugo Moh, W. 57, Potsdamerstr. 32c.
Rebsch, E., Spandau.
C. Reiher Nachf., Veteranenst. 21.

Emil Rufiar
Tischler-Innungsmeister
Prinzenstr. 34

Schmidt, Otto Möbelfabrik Gartenst. 52.
Siebeky, R. Gneisenaustr. 18.
A. Schuster, Ob.-Schöneweide, Edisonst. 59

Wilhelm Slotawa
Turmstr. 81, Waldenserstr. 34

Schwanke, Rixdf., Hermannstr. 229
eig. Tischlerei u. Tapezierwerkst.
Wendland, Ernst Swinemünd. Straße 121.
Möbelfabrik — Bar- u. Teilzahl.
Herm. Wendland Reinickend.-Straße 114.
Jos. Werner Charlottenburg Scharrenstr. 10.

Möbel-Transport

P. Enders, Oranienstr. 7a, T. Kfbk. 4136.
Robert Frenzel, Köpenickerstr. 152.
Krüger, Rixdorf, Hermannstr. 154, T. 518.
J. Lange Rittertor. 96, IV., 4195
Billigste Preisberechng.
Paul Schur, G. m. b. H., Dirksenstr. 8g 93.

Molkereien

Molkerei „Nord-West" Bremerstr. 50 Bredowstr. 38
Milchkuranstalt am Viktoriapark
Kreuzbergstr. 27-28, T. A. VI. 1970
Kinder- und Kurmilch.
Milch Schmidt
Rixdorf
Hermannstr. 53, Hermannstr. 95-96.
„Schweizerhof",
Meierei und Milchkuranstalt.
Emdener Str. 46. :: Tel. H. 2565.

Musikalien

Niemeyer, Brickenst. 8, Köpenickerst. 76
Scholz Frankfurter-Allee 73b Frankf.-Chaussee 115.

Musikinstrumente

Elrst, Rich., Brunnenstr. 45.
Meuzel-Pianos Chlbg., Kantstr. 54 gebr. z. jedem Preis.
Piato & Co., Köpenickerst. 166.
Lorenz Rahmel, Oranienstr. 181
Lorbeer, Müllerstr. 14.

Musik-Haus Menzenhauer
Größtes Spezialgeschäft der Branche. Spittelmarkt 14a.

Reetz, Spandau, Havelstr. 21.
Schnötke, Otto, Ri., Richardstr. 115.

Nähmaschinen

Bellmann, E., Gollnowstr. 26. Waschmasch.
Ferra Hermannstr. 177. Kottbuser Damm 22.
Pfaff bestes deutsches Fabrikat Steinhauer, Spandau.
Liltzner, Vertr. Wilke, Ri., Berlinerst. 84, Hermannst. 19/20.

Singer Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Afrana-Nähmaschinen
G. A. Bauner, Andreasstr. 79, Petersbergerstr. 87, **Spandau**, Schützwalderstr. 19

Optiker

Bardorf, Moabit, Turmstr. 74.
Dase, Paul, N, Müllerstr. 174.
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Hasler, Gollnowstr. 18. Kassenlist.
E. Rick, Münzstr. 14-15.
Schubert, Carl, Ri., Bergstr. 148.
Wienstrack, Spandau, Potsdamerstr. 19.

Papier- u. Schreibw.

O. Prochnow, Rixd., Hermannstr. 49.
Seidler, Louis, Ri., Bergstr. 42.

Pfandleihen

Rixd. Pfandleihe Rixdorf nur Bergst. **58**
Spottbilliger Restenverkauf, Rockmoderne Herrengard. Uhrenwerk, Schmucksach. etc.
E. Kron, Köpenickerstr. 55 a, I.
Langer, Wrangelstr. 92, Billiger Verkauf.
Schmidt, Fennstr. 3
E. Senftleben, Kottb.-Damm 28, I.

Photgr. Apparate

Hugo Schultz Müllerstraße 166 a
Eig. Artikel 5% Gelegenheitskäufe
Zaremba, Weinbergsweg 1, T. Mdn. 5592.

Putz- u. Modewaren

M. Haase Rixdorf, Bergstr. 1 Putzgeschäft
34 Hermann-Str. 34 Spezialhaus f. Damenhüte.
Bertha Mierzwa Frankfurter-Allee 65 Spezialhaus für Damenhüte
Peters Spezialhs. f. Damenhüte 1. Frankf.-Chauss. 152 a 1 Liefr. d. Konsumgenossenschaft.
Schmalinski, Ri., Bergst. 161, Fritz Pappe.

Puppen

P. R. Zierow, Schönhauser Allee 179

Restorhandlungen

Luise Frömel, Greifswalderstr. 190.
Carl Joch, NO, Palisadenstr. 97.
Pauline Preissing, Reinickendorfst. 13. I.
Berth. Schreiber, Neue Königstr. 11.

Schuhwaren, Schuhm.

Ernst Adam, Friedrichshagen.
Anhalt, E., Andreasstr. 13.
Baumgart, H., Mantiouffelstr. 28.
Hans Bry Warschauerstr. 21 Rumburg, Mozartstr. 3.
Damaschke, Invalidenstr. 144.
J. Dennig Nchf., Chausseestr. 26
Eilers, Anhaltstr. 4, Lindenstr. 112.
Engel, W., Reinickendorferstr. 93
Osk. Engler, Swinemünderstr. 63.
Osw. Fabian, Köpenick, Kietzerstr. 1.
Fiser, Friedr., Sparr-Str. 17.
Formanowitz, Turckstr. **53** (10% Rab.)
Otto Grätsch, Chausseestr. 12a. 67.
Goldmann, Spandau, Schützwallerst. 54.
Heinrich, Johann, Peterab.-Str. 36.
H. Jetzlaff, Badstr. 54.

Kn' Fabrikmarke für haltbarste Filzschuhe und Pantoffeln.
P. Lange, Nowawes, Priesterstr. 20

Herm. Kärmer, Cöpenick.
G. Kramer, Wilm., Berlinerstr. 131.
Fiedr. A. Lange, Landsbergerstr. 88.
Paul Lehmann, Friedrichshagen.
Ernst Müller, Teltowerstr. 59.
Nehring, Charlbg., Kais.-Augusta-Allee 49
C. Neumann, Falkenstein. 37.
Petersohn, Osk., Müllerstr. 155.
● Plaumann, Jagowstr. 20, 5%.
Reetz, Max Spandau, Schönwalderstr. 12.
G. Rechenberg, Schönbg., Alexiest. 4.
Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.
Schuhwarenhaus des Westens Yorkstr. 46.
Schwersenzer, Turmstraße 48.
Alb. Seeger, Ww., Lortzingstr. 6
Sommer, Wilh., N, Schönh.-Allee 85.
A. Trettin, Friedrichshag., Friedrichstr. 32.
Witt, Spand., Neuendorferstr. 99.

Schirme u. Stöcke

Girod, F., Spandau, Poted. Str. 19.
Hermann, Lychenerst. 5. Eig. Fabrikate.
Jehnichen, Rixdorf, Kais.-Friedr.-Str. 18
H. Lerche, Schöneberg, Kolonnenstr. 81
A. Rieke, Badstr. 11, Bezüge billigst.
Herm. Rosenky, W. Kaiserstr. 4.
G. Schlosszner, Warschauerst. 86.

Seifen

Gustav Gambal, Kantstr. 64.
Heidke, Paul, Burgsdorfstr. 12.

Teppiche u. Gardinen

J. A. Schulz Weinbergsweg 16 I.

Trauer-Magazin

Westmann
Mohrenstr. 37 a. Gr. Frkf. Str. 115.

Uhren u. Goldwaren

Oscar Alding, Charl., Krummestr. 20.
J. Behrendt, Wrangelstr. 32.
Otto Brauer, Müllerstr. 164.

Charlottenburg Spandauerst. 30 a. L. Hirsch, fr. Trenk

Max Elsermann, Charl., Kehrigstr. 14.
Brüggemann, Reinickendorferstr. 96.
Bürger, Jul., Müllerstr. 6.
Max Busse Brunnenstr. 176/177.
W. Elsolt, Charl., Wilmersdorferstr. 111.
Ellinghausen, Gebr., Grüneweg 46.
Fenske, S., Kottbusserdamm 96
P. Fischer, SO., Michaelkirchstr. 8
J. Gebhardt Charlottenburg, Berlinerstr. 124.
George, Adolph, Badstr. 65.
Ernst Gräber, Brunnenstr. 78.
M. Graupner Bülowstr. 57, Lief. d. Konsum-Gen., Berlin u. Ums.
H. Kammler, Charl., Krummestr. 20
M. Kariel Brunnenstr. **118.**
Knisbusch, W., Frft. Chausseeo 61
E. Knuth, Berhagen, Sesstagstr. 3
B. Lechtermann, Dreyse-E. Wilsnackerst.
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40.
Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 22.

Lüders, H., Schöneberg, Kolonnenstr. 55.

Nolte, K., Simon-Dachstr. 12.

Rudolf Plunz, Brunnenstr. 112. Brunnenstr. 81
Quitzow, Joh., Müllerstr. 18.
Emil Quade Schöneberg, Hauptstr. 148.
Carl Schlewinsky, Koppenstr. 4.
R. Schmelz, Reichenbergerstr. 143
Willy Schmidt, Friedenstr. Rheinstr. 12.

Gustav Scholz Schöneberg Hauptstr. 155.

Schönemann, G., Ri., Berl.-Str. 73.
F. Schönwitz, Berl.-O., Gaselerstr. 37
W. Schultze, Hasenheide, Neue Bahnhofstr. 32
Schumacher, O., Tegel, Berl.-St. 5a.
Schulz, Osw., Frankf. Allee 24.
Gust. Schoder, Oranienstr. 135-36.

W. Stendel Swinemünderstr. 86 Ecke Lortzingstr.

Max Storch, Elbingerstr. 100.
M. Tomechna Nchf., Brückenstr. 16.
Paul Treak, Charl., Spand.-Str. 32.
A. Trenner, Wilhelmsruh, Rathstr. 12.
Truxa, W., Frankft. Allee 189.

Uhren- u. Goldwaren-Industrie
Berlin 220, Lindenstr. 16. Beste direkt. Bezugsquelle! Katalog gratis. Versand nach auswärts. Billigste Preise.
R. Weise, Nowawes, Priesterst. 74
Wittig, Ad., Rixdorf, Berlinerstr. 44.
Zabel Nchf., Charlbg., Berlinerstr. 118.

Versicherungen

„Deutschland" Berlin
Arbeiterversicherung — Sterbekassenversicherg. Schützenstraße 5.
„Friedrich Wilhelm"
Berlin W 8, Behrenstr. 58—61
Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeiterversichg. Mit u. ohne ärztl. Untersuchung. Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge
„Iduna" zu Halle a. S.
Berlin, Charlottenstr. 82
Volks- und Lebensversicherung.

Warenhäuser

Warenhaus M. Hirsch
Spandau

Wilh. Herm. Lesser
Kolonst. 54 **Schöneberg** Kolonst. 54
Bei jedem Einkauf Rabattm.

Weine, Liköre u. Fruchtsäfte

Hugo Beling
60 Filialen in allen Stadtteilen.
Bettinger, E., Wall-Str. Wicklefstr.
Eile m. Weyle, Likörfabr., Gerichtstr. 16.
Großd. „Zur Sonne", P. Freudenberg
Martin, Bruno, Ri., Hermannspl. 3.
Ignatz Sello **Brunnenstr. 16 und Filialen.** Einzelverk. z. Engr.-Preis

Conrad Großdestillation Oranienstr. 207.

Waschmittel

Verlangen Sie „Edelweiß"
Krone aller Waschmittel.

Weiß-, Wollw., Trikot.

Ahlscher, Gust., Chorinerstr. 75.
H. Barts, Schönhauser Allee 107.
Bredow, Otto, Ri., Hermannstr. 56
M. Gardels Beusselstraße 76 Tauroggenerst. 10
Georgi, Ernst Kraut Str. 51a.
Hoffmann, Carmen Sylvastr. 6
Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.
Julius John Lortzingstr. 9. Dunkerstr. 1.
Jonas, Hermann Küstrin.-Pl. 1. Inselst., Belfiel.
Juncker, H. Rixdorf, Hermannstr. 172.
Carl Klein, Höchststr. 16, N.O. 18.
Robert Kutsche, Gubenerstr. 56.
Kriebel, Schöneberg, Leutheust. 5
A. Kaesler, Caprivistr. 5.
Ch. Loewy, Rixdorf, Bergst. 52/53 vis-a-vis der Kirche.
Meyer, Bernauerst. 12, (Arbeiterhemden)
Nachmann, Hillerstr. 131a, Kong.-Lise.
Fr. Ollwetzki, Alte Jakobstr. 137.
Schaefer, Hussitenstr. 43.

M. Schaefer
S.-W. Hollmannstr. 43 :: W. Massenstr. 17.

Schrom, Lina, Mirbachstr. 31.
Otto Seelisch, Kochhanstr. 8.
Hermann Meyer, Schivelbeiner St. 21.
J. Stein Reinickendf. W. Scharnweberst. 116

Ad. Schäfer Nchf.
SO. Admiralstr. 4.

L. Schneider, Weberstr. 61.
A. Tschaege Elisabethkirchstr. 13 Wäsche, Bettfedern.
Thurow, O., Charlbg., Cauerstr. 14
L. Vierarm, Zionskirchstr. 34.
E. Voigt, Reinickendorf, Amsterstr. 161.
Albert Vogt Urbanstr. — 31. —

Wild u. Geflügel

C. Dittmann Rixdorf, Berliner Str. 42.
P. Hildebrandt Brunnenstraße 122.
Schmidt, E., Spandau, Havelst. 19
Zastrow, Landsberger-Allee 147. Fische.

Zahn-Atelier

E. Bade, N. Schönhauser Allee 43, I.
Hollbruch, Herm., Pankst. 5, gegr. 1871
Heröd, H., Elsasserst. 87, a. Rosenthal. Pl.
Jordan, Alfr., Fennstr. 61, gegr. 1883.
Körber, O., Reinickendf. Chausseestr. 306
Witte, Max Muskauerstr. 16 Ecke Mauerstr.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"

Berlin C. A. Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. R. Hackelbusch, Petersburger Platz 4. **Gustav Vogel**, Koppenstraße 32. **R. Wengels**, Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. P. Jucht, Immanuelkirchstr. 12. **J. Neul**, Barnimstr. 42.
N. W. Baumann, Rheinsberger Str. 67. **F. Trapp**, Stettiner Str. 10. **Karl Marx**, Greifenhagener Str. 27. **J. Hönisch**, Nazarethkirchstr. 49. **H. Vogel**, Lortzingstr. 37. **A. Tietz**, Invalidenstr. 124. **P. Dechand**, Ruheplatzstr. 24.
NW. Karl Anders, Salzwedelerstr. 8. **Lawerenz**, Gotzkowskystr. 29.
SW. H. Werner, Gneisenaustr. 72. **Dachn**, Hagelberger Str. 27.
S. St. Fritz, Prinzenstr. 31. **F. Lehmann**, Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. **P. Horsch**, Engelufer 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Sesenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Pielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst. Richard Küter, Rödelstr. 9, II.
Köpenick. Emil Wihler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seifel, Barkenbergstr. 1.
Nieder-Schöneweide. Gehrt, Britzer Str. 6.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17 II.
Pankow. Otto Rissmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gursch, Provinzstr. 56, Laden.
Rixdorf. M. Heinrich, Reckestr. 2. **Conrad**, Hermannstr. 50. **E. Rohr**, Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg. A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg. Wilhelm Bäumler, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Breitestr. 64.
Steglitz. H. Bernsee, Albrechtstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Berlinerstr. 62.
Treptow. Robert Gramenz, Kiesholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. **Schillert**, König-Chaussee 39a
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmsaue 26, Hof parterre

Ueberall zu haben in Dosen à 10 und 20 Pfg.
Fabrik: Lubszynski & Co., Berlin NO.

Ohne jede Anzahlung
verkaufe ich **Pianos** erstklassiges Fabrikat (9mal prämiiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. 32/14*
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nchfg., **Berlin, Ansbacher Str. 1** Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10416.
Auch Sonntags geöffnet.
Gegründet 1830. Gegründet 1830.

Ausstellung „Die Frau in Haus und Beruf"
Ausstellungshalle am Zoologischen Garten.
Beachten Sie gefl. unsere interessante Ausstellung von
Singer-Nähmaschinen
und die damit angefertigten Kunststickereien und Näharbeiten für Konfektionszwecke im **Obergeschoß der Halle II, Abteilung 103.**
Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.
Berlin, Leipziger Straße 92,
Läden in verschiedenen Stadtteilen.

Größtes Spezial-Geschäft sämtlicher **Gastwirts-Artikel.**
L. Katz & Co.,
Spandauerstr. 45, am Molkenmarkt.
Filialen:
Rixdorf, Bergstr. 65, am Bahnhof.
Brandenburg a. H., Hauptstr. 59-60.

Malchower Kautabake
Nur echt, wenn mit Zetteleinlage
Johann Dannehl, Malchow.
Generalvertrieb durch **Carl Röcker,**
Kat. 3861. **Berlin O 27, Grüner Weg 119.**

Straße 22a an der Müllerstraße
jetzt **Otavistraße**
habe ich in meinen neu erbauten, elegant ausgestatteten Häusern noch einige 264/17*
1- und 2-Zimmer-Wohnungen
mit **Warmwasserversorgung** per 1. April **billig** zu vermieten.

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger.** — Gegen **30 Pfennig** auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hilfe.** Der Schmerz ist in **5 Min.** fort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (20 Pf.): **Salomon-Apotheke,** Charlottenstraße 54. — **Greif-Apotheke,** Bernimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: **Rosen-Apotheke, Würzburg.**

Verlangen Sie bei Ihren Einkäufen
„Schwarz" Bouillonwürfel
„Problem" Bouillonwürfel
„Schwarz" Saucenwürfel
„Schwarz" Suppenwürfel
SCHWARZ & Co., BERLIN SW. 68
Suppenwürfelges. m. b. H., Alexandrinenstr. 135/136

Möbel liefert auf bequeme **Teilzahlung** bei **kleinster** Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Verantwortlicher Redakteur: **Albert Wachs, Berlin.** Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die Gemeindewahlbewegung.

Tegel. Heute, Mittwoch, den 6. März, finden die Ersatzwahlen zur Gemeindevertretung statt. Es ist in jedem Bezirk ein Ansässiger zu wählen.

Die Wähler des 1. Wahlbezirks wählen im kleinen Saal des „Tuskulum am Tegeler See“, Hauptstraße 17a. Kandidat ist Genosse Ernst Rentner.

Die Wähler des 2. Wahlbezirks wählen im Saal des Lokals „Bellevue“, Spandauer Straße 2. Kandidat ist Genosse Karl Radunz.

Parteigenossen! Von der Bürgermeisterpartei werden die größten Anstrengungen gemacht, um uns die Mandate streitig zu machen. Jeder gehe so früh wie möglich zur Wahl! Die Wahlzeit ist von 12—7 Uhr.

Friedenau. Nach der nun erfolgten amtlichen Bekanntmachung finden die Wahlen für die dritte Klasse am Montag, den 18. März, von mittags 12 bis abends 8 Uhr statt. Zum ersten Male wird die Wahl nach Bezirken vorgenommen, und zwar ist der Ort in zwei Bezirke eingeteilt, deren Grenze die Schmargendorfer und Wiesbadener Straße bildet. Der Teil nördlich dieser Straßen bildet den ersten, und der südliche Teil den zweiten Wahlbezirk. Es sind in der dritten Klasse fünf Gemeindevertreter zu wählen, hiervon zwei durch die Vermehrung der Gemeindevertreterzahl, zwei Ergänzungswahlen und eine Ersatzwahl für den verstorbenen Gemeindeverordneten Hendrich. Drei von diesen fünf Vertretern müssen Hausbesitzer und zwei Nichtansässige sein. Da unsere Genossen einen geeigneten Hausbesitzerkandidaten am Orte nicht haben, gehen sie bei dieser Wahl mit der „Demokratischen Vereinigung“ zusammen, die die Hausbesitzerkandidaten aufstellt. Für unsere Partei kandidiert für den ersten Bezirk der Genosse Paul Marowski, Maurer, für den zweiten Bezirk Genosse Richard Hagen, Mechaniker. Die Gegner, vom Kegelklub bis zum Reichsverband, arbeiten fieberhaft, um uns die Mandate streitig zu machen. Pflicht unserer Genossen ist es, nun alles daran zu setzen, damit diese Hoffnungen illusorisch werden.

Bohnsdorf. In der öffentlichen Gemeindewählerversammlung, die am Sonnabend in der „Villa Kahl“ tagte, referierte Genosse Wermuth. In einstündiger Rede entrollte der Vortragende unser Kommunalprogramm, beleuchtete an der Hand zahlreicher Beispiele die Rückständigkeit der bürgerlichen Gemeindevertreter in sozialpolitischen Fragen auf dem Gebiete des Wohnungs-, Schul- und Verkehrswesens und forderte am Schlusse zu reger Organisation für die großen politischen Kämpfe der Zukunft auf, die immer notwendiger werden, um mit dem ungerechten Dreiklassenwahlsystem in Staat und Gemeinde aufzuräumen. Reicher Beifall lohnte dem Redner am Schlusse seines Vortrages. In der dem Bericht sich anschließenden Diskussion teilte unser Vertreter Genosse Schiffke mit, daß die Gemeindevertreterwahlen am 18. März für die dritte Abteilung, nachmittags von 5 bis 7½ Uhr, stattfinden. Es scheiden aus für die erste Abteilung: Herr Otto Schulz, für die zweite Abteilung: Herr Aug. Kümmeritz, dritte Abteilung: Fabrikdirektor Rickelt. Ein Antrag unseres Vertreters, die Wahl an einem Sonntag stattfinden zu lassen, wurde von den Herren abgelehnt. In allen drei Abteilungen ist je ein Nichteingesessener zu wählen. Hierauf hielt unser Kandidat der dritten Abteilung, Lagerhalter Genosse Reinhold Schulz, eine kurze Ansprache, in welcher derselbe nachwies, wie notwendig es ist, daß die Arbeiterschaft im Gemeindeparlament in größerer Zahl vertreten sein muß. Am Schlusse forderte der Leiter der Versammlung, Genosse Krelch, auf, bis zum Wahltage tüchtig zu agitieren, damit unser Kandidat als Sieger aus dem Wahlkampfe hervorgeht.

Herzfelde. Die Kommunalwählerversammlung, die am Sonntag im Restaurant „Zum goldenen Stern“ tagte, war leider nur schwach besucht. Der Referent Genosse Brückner erntete nach seinem Vortrag über das Thema: „Kommunalwesen“, in dem er insbesondere das ungerechte Dreiklassenwahlsystem einer gehörigen Kritik unterzog, reichen Beifall. Als Kandidaten der dritten Abteilung wurden die Genossen Friedrich Wislaug und Karl Schröder aufgestellt. Es steht zu hoffen, daß beide Kandidaten ins Gemeindeparlament gewählt werden.

Die Wahlen der dritten Abteilung finden statt: a) die Ersatzwahl für den von hier verzogenen Gemeindeverordneten Otto Schröder am Dienstag, den 12. März, nachmittags 8 Uhr, b) die Ergänzungswahl zur dritten Abteilung am Mittwoch, den 13. März, nachmittags 8 Uhr, im Vulprechtschen Saale, Hauptstr. 63. Wie hieraus ersichtlich, hat der Gemeindevorstand die Wahlen auf zwei Tage ausgedehnt, die Wahlen zur ersten und zweiten Klasse sind nur auf einen Tag gelegt. Die Gründe hierfür sind so durchsichtig, daß die Wähler der dritten Klasse erkennen werden, worauf die Behörde hinaus will. Jeder Wähler sollte aber hieraus die Konsequenzen ziehen und trotz mancher Schwierigkeit an beiden Tagen sein Wahlrecht ausüben, damit die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt werden. Die Bürgerlichen machen die verzweifeltsten Anstrengungen, den Sieg an ihre Fahnen zu heften.

Hermsdorf. In besondere Unkosten stürzt sich zu der am Sonntag, den 10. März, hier stattfindenden Gemeindewahl der bürgerliche Wahlausschuß, um seinen, gegen den sozialdemokratischen Kandidaten durchzubringen. Uns werden zwei Flugblätter überbracht, die am Donnerstag an die Post- und Bahnbeamten sowie die Arbeiter verbreitet werden sollen. In dem einen der beiden Flugblätter wird besonders gegen die Sozialdemokratie Stimmung gemacht und der bürgerliche Kandidat Herr Telegraphenbeamter Hintringer als derjenige hingestellt, der allein „für das Wachsen und Gedeihen Hermsdorfs“ wirke. „Wir wollen in unserer Gemeindevertretung“, so heißt es, „staatstreue Männer und keine „Umstürzler“. Mit solchen ganz nach Reichsverbandsmanier aufgestellten Phrasen dürfte der bürgerliche Wahlausschuß nicht einmal bei den sich in Abhängigkeit befindlichen Eisenbahnarbeitern, geschweige denn bei der übrigen Einwohnerschaft Anklang finden. Das segensreiche Wirken der sozialdemokratischen Gemeindevertreter im Interesse der Allgemeinheit auf allen Gebieten des kommunalen Lebens ist denn doch zu bekannt, als daß es durch einen Herrn Blume (Major z. D.) und tutti quanti durch abgeleierte Tiraden in Frage gestellt werden könnte.

Bruchmühle. Eine öffentliche Wählerversammlung fand am Sonntag bei Kuhner statt. In leicht faßlicher Weise referierte Genosse Dupont über: „Die bevorstehende Gemeindewahl“. Als Kandidaten sind aufgestellt: in der dritten Klasse Genosse Lindholz und in der zweiten Klasse Genosse Biedermann. Wenn jeder am Wahltage seine Pflicht erfüllt, so muß der Sieg unser sein.

Lobeburg (Oberbarnim). Ueber das Thema: „Pflicht und Aufgabe einer modernen Gemeindevertretung“ referierte in einer am Sonntag im Lokale des Herrn Sommer tagenden öffentlichen Versammlung Arbeitersekretär Genosse Robert Fendel. Der Referent zeigte in eingehender Weise, wie eine moderne Gemeindevertretung aussieht, welche Pflichten und Aufgaben dieselbe zu erfüllen hat. Damit auch am hiesigen Orte bessere Zustände geschaffen würden, sei es notwendig, daß jeder Arbeiter am Tage der Wahl den sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme gebe. In der Diskussion wurde von mehreren Genossen das Verhalten der Kirchengemeinde bei der Beerdigung des Genossen Günther und seine Beisetzung am Zaune scharf kritisiert. Von den anwesenden bürgerlichen Herren Gemeindevertretern meldete sich keiner zum Wort. Als Kandidaten zur Gemeindevertretung wurden für die zweite Klasse Genosse Christian Schulz, für die dritte Klasse die Genossen Willi Soellner und Albert Noack aufgestellt.

Diedersdorf. Die Gemeindewahl findet hier am Sonnabend, den 9. März, statt. Zu wählen ist für alle drei Abteilungen je ein Vertreter. Die Kandidaten der ersten und zweiten Klasse können Nichtangesessene sein, während in der dritten Klasse ein Angesessener zu wählen ist. Die Wahl in der dritten Klasse findet zuerst und zwar nachmittags von 4—5 Uhr, die der zweiten Klasse von 5—5½ Uhr und die der ersten Klasse von 5½—6 Uhr statt. Die Arbeiterschaft wird ersucht, trotz der ungünstig festgesetzten Wahlzeit sich an der Wahl zu beteiligen und ihre Stimme für die sozialdemokratischen Kandidaten abzugeben.

Nieder-Schönhausen. Die Wahlen zur Gemeindevertretung finden für die dritte Klasse am Sonntag, den 10. März, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr statt. Die zweite Klasse wählt am Montag, den 11. März, von 1 bis 6 Uhr nachmittags, die erste Klasse von 8 bis 8½ Uhr abends. Das Wahllokal ist für sämtliche Klassen das Restaurant von Liedemit (Am Kirchplatz). Jeder Wähler erhält vom Gemeindevorstand eine Legitimationskarte zugestellt, welche im Interesse einer glatten Abwickelung des Wahlgeschäfts vorzuzeigen ist.

Bei den bevorstehenden Gemeindewahlen wird der Kampf um den Erwerb der Mandate der dritten Klasse besonders heftig werden, da nicht weniger als fünf Vereine gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft zu Felde ziehen. Die beiden Grundbesitzervereine haben diesesmal dem Beamtenverein die dritte Klasse überlassen und wollen die zirka 300 Forensenstimmen zu dessen Gunsten abgeben. Außerdem haben der Verein der Geschäftsleute, sowie der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband ihre Unterstützung zugesagt.

Parteigenossen! Nur noch wenige Tage trennen uns von der Wahl; agitiert was in Euren Kräften steht! Es wäre geradezu beschämend für uns, wenn die Partei, die am Orte bei der Reichstagswahl die größte Stimmenzahl aufgebracht hat, nicht imstande wäre, trotz der 300 Papierstimmen ihren beiden Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Ferner ersuchen wir, in den nächsten Tagen die die Wahl betreffenden Veröffentlichungen im „Vorwärts“ zu beachten.

Wahlergebnisse.

Kaulsdorf. Auch hier zieht nunmehr der erste Sozialdemokrat in das Dorfparlament ein. In der am Sonntag, den 3. März, stattgefundenen Gemeindevertreterwahl wurde unser Genosse Heinrich Schmidt mit 116 gegen 113 bürgerliche Stimmen gewählt. Dem Genossen Wilhelm Beyer fehlten 6 Stimmen an der absoluten Mehrheit; es findet deshalb eine engere Wahl zwischen ihm und dem bürgerlichen Kandidaten am Sonntag, den 17. März, von 12 Uhr bis 5 Uhr nachmittags statt. Pflicht aller Wähler der dritten Klasse, die ihre Interessen wirklich wahrgenommen wissen wollen, ist es, dem Kandidaten der Sozialdemokratie, Wilhelm Beyer, die Stimme zu geben. Auf zum neuen Kampf, zum neuen Sieg!

Partei-Angelegenheiten.

Zur Landtagswahl im zweiten Landtagswahlbezirk.

Am Dienstag, den 12. März d. Js., finden im 2. Berliner Landtagswahlbezirk folgende engere Wahlen und Neuwahlen von Wahlmännern statt.

A. Engere Wahlen.

24. Stadtbezirk. 50. Urwahlbezirk. Dönhoffplatz, Jerusalemer Straße 10—13 und 42—47, Kommandantenstr. 1—4 und 80—89, Krausenstr. 34—43, Leipziger Str. 51—55 und 69—79, Lindenstraße 53/58, Schützenstr. 25—51 (1514). 3. Abteilung 1 Mandat.

Wahllokal: Schützenstr. 33 bei Lorenz.

52. Stadtbezirk. 145. Urwahlbezirk. Großbeerenstr. 1, Hallesche Straße 1—14, Königgrätzer Str. 38—52, Möckernstr. 135—147 (1622). 3. Abteilung 1 Mandat.

Wahllokal: Königgrätzer Str. 39 bei Müller.

58. Stadtbezirk. 167. Wahlbezirk. Hornstr. 18—23, Yorckstraße 1—14 und 80—90 (1517). 3. Abteilung 1 Mandat.

Wahllokal: Yorckstr. 85 bei Holleufer.

B. Neuwahlen.

21. Stadtbezirk. 42. Urwahlbezirk. Kochstr. 75, Königgrätzer Straße 118—125, Prinz-Albrecht-Straße, Wilhelmstr. 35—42 und 43—56 und 82—104 (1609). 1. Abteilung 1 Mandat, 2. Abteilung 1 Mandat.

Wahllokal: „Architektenhaus“, Wilhelmstr. 92/93.

25. Stadtbezirk. 54. Urwahlbezirk. Junkerstr. 21, Kochstr. 22 bis 35 und 46—58, Markgrafenstr. 17—20 und 79—84 (1505). 1. Abteilung 1 Mandat.

Wahllokal: Kochstr. 33/34 bei Schulze.

28. Stadtbezirk. 63. Urwahlbezirk. Belle-Alliance-Platz 10a bis 11, Friedrichstr. 1—17 und 235—237, Lindenstr. 108—116 (1627). 1. Abteilung 1 Mandat.

Wahllokal: „Lindentheater“, Lindenstr. 110.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, den 17. März, findet eine Uranlavorstellung statt. Zum Vortrag gelangt: Aus dem Leben des Meeres. Eröffnung des Physiksaales 1 Uhr, Beginn der Vorstellung 2 Uhr. Billetts inkl. Garderobe a 60 Pf. sind noch in genügender Anzahl beim Kassierer Schmidt, Kirchbachstr. 14, vorn hochparterre, zu haben.

Friedenau. Am Mittwoch, den 6. März, abends 8½ Uhr: Oeffentliche Gemeindewählerversammlung im „Kaiser-Wilhelm-Garten“. Tagesordnung: Vortrag des Reichstagsabgeordneten G. Thöne über: „Sozialismus und Kommunalismus“. Die Genossen werden ersucht, für guten Besuch Sorge zu tragen.

Der Vorstand.

Adlershof. Heute Mittwoch, abends 8½ Uhr, im Lokale des Genossen Kaul, Bismarckstraße 16: Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Friedrichshagen. Donnerstag, den 7. März, abends 8½ Uhr, bei Lerche, Friedrichstr. 112: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht aus der Gemeindevertretung. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevertreterwahl. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Britz-Buckow. Heute abend von 7 Uhr ab Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Birkenwerder. Am Mittwochabend 8½ Uhr findet beim Genossen Feuerstack ein Extra-Zahlabend statt, welcher sich mit der am Sonntag stattfindenden Gemeindevertreterwahl beschäftigen wird. Das Erscheinen sämtlicher Genossen ist notwendig.

Die Gemeindevertreterwahlen finden in Birkenwerder für die III. Abteilung am Sonntag, den 10. März, nachmittags von 2—5 Uhr, im Restaurant „Seeschlößchen“ statt. Kandidat ist der Genosse Otto Krüger. Hoffentlich gelingt es diesmal, unseren Genossen in die Vertretung hineinzuwählen.

Buckow. Donnerstag, den 7. März, abends 8 Uhr, im Lokale von Karl Klein, Chausseestraße 12: Oeffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Gemeindewahl. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Das Wahlkomitee.

Berliner Nachrichten.

Polizei und Gericht.

Im Metternich-Prozeß ist von dem Verteidiger konstatiert worden, daß Schutzleute die Tür des Gerichtsgebäudes zur Straße besetzt hielten und niemanden zur öffentlichen Verhandlung heraufließen.

Der Vorsitzende fand das unerhört.

Ich nicht.

Ich habe von jeher von einem Sitzungssaal den Eindruck der „guten Stube“ gehabt: hier geht es ja noch (verhältnismäßig) anständig zu — aber draußen! — Der preußische Subalternbeamte — um jedem Mißverständnis vorzubeugen, ich meine Gerichtsdiener, Schutzbeamte und dergl. Säulen — weiß genau, daß ihm nichts geschieht! — Die Autorität des Richters . . . Ich habe erlebt, daß in einem Strafprozeß der Vorsitzende zu dem betr. Schutzmann sagte: „Sie haben den Angeklagten vorgeführt — Sie können nun den Saal verlassen.“ — Der Mann blieb dick und wurstig sitzen. Der Richter schwieg . . .

In dem Fall in Moabit ist eine von 1000 Ungesetzlichkeiten zufällig zu Ohren des Richters gekommen. Die Herren pflegen sonst derartige Klagen mit der Konstatierung abzuweisen, das sei nicht ihr Ressort.

Unsere Richter verurteilen, ordnen an, sprechen frei.

Sie könnten viel mehr. Sie könnten die Widerlichkeiten der Untersuchungshaft mildern — in der „Aktion“ veröffentlicht Alfred Bader aus Hamburg einiges aus seinen Erlebnissen: er war in dem Prozeß gegen Kielmeyer und 9 Genossen wegen angeblicher Verleitung zur Desertation in Untersuchungshaft gesteckt worden, und es war alles reglementsmäßig hergegangen — aber hier wie bei der Polizei mäßig gebildetes Material, Feldwebel, Subalterne, die wissen, daß das Zuchthaus hinter ihnen steht — daher der Mut! —

Aber der Richter läßt sich und den Opfern schon manches gefallen, er weiß, die Leute kann er brauchen.

Schulschwänzer und Umhertreiber

machen den Pädagogen — den Eltern, wie den Lehrern — nicht wenig zu schaffen. Manche Kinder erliegen immer wieder der Neigung, sich dem Schulunterricht zu entziehen oder ganze Tage und Nächte dem Elternhaus fernzubleiben. Gegenüber so einem unverbesserlich scheinenden Rückfälligen wird schließlich zu dem Allheilmittel der Fürsorgeerziehung gegriffen, in der dann ein sonst harmloser Schuleschwänzer und Umhertreiber leicht sich erst noch zu Schlimmerem entwickeln kann. Daß Schuleschwänzen und Umhertreiben oft die Folge eines nicht normalen Geisteszustandes sind, ist nur zu vielen Eltern — und leider wohl auch manchem Lehrer — noch nicht hinreichend bekannt.

Im Zusammenhang mit den neueren Bestrebungen, den geistig nicht einwandfreien Kindern eine besondere Fürsorge zu schaffen, ist auf diesem Gebiet manche Aufklärung verbreitet worden. Ein Mittelpunkt für diese Bestrebungen ist in Berlin der „Erziehungs- und Fürsorgeverein für geistig zurückgebliebene Kinder“, den namentlich Lehrer und Aerzte zu Mitgliedern und den Stadtschulrat Fischer zum Vorsitzenden hat. In der letzten Sitzung des Vereins wurde die Frage nach den Ursachen des Schuleschwänzens und Umhertreibens und nach den Mitteln zur Abhilfe erörtert von dem Stabsarzt a. D. Dr. Stier, der jetzt Privatdozent an der Universität Berlin ist und in der Nervenklinik der Charité die Abteilung für Kinder und Jugendliche leitet.

Ihm sind in mehrjähriger Praxis kranke Kinder und Jugendliche in großer Zahl vor Augen gekommen, und oft hat er beobachtet, daß die Neigung wegzulaufen nur Nebenerscheinung eines krankhaften Zustandes war. Nicht selten aber wurden ihm auch Kinder lediglich wegen dieser Neigung zugeführt, die immer wieder auftrat und den Erziehern schwere Sorge bereitete. Stier stützte sich in seinem Vortrag besonders auf die Krankengeschichte von 120 solchen Kindern. Daß darunter 95 Knaben und nur 25 Mädchen waren, hob er als für die beiden Geschlechter charakteristisch hervor. Ganz vereinzelt hat es als Ursache eine vollendete Geisteskrankheit festgestellt, die ja bei Kindern überhaupt sehr selten schon zu finden ist. Häufiger war es Schwachsinn, unter dessen Einfluß das Kind widerstandslos dem Trieb wegzulaufen erlag. Oft wurde eine Schwäche in der Funktion des Nervensystems beobachtet, in anderen Fällen lagen direkte Mängel des Geisteslebens vor.

In seinen Ausführungen über diese krankhaften Zustände erwähnte Stier allerlei an solchen Kindern beobachtete Erscheinungen, die noch von vielen Pädagogen als bloße „Unarten“ angesehen und mit Strafen bekämpft werden. Bettnässen bei Kindern, die über die drei ersten Lebensjahre hinaus sind, sei immer krankhaft. Auch eine bei Kindern sich bemerkbar machende Ueberempfindlichkeit der Sinne müsse Verdacht erwecken, z. B. eine frühzeitige Abneigung gegen laute Geräusche, eine hohe Reizbarkeit der Hautnerven, auch eine übertriebene Mäkelei an Speisen. Störung des Geisteslebens kündigt sich oft durch unruhige Zappelhaftigkeit an, in anderen Fällen durch Ueberempfindlichkeit gegen Tadel, durch Charaktermängel, wie z. B. Grausamkeit gegen Tiere.

Der Trieb wegzulaufen mache sich geltend besonders unter dem Einfluß von Verstimmungen, die entweder nur von Zeit zu Zeit kommen oder auch andauernd das Kind bedrücken. Dieser Verstimmungszustand werde leicht ererbt und führe oft zu Selbstmorden, die dann in manchen Familien sich häufen. Stier nannte als furchtbarstes Beispiel den fast unglaublichen Fall, daß ihm ein noch nicht ganz drei Jahre altes Kind zugeführt worden sei, das immer wieder „Selbstmordversuche“ gemacht habe, immer wieder zum Fenster hinaufgeklettert sei mit den Worten: „Ich will tot sein“. Das an Verstimmung leidende Kind nehme alles tragisch. Eine Neigung wegzulaufen trete da manchmal schon aus den nichtigsten Anlässen auf, z. B. wenn ein Kind am Abend bei der Heimkehr sich verspäte, oder wenn es seine Rechenaufgabe nicht richtig gelöst zu haben glaube.

Je jünger ein weglaufendes Kind sei, desto begründeter sei der Verdacht, daß es aus einem krankhaften Zustande heraus handle. Bei älteren Kindern dürfe man schon eher einen Mangel sittlicher Art vermuten. Auch wenn ein Mädchen weglaufe, liege der Verdacht eines krankhaften Zustandes nahe, eher als bei weglaufenden Knaben. Manches Kind entweiche unter dem Einfluß eines unwiderstehlichen Triebes sogar unvollständig bekleidet, ohne Jacke, mit Filzpantoffeln usw. Ein Kind sollte ein halbes Brot holen, lief auf dem Heimweg davon und wurde nach zwei Tagen mit dem unangetasteten halben Brot in einem Keller halbverhungert aufgefunden. Andere Ausreißer möchte Stier nicht so ohne weiteres zu den krankhaften zählen, z. B. die aus Neugier umherstreifenden, die aus Furcht vor Prügeln nicht heimkehrenden, die infolge Verführung mitlaufenden. Zu beachten sei auch, wie ein Ausreißer auf der Flucht lebt. Wer z. B. um sich zu sättigen,

Frühstücksbeutel ausräumt, den will Stier eher für sittlich defekt als für geistig krank halten. Den Begriff des Sittlichkeitsdefektes betonte der Vortragende überhaupt so nachdrücklich, wie man es von einem Arzt, dessen Spezialgebiet die Geisteskrankheiten sind, eigentlich nicht erwarten sollte.

Wie kann man nun solche Kinder „kurieren"? Stier nannte da in erster Linie die Unterbringung in Anstalten für Schwachsinnige, für Epileptiker, für Irre, ferner in Erziehungsanstalten, weiter die Ueberweisung zur Fürsorgeerziehung. Bloße Verstimmungszustände seien oft schon dadurch beseitigt worden, daß man die Kinder für einige Wochen in der Nervenklinik der Charité untergebracht habe. Bewährt habe sich in vielen Fällen die Zuweisung an Hilfsschulen. In der Nervenklinik werde manchmal auch zu dem Mittel gegriffen, die Angst der Ausreißer vor Erziehungsanstalten auszunutzen und ihnen damit zu drohen. „Mieltschin hat ein großes Verdienst in dieser Richtung," scherzte der Vortragende. Ein paar Zuhörer lachten über den „Witz", die meisten aber fühlten sich offenbar peinlich davon berührt. Unter den „pädagogischen" Mitteln, die Stier aufzählte, schien ihm dieses letztgenannte nicht das unwichtigste zu sein. Daneben empfahl er auch ärztliche Mittel. Er forderte mehr Schlaf für die krankhaften Kinder, namentlich nochmalige Bettruhe am Tage, etwa nach dem Mittagessen und vor Anfertigung der Schularbeiten. Auch müsse man eine zweckmäßigere Ernährung wünschen, vor allem schon eine kräftigere Morgenkost, eine tüchtige Mehlsuppe statt des Kaffees. Als Kuriosum sei hier erwähnt, daß Stier mit der Empfehlung der Mehlsupep auch der „Verhetzung" entgegentreten will, die den Armen bedauert, weil er sich nicht von Fleisch und Eiern nähren kann.

In der Diskussion antwortete Stadtschulrat Fischer unter anderm auf eine Aeußerung Stiers über die Berliner Fürsorgeerziehung. Er gebe zu, daß sie noch nicht auf der Höhe sei. Aber sie solle jetzt reformiert werden nach dem Vorbild in den Provinzen Hannover und Brandenburg, die Stier gerühmt hatte. Zur Frage der Gewährung kräftigen Frühstücks für arme Schulkinder stellte Fischer fest, daß die von Wohltätern hergegebenen Mittel bei weitem nicht ausreichen. Ein anderer Redner warnte davor, die Erziehungsanstalt als Schreckmittel zu benutzen. Dr. Stier lenkte dann ein und versprach, hierin vorsichtiger zu sein.

Von den Erfahrungen, die die Lehrer mit Schuleschwänzern und Umhertreibern gemacht haben, wurde in der Diskussion leider nicht gesprochen. Man hätte da gern etwas zur Begründung der Strenge gehört, mit der manchmal gerade die Schule gegen solche Kinder vorgeht.

Die Beratungen über den städtischen Etat haben bisher zur Verabschiedung zahlreicher Spezialetats geführt, ohne daß irgendeine Aenderung herbeigeführt worden wäre. Der Etat ist auch so karg bemessen, daß es kaum etwas zu streichen gibt. Die Einnahmen sind aufs höchste angespannt, die Ausgaben aufs kärglichste angesetzt. Die Debatte beschränkte sich bisher in der Hauptsache auf Anfragen, auf die vom Magistratstische aus zum Teil aufklärende Antworten erteilt wurden.

Beim Etat: Grundstücke außerhalb der Stadt wurde die Eingemeindungsfrage mit Treptow angeschnitten und vom Oberbürgermeister eine eingehende Darlegung über den Stand der Dinge gegeben, wobei nochmals betont wurde, die Verständigung mit Treptow nach jeder Richtung hin zu fördern. Aus dem Ausschusse wurde erklärt, daß trotz aller Schwierigkeiten und langwierigen Verhandlungen immer wieder die Eingemeindung Treptows nach Berlin weiter verfolgt werden müsse, weil diese Regelung für beide Gemeinden die beste und vorteilhafteste Lösung aller Schwierigkeiten sei. Bemerkt wurde, daß über die Art der Bebauung des in Treptow belegenen städtischen Geländes nahezu eine Einigung erzielt gewesen sei, die durch kommissarische Verhandlungen im Ministerium endgültig perfekt werden sollte, als noch kurz vor Inkrafttreten des Zweckverbandes der Regierungspräsident eine neue Bauordnung erlassen habe, die die ganze Arbeit der Gemeinde Treptow und die der Stadt Berlin vollständig wertlos mache. Man müsse von vorn anfangen, da die bisherigen Arbeiten auf die frühere Bauordnung sich aufgebaut hätten. Bedauerlich bleibt, daß der Regierungspräsident diese tief einschneidenden Bestimmungen getroffen habe, ohne sich mit Treptow und Berlin in Beziehung zu setzen.

Eine andere bemerkenswerte Debatte entspann sich beim Etat der Gemeindeschulen. Dieser Etat enthält eine Anzahl Bauraten für Schulbauten. Es wurde von bürgerlicher Seite die Frage nach dem Schicksal der 23 Millionen aufgeworfen, die Berlin aus dem Vergleich mit der „Großen Berliner" erhalten hat. Wenn es möglich wäre, von diesen 23 Millionen 4 Millionen zu nehmen, um sie in den diesjährigen Etat als Einnahme einzusetzen und so die Möglichkeit zu schaffen, mit 100 Proz. zu balanzieren, so würden die Schulbauten und auch die anderen Etats ohne Beanstandung passieren. Dann hätten die weiteren Beratungen nur noch unerheblichen Wert. Von sozialdemokratischer Seite wurde diese Anschauung als geradezu frivol festgenagelt. Außerdem sei der Schuletat wiederum sehr stiefmütterlich dotiert. Wo hohe Bauraten eingestellt seien, so nur, weil früher zu geringe Summen bewilligt seien und nun bei Fertigstellung der Schulgebäude große Restsummen bewilligt werden müßten. Unsere Genossen wiesen das Verkehrte einer solchen Finanzgebarung eingehend nach. Dazu komme die große Zahl der Mietschulen, die in Wirklichkeit einen ordentlichen Schulbetrieb gar nicht ermöglichen, sei doch im letzten Winter infolge großer Kälte ein Unterricht in einer Mietschule in der Koloniestraße tagelang nicht möglich gewesen. Das seien Schulzustände, die gar nicht mehr zu verantworten seien. Es sei gar kein Wunder, wenn da die Regierung schon eingeschritten sei, und sie werde in Zukunft das noch öfter tun müssen. Auch die Forderung des obligatorischen Kochunterrichts für Mädchen im letzten Schuljahre wurde erhoben.

Die zweite Lesung dieses Etats wurde ausgesetzt. Man will erst den schriftlichen Bescheid der Aufsichtsbehörden über die Verwendung der 23 Millionen in den Händen haben. Mitgeteilt konnte aber schon werden, daß der Minister diese 23 Millionen bereits in die neue Anleihe eingerechnet habe und daß deshalb eine Verwendung zu laufenden Ausgaben nicht möglich sei.

Beim Etat der Fortbildungsschulen teilte auf Anfrage der Schulrat mit, daß die Einführung der Pflichtfortbildungsschule für den 1. April 1913 bevorstehe. Ein Ortsstatut sei schon ausgearbeitet. Man hoffe, vor den Ferien die Sache im Magistrat zu beraten und dann schleunigst der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

Beim Schließen eines Flugzeugschuppens auf dem Flugplatz Johannisthal verunglückte gestern morgen der Monteur Otto Reetz von den Harlanwerken. Eine der durch Umkippen zu öffnenden Klappen des Schuppens, die nicht richtig verriegelt war, fiel wieder zurück und traf den vor dem Schuppen stehenden Monteur auf den Kopf. Reetz wurde bewußtlos nach der Unfallstation in Johannesthal gebracht, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde. Sodann wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain gebracht. Reetz hat eine Gehirnerschütterung und einen Bruch der Wirbelsäule davongetragen.

Zu dem Selbstmord des Hausdieners Albert Behrend wird uns mitgeteilt, daß B. seit dem 1. Januar 1910 im Obdach in der Fröbelstraße beschäftigt war. Er habe seinen Urlaub nicht dreimal überschritten, sondern er sei am Donnerstag, den 29. Februar, eine Stunde früher fortgegangen, worauf er vom Oberinspektor sofort entlassen worden sei. Die Kündigung sei Freitag mittag erfolgt, am Sonnabendmittag erfolgte die Entlassung. Nachmittag 1/4 4 Uhr erhängte sich Behrend, der sich die Entlassung sehr zu Herzen genommen hat.

Verordnung betreffend Sonntagsruhe und Beschäftigungszeit an den Oster- und Pfingstfeiertagen 1912.

I. Gemäß §§ 105b, Absatz 2, 105e und 41a der Reichsgewerbeordnung, und Nr. 134 und 137 der Ausführungsanweisung zur Reichsgewerbeordnung vom 1. Mai 1904 wird für die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln, Deutsch-Wilmersdorf und Lichtenberg, sowie für die Gemeindebezirke Boxhagen-Rummelsburg und Stralau folgendes bestimmt und hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht:

Im Handelsgewerbe dürfen am ersten Oster- und Pfingstfeiertage 1912, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nur nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen und während folgender Zeiträume beschäftigt werden:

1. Im Milchhandel von 5 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags.
2. Im Handel mit Back- und Konditorwaren einschließlich Konfitüren und mit Fleischwaren von 5 bis 10 Uhr vormittags.
3. Im Handel mit Kolonialwaren, mit Vorkostwaren, mit Bier und Wein, mit Tabak und Zigarren von 8 bis 10 Uhr vormittags.
4. Im Handel mit Roheis von 6 bis 10 Uhr vormittags.
5. In den Zeitungsspeditionen von 4 bis 9 Uhr vormittags.
6. Im Blumenhandel ist die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern am ersten Osterfeiertage von 9 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags, am ersten Pfingstfeiertage von 8 bis 10 Uhr vormittags gestattet.
7. Die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern a) im ambulanten Milchhandel, b) in Molkereien zum Zwecke der Versorgung der Kundschaft mit Molkereiprodukten darf am ersten Oster- und Pfingstfeiertage wie an den übrigen Sonn- und Festtagen gemäß § 2 der Verordnung vom 14. Mai 1910 (Amtsblatt S. 268) von 5 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags ohne Unterbrechung durch die Hauptgottesdienstpause stattfinden.
8. Im Gewerbebetriebe der Bierbrauereien ist am ersten Oster- und Pfingstfeiertage die Versorgung der Kundschaft mit Bier während derselben Stunden gestattet, während deren nach dem obigen (Nr. 3) ein Handel mit Bier in offenen Verkaufsstellen zugelassen ist.
9. Im Gewerbebetriebe der Eisfabriken sind die zur Versorgung der Kundschaft mit Roheis erforderlichen Arbeiten am ersten Oster- und Pfingstfeiertage von 4 bis 10 Uhr vormittags gestattet, und zwar mit der Maßgabe, daß das Ausfahren des Eises an die Kunden auf die Zeit von 6 bis 10 Uhr vormittags beschränkt ist.

II. Am zweiten Oster- und Pfingstfeiertage finden lediglich die allgemeinen Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe Anwendung, wie sie an den gewöhnlichen Sonntagen gelten.

Das Befinden des Augenarztes Dr. Philipp, über dessen Selbstmordversuch wir berichteten, hat sich zwar etwas gebessert, doch ist der Zustand nach wie vor sehr ernst. Der Arzt hat den Vergiftungsversuch unternommen, um durch den Tod der ihn erwartenden schweren Strafe zu entgehen. Auf Grund der gegen ihn von seiner Wirtschafterin Kretschmann erstatteten Anzeige war Dr. Ph. bereits am 1. März in Haft genommen, am nächsten Tage aber wieder freigelassen worden. Das Untersuchungsverfahren gegen ihn hatte schwer belastende Momente ergeben. Nach einer Aussprache mit der K. unternahm Dr. Ph. den Selbstmordversuch. Als diese sah, was sie angerichtet hatte, versuchte sie sich durch Leuchtgas zu vergiften. Ihr Zustand gibt zu Besorgnissen gar keinen Anlaß und dürfte ihre Entlassung aus der Charité bereits morgen erfolgen.

An der Tür erhängt hat sich der 59 Jahre alte Arbeiter Albert Dürre aus der Wriezener Straße 27, der dort bei einem Schankwirt in Schlafstelle wohnte. Was ihn dazu veranlaßte, ist noch nicht bekannt.

Der Todessturz eines dreijährigen Kindes wird aus der Schenkendorfstraße mitgeteilt. Dort wohnten im zweiten Stock des Quergebäudes im Hause Nr. 2 die Familie des Arbeiters Jäschke. Am Sonntagvormittag ging Jäschke aus, während seine Frau auf einer Aufwartestelle zu tun hatte. Seine Schwester reinigte eine Stube. Unterdessen kletterte seine 3 Jahre alte Tochter Edith in einer anderen Stube von einem Stuhl auf einen Tisch, der am offenen Fenster stand, und von diesem auf das Fensterbrett. Sie verlor das Gleichgewicht, fiel kopfüber auf den gepflasterten Hof hinab und zog sich einen Schädelbruch zu. Das verunglückte Kind starb in der elterlichen Wohnung trotz ärztlicher Hilfe schon nach kurzer Zeit.

Aus der Selbstmordchronik. Im Bett erschossen hat sich die 42 Jahre alte Kaufmannsfrau Anna Kühne geb. Lewi, Waterlooufer 1. Die Frau lebte seit zwei Jahren von ihrem Manne getrennt. Diese unglücklichen Eheverhältnisse und drückende Schulden veranlaßten sie, in den Tod zu gehen. Während ihr Dienstmädchen gestern nachmittag in der Küche zu tun hatte, schoß sie sich, im Bette liegend, eine Kugel in den Mund. Das Mädchen, das den Knall hörte und die Dienstherrin in ihrem Blute daliegen fand, holte rasch einen Arzt. Dieser konnte aber nur noch den Tod feststellen. — Die Trennung von ihrem Manne hat auch die 36 Jahre alte Werkmeisterfrau Lina Frattini aus der Chausseestraße 42 in den Tod getrieben. Eine geborene Deutsche, war sie mit dem Italiener Enrico Frattini, der Werkmeister in einer hiesigen Gipsfigurenfabrik ist, seit vier Jahren kinderlos verheiratet. Ihr Mann, der sechs Jahre jünger ist als sie, besuchte viel den Sportpalast und erregte dadurch ihre Eifersucht. Das führte wiederholt zu heftigen Auftritten. So auch wieder am letzten Freitag. Daraufhin verschwand Frattini am Sonnabend. Auch nach der Fabrik kam er nicht wieder. Aeußerungen zu Bekannten lassen darauf schließen, daß er nach Italien zurückgekehrt ist. Die verlassene Frau, die durch Schneidern den Lebensunterhalt miterwarb, teilte gestern ihrer Schwester durch einen Brief mit, daß sie aus dem Leben scheiden wolle. Als die Schwester abends um 10 Uhr kam, hing sie mit einer Zuckerschnur um den Hals tot am Bettpfosten. — Das Ende eines Mannes wird aus der Liebenwalder Straße gemeldet. Dort hauste für sich allein der 43 Jahre alte Arbeiter Ewald Klug auf dem Grundstück Nr. 26, nachdem sich seine Frau von ihm getrennt hatte. Als die Frau gestern nachmittag um 5 Uhr mit einem Kriminalbeamten nach seiner Wohnung kam, um Papiere, die sie brauchte, von ihm zu fordern, fand sie ihn tot auf. Er hatte sich mit Lysol vergiftet — In einem Anfalle von Geistesgestörtheit ist der 19 Jahre alte Johann Bernhard aus der Kreuzstraße 14 zu Pankow in den Tod gegangen. Seine Leiche wurde gestern in Alt-Moabit aus der Spree gelandet. Der junge Mann, der als Knabe von acht Jahren von einem Karussell gefallen war, hatte seitdem ein Nervenleiden. Er war seit längerer Zeit vermißt.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst teilte der Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter Genosse Molkenbuhr mit, daß der Magistrat beschlossen habe, die Krankenhausbaudeputation aufzulösen, da deren Funktionen beendet seien. Ferner sollen 9600 M. nachbewilligt werden zur Beschaffung von Inventarien und Subsellien für die Kapelle und das Verwaltungsgebäude auf dem neuen Friedhof im Südostgelände. Genosse Küter fragte an, wann endlich die Arbeiten ihrer Vollendung entgegengehen; bereits seit 1½ Jahren werde daran gebaut, ohne daß die Arbeiten fortschreiten. — Stadtrat Schüler erklärte, daß alles bis zum Mai fertig sein soll. Die Summe wurde bewilligt. — Nunmehr gelangten die vertagten Etats zur Verhandlung. Stadtverordneter Bamberg (Lib. Frakt.) berichtete über den Krankenhausetat und glaubte mit besonderer Genugtuung darauf hinweisen zu müssen, daß für Erhöhung der Löhne jährlich 22 000 M. mehr ausgegeben werden als bisher. Die Ausführungen der Sozialdemokraten, die da meinten, eine Mehrausgabe für Lohnerhöhungen träfe nicht zu, seien demnach unzutreffend gewesen. — Genosse Küter wies sofort nach, daß diese Kategorie Arbeiter unter der allgemeinen Lohnerhöhung gar nicht einbezogen sei, dafür habe eine frühere Gehaltsregelung stattgefunden, an der auch Herr Bamberg mitgewirkt hat. Der Berichterstatter teilte ferner mit, daß eine Ventilationsanlage vorhanden sei, die jährlich an 22 000 M. für Verzinsung und Amortisation verschlinge, die aber gar nicht benutzt werden könne, weil dieselbe ein starkes Geräusch hervorrufe und auf die Kranken außerordentlich störend wirke. Beim Feuerlöschetat wurde beschlossen, die Umwandelung des bespannten Feuerlöschzuges in einen Automobillöschzug baldigst in die Wege zu leiten. Des weiteren sollte die Spitze des an der Speyerer und Martin-Luther-Straße vorhandenen Inselperrons beseitigt werden. Dies wurde abgelehnt, weil dadurch an 11 000 M. Kosten entstehen. Für die Krankenbeförderung sollen die Sätze erhöht werden; hierzu will der Magistrat eine besondere Vorlage bringen. Am 1. April sollte versuchsweise eine Klasse zur Ausbildung zukünftiger Buchhalterinnen eingerichtet werden; dies wurde vertagt, um erst die Erfahrungen der neu eröffneten Verkäuferinnenklasse abzuwarten.

Vom Reingewinn der Sparkasse kann der Stadt zu außerordentlichen kommunalen Bedürfnissen ein Drittel überwiesen werden. Hiervon wird Gebrauch gemacht, indem für den Erweiterungsbau der städtischen Heimstätte in Sternberg 14 000 M., für Bauten am Kindererholungsheim in Boldixum 14 000 M., Beitrag zum Sammelfonds zur Errichtung eines städtischen Säuglings-, Schwangeren- und Wöchnerinnenheims 5000 M., für Zwecke der Jugendpflege 2100 M. und 13 648 M. als Beitrag zu einem zu begründenden Sammelfonds zur Errichtung von städtischen Wohlfahrtsanstalten, insgesamt 48 748 M., verwendet werden. — Hepner (kom.-fortschr. Frakt.) meinte, in der Sozialpolitik marschiere Schöneberg an der Spitze, man sollte nun endlich Einhalt tun, damit nicht fortwährend neue Steuern erhoben werden müßten. — Genosse Küter betonte demgegenüber, davon könne gar keine Rede sein, daß die hiesige Stadt in puncto Sozialpolitik an der Spitze marschiere. — Genosse Peterson ersuchte um Auskunft, wie der Betrag für Jugendpflege verwendet wird. — Oberbürgermeister Dominicus teilte mit, daß der Gesundheitszustand der Fortbildungsschüler zu außerordentlichen Bedenken Anlaß gegeben habe. Eine Untersuchung des städtischen Schularztes hat ergeben, daß ungefähr 40 bis 45 Proz. der Schüler körperlich schwach sei; hier müsse Abhilfe geschaffen werden.

Hierauf mußte nochmals über die Ordnung für die Besteuerung von Kinematographen sowie Veranstaltungen auf Radrennplätzen beraten werden, da der Bezirksausschuß einige Abänderungen verlangt. — Stadtv. Engel (Lib. Frakt.) erklärte sich mit den vorgeschlagenen Aenderungen vollständig einverstanden; er hoffe, daß auch die übrigen Fraktionen, und ganz besonders die Sozialdemokraten, den Widerstand aufgeben werden. — Genosse Küter betonte, daß sich in der prinzipiellen Auffassung der hiesigen Sozialdemokratie über die Besteuerung der Kientöppe nicht das geringste geändert habe; sie lehne die Steuer nach wie vor ab.

In der Abstimmung wurden die Aenderungen mit 21 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Damit war auch die ganze Ordnung gefallen. Der größte Teil der Liberalen befand sich während der Abstimmung im Erfrischungsraum. Kurz darauf kamen die Herren protestierend in den Saal gestürzt. Stadtverordneter Engel erhob gegen die Abstimmung Einspruch, weil während derselben das Bureau nicht vollständig besetzt gewesen sei; ferner wären durch die Gegenabstimmungen im Bureau Zweifel gewesen, und darüber hätten die Beisitzer zu entscheiden. Das Bureau erklärte jedoch, nicht im Zweifel über das Resultat der Abstimmung gewesen zu sein, und die Mehrheit der Versammlung betonte ebenfalls, klar die Situation überschaut zu haben. Die Liebesmühe der Liberalen, das Resultat umzustürzen, war somit ohne Erfolg. Der Magistrat will nunmehr der Versammlung eine neue Steuerordnung unterbreiten.

Der Arbeiterturnverein petitionierte um Ueberlassung einer städtischen Turnhalle. Genosse Rottländer vertrat die Anschauung, daß dem Gesuch nunmehr baldigst nachgekommen werden müsse. — Die Versammlung stimmte auch zu. — Abgelehnt wurde, die auf der Insel liegende Steuerannahmestelle weiter dort zu belassen. — Der Kämmerer Machowicz betonte hierzu, daß nur aus organisatorischen Gründen die Steuerstelle eröffnet worden sei; dieselben Gründe zwängen nunmehr zur Einziehung derselben. — Linicus (Unabh. Frakt.) und Küter (Soz.) wandten sich entschieden gegen diese Auffassung. — Die freisinnigen Bezirksgrößen schwiegen sich größtenteils aus und stimmten für die Beseitigung der Steuerannahmestelle, während die Sozialdemokraten für deren Beibehaltung stimmten.

In die Deputation zur Regelung der Frage, in welcher Weise eine Besserung bei der stenographischen Aufnahme der Stadtverordnetenverhandlungen zu erzielen ist, wurden u. a. die Genossen Magnan und Bernstein gewählt. Nunmehr folgte die geheime Sitzung.

Charlottenburg.

Eine erschütternde Familientragödie hat sich in der letzten Nacht in der Bayreuther Str. 40 zugetragen. Dort wurde gestern früh der 52jährige Kammachermeister Winkelsdorf mit seiner um einige Jahre jüngeren Ehefrau tot aufgefunden. Beide hatten sich mit Gas vergiftet. Das Ehepaar betrieb schon seit über zehn Jahren in dem Hause Bayreuther Str. 40 ein gutgehendes Kammgeschäft. Die einzige Tochter der Familie hat sich schon vor längerer Zeit verheiratet. Frau Winkelsdorf war vor einigen Jahren von einem schweren Nervenleiden befallen und suchte vergeblich in Sanatorien Heilung. Hierüber wurde schließlich der Mann trübsinnig und beide beschlossen, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Vorgestern abend schrieben sie an den Hauswirt und an den Schwiegersohn Abschiedsbriefe und in der Nacht führten sie ihren Plan aus. In dem Briefe an den Hauswirt schreibt Winkelsdorf: „Da das Leiden meiner Frau unheilbar ist und ich ihre Qualen nicht mehr länger mit ansehen kann, so haben wir beschlossen, aus dem Leben zu scheiden. Wir werden uns mit Gas vergiften. Um nun sonst kein Unheil anzurichten, teile ich dieses mit. In der kleinen Stube werden wir den Gashahn aufmachen. Sie können ja ein Fenster einstoßen lassen, damit das Gas ausströmt, doch kein Licht anmachen. Der Haupthahn ist im Laden und kann die Jalousie der Tür gehoben werden. Ich werde die Tür nicht zuschließen. Einen letzten Gruß von A. Winkelsdorf."

Die Leichen wurden von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Boxhagen-Rummelsburg.

In der gut besuchten Halbjahresgeneralversammlung des Wahlvereins erstattete nach einem vorzüglichen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die verflossenen Reichstagswahlen des Genossen Reichstagsabgeordneten Jäckel der Bezirksleiter Genosse Berger den Tätigkeitsbericht. Das letzte halbe Jahr war sehr arbeitsreich und die vorliegenden Arbeiten mußten in vielen Sitzungen erledigt werden. Die Arbeit wurde jedoch durch stattliche Erfolge gekrönt: rund 900 „Vorwärts"-Abonnenten wurden gewonnen. Auch hat die Agitation in den Außenbezirken Rüdersdorf-Kalkberge und Alt-Landsberg gute Fortschritte gezeitigt. Die Mitgliederzahl sowie auch die Parteipresse hat an Verbreitung zugenommen. In diesen beiden Bezirken soll jetzt eine Bibliothek errichtet werden. Der Bezirk hat insgesamt 2141 Mitglieder, darunter 400 weibliche, und 3512 „Vorwärts"-Leser. Die Bibliothek umfaßt 800 Bände aller Wissenszweige. Den Kassenbericht gab Genosse Robert Lenzner. Danach betrug die Einnahme 6908,62 M. und die Ausgabe 5478,65 Mark, darunter 2001,14 M. für örtliche Ausgaben. Die Reichstagswahl hat in Rummelsburg 836,12 M., in Rüdersdorf 542,75 M., in Alt-Landsberg 156,80 M., allgemeine Ausgaben 18,95 M., insgesamt 1552,62 M. gekostet. In der Diskussion wurde angeregt, am Geschäftsjahresschluß die beiden Bezirkswahlvereine Lichtenberg und Rummelsburg zu verschmelzen. Der Bibliothek sollen 250 M.

überwiesen werden. Die Gemeindevertreter wurden ersucht, in der Gemeindevertretung dahin zu wirken, daß durch Ein- und Verkauf von Kartoffeln dem bestehenden Notstand gesteuert werde. Ein Antrag verlangt die Gratislieferung des „Vorwärts" an Arbeitslose, Kranke, Streikende und Ausgesperrte. Nachdem die Wahl der Delegierten zur Kreis- und Groß-Berliner Verbandsgeneralversammlung vorgenommen war, wurde noch auf die am Sonntag, den 10. März, von 10—6 Uhr stattfindenden Gemeindevertreterwahlen aufmerksam gemacht. Die zweite Abteilung wählt am Montag, den 11. März, von 10—8 Uhr.

Wohnsdorf.

Im Zeichen der Selbstverwaltung. Da sich gelegentlich der Etatberatung ergab, daß durch Verlegung einer großen Fabrik nach einem anderen Ort die Gemeinde einen Steuerausfall von 3000 M. jährlich hat, beschloß die Gemeindevertretersitzung, um nicht die jetzt schon 150 Proz. betragende Einkommensteuer noch zu erhöhen, die Grundwertsteuer von 2 auf 2½ pro Mille festzusetzen. Wie der Gemeindevorsteher nun in der letzten Sitzung mitteilte, hat die Kreisbehörde diesen Beschluß inhibiert, weil angeblich die Grundstücke im Verhältnis zur Einkommensteuer hoch genug besteuert wären. Es wurde nun ein Antrag angenommen, die Einkommensteuer auf 160 Proz. und die Grundwertsteuer auf 2,3 pro Mille festzusetzen.

In derselben Sitzung legte die freiwillige Feuerwehr ihr Statut zur Genehmigung vor. Geändert wurde auf Antrag des Genossen Schiffke ein Satz, welcher besagte, daß bei Auflösung der Wehr sämtliche Utensilien sowie das Barvermögen in den Besitz der Gemeinde übergeht. Ein anderer Paragraph sprach von Unkosten bei Leichenbegängnissen. Auf Anfrage unseres Vertreters, was darunter zu verstehen sei, erwiderte der Brandmeister, daß damit die Beschaffung von Kränzen gemeint ist. Von den Uebungen zur Pflichtfeuerwehr soll sich von jetzt an der bemittelte Einwohner mit 4 M. und der unbemittelte mit 2 M. Entschädigung an die Feuerwehrkasse befreien können; unser Vertreter stimmte dagegen.

Stralau.

Einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit erstattete in der letzten Gemeindevertretersitzung der Schul- und Armenarzt Dr. Sonntag. In seinem Referat betonte der Redner besonders den Wert des Selbststillens der Mütter. Zugleich empfahl er den bedürftigen Müttern, daß sie von den ihm als Arzt für die Säuglingsfürsorge zur Verfügung gestellten Mitteln für Stillprämien Gebrauch machen sollten. Als Schularzt unterzieht er, Redner, nach der Einschulung die Kinder einer gründlichen Untersuchung. Bei einigen Kindern habe er auf Zurückstellung vom Schulbesuch auf ein Jahr erkennen müssen, weil sie noch schwächlich waren. Es sei auch vorgekommen, daß Eltern die Kinder nicht zurückstellen lassen wollten. Ein solcher Standpunkt der Eltern sei verkehrt. Die Kinder werden nach ihrer körperlichen Konstitution in drei Klassen eingeteilt, und zwar in solcher mit guter, mittlerer und schlechter Konstitution. Die früher vielfach vorherrschende Ansicht, daß der Schulunterricht zu Rückgratverkrümmungen führe, treffe nach einmütiger ärztlicher Ansicht bei gesunden Kindern nicht zu. Nur bei tuberkulosevorbelasteten und mit Rachitis behafteten Kindern sei Vorsicht am Platze, weil bei ihnen die Gefahr einer Verkrümmung der Wirbelsäule wie eine Schädigung der Extremitäten bestehe. Als Vorbeugungsmittel sei in der hiesigen Volksschule der orthopädische Turnunterricht, und zwar die sogenannte Kriechmethode, eingeführt worden. Für die an diesem Turnunterricht teilnehmenden Kinder mußten Knieschoner und Handschuhe beschafft werden. Die Eltern scheuen häufig die Ausgaben hierfür und hielten dann die Kinder vom Unterricht fern. Das Turnen am Nachmittag empfehle sich nicht, sondern sollte gleich im Anschluß an den Schulunterricht erfolgen. Besondere Sorgfalt lege er beim Untersuchen der Kinder auf Augen, Ohren und Rachenmandeln. Auch auf Sauberkeit der Hände müsse gesehen werden, weil sich unter den Fingernägeln Millionen von Bazillen setzen, die dann mit den schmutzigen Fingern beim Essen in den Magen gelangen und Erkrankungen zur Folge haben können. Für ausreichende Waschgelegenheit müsse in der Schule gesorgt und die Kinder zur Reinlichkeit erzogen werden. Was die Zahnpflege anbelangt, so begrüßte es Redner, daß ein Zahnarzt für die Schule angestellt werden soll. Durch Umfrage habe er des weiteren festgestellt, daß man den Schulkindern schon Alkohol verabfolgte, was auf ihre Gesundheit höchst schädlich einwirkt. Jährlich wird jedes Schulkind mindestens zweimal untersucht.

Nach dem interessanten Bericht wurden verschiedene Anfragen an den Redner gerichtet, die derselbe bereitwilligst beantwortete.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands. Morgen Donnerstag, abends 9½ Uhr, Versammlung Rosenthaler Str. 11/12.

Eingegangene Druckschriften.

Reclams Universal-Bibliothek. Nr. 5385. **Die Stärkere.** Schauspiel von M. v. Schönwies. — Nr. 5387. **Im Wartesalon erster Klasse.** Lustspiel von H. Müller. — Nr. 5388—90. **Artur Schopenhauer.** Biographie von Dr. O. F. Damm. — Nr. 5386. **Auffeer G'schichten.** Von H. Fraungruber. — Nr. 5381—84. **Die Familie Polaniecki.** Roman von H. Sienkiewicz. Einzelnummer 20 Pf. Ph. Reclam, Leipzig.

Goethe-Bibliothek. Beiträge zur Poesie mit besonderer Hinweisung auf Goethe von J. P. Eckermann. Goethe aus näherem persönlichem Umgange dargestellt. Ein nachgelassenes Werk von Johannes Falk. — **Ludwig Tiecks Phantasus.** Eine Sammlung von Märchen, Erzählungen, Schauspielen und Novellen. 1.—3. Band. Verlag Morawe u. Scheffelt, Berlin.

Marktbericht von Berlin am 4. März 1912. nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—56,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln 9,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 4,00—7,20. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Aale 1,20—3,00. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,40—2,60. Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,40—3,20. Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 4,00—30,00.

Kavon-Seife

eine neuartige Haushaltseife von fabelhafter Waschkraft.

Preis pro Stück 20 Pf. — Jetzt überall erhältlich.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 6. März 1912.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Schauspielhaus. Agnes Bernauer.

Anfang 8½ Uhr.

Berliner. Torquato Tasso.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Tannhäuser.
Kgl. Schauspielhaus. 1812.
Deutsches. Viel Lärm um Nichts.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Sarrasani. Gala-Vorstellung.
Haverland. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.

Urania, Taubenstraße 48/49. Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.
Lessing. Gudrun.
Kleines. Lottchens Geburtstag. Genz und Jannq Ehlser. Hockenjos.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Neues Schauspielhaus. Das Familienkind.
Neues. Der liebe Augustin.
Kammerspiele. Eine glückliche Ehe.
Residenz. Alles für die Firma.
Komische Oper. Der Troubadour.
Kurfürstenoper. Quo vadis?
Westen. Wiener Blut.
Lustspielhaus. Die Damen des Regiments.
Berliner. Große Rosinen.
Neues Opernteater. Eva.
Schiller O. Gräfin Lea.
Schiller-Charlottenburg. Kyritz-Pyritz.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus Der Feldherrnhügel.
Luisen. Die Grille.
Rose. Mutter und Sohn.
Wintergarten. Spezialitäten.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Trianon. Das kleine Café.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Casino. Der Kampf ums Dasein.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Herrnfeld. Wie man Männer bessert. Der Hausteufel.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Kinder der Welt. Spezialitäten.

Anfang 8¼ Uhr.

Folies Caprice. Mandelblüth's Polterabend. Losgelassen. Waffenübung.
Walhalla. Menschenrechte.
Voigt. Das Mädchen ohne Ehre.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Nathan der Weise.
Belle-Alliance. Die Meineidgräfin.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Wiener Blut.
Sonntag 3½ Uhr: Ein Walzertraum.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Gräfin Lea.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Kilometerfresser.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Gräfin Lea.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Kyritz-Pyritz.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Gräfin Lea.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Kyritz-Pyritz.**

Neues Theater.
Abends 8 Uhr: **Der liebe Augustin.**
Sonnt. 3½ Uhr zum erstenmal: **Der Vogelhändler.**

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr: **Alles für die Firma.**
Schwank in 3 Akten von M. Hennequin und G. Mitchell. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Bolten-Baeckers.
Morgen u. folg. Tage: **Alles f. d. Firma.**
Sonnt. 3 U., 3 U.: **Kümm Dich um Amelie**

Belle-Alliance-Theater.
8½ Uhr: **Die Meineidgräfin.**
Donnerst.: **Die Dollarprinzessin.**

Luisen-Theater.
Mittwoch: **Die Grille.**
Donnerstag: **Eine leichte Person.**
Freitag: **Sommerspuk.**
In Vorbereitung: **Die Rose von Japan.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr: **Mutter und Sohn.**
Schauspiel in 5 Akt. v. Ch. Birch-Pfeiffer
Donnerstag: **Mutter und Sohn.**
Freitag: **Napoleon Bonaparte.**

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von B. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz.

Herrnfeld Theater
Ein neuer Sensationserfolg
Wie man Männer bessert.
2 Akte von Anton u. Donal Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen.
Hierzu die Novität:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billettvorverkauf 11—2 (Theaterkasse)

Neue Welt. Hasenheide 108/114
Arnold Scholz.
Heute Mittwoch, den 6. März: **Elite-Tag. Bockbierfest** in den bayr. Alpen. Im neuen Lichtprunk-Saal: **Gr. Ball.**
Voranzeige! Morgen Donnerstag, den 7. März: **Damen-Prämiierung.** Prämiiert wird: Die **schwerste Berliner Eva** von 18—25 Jahren. (Legitim.: Geburtsschein.) 3 bare Geldpr. 50, 30, 20 M. Anmeld. bis 10 U. abds. a. d. Kasse.
Anf. 7 Uhr. Entree 30 Pf. 30 bayrische Madl. 5 Kapellen.

„CLOU"
Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Heute:
Musikkorps des Garde-Füsilier-Regiments
Oberm. **Dippel.**
!!! Zillerthaler und Tegernseer Sänger, Plattler und Jodler !!!
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Brauerei Friedrichshain
am Königstor.
Heute: Elite-Tag.
Das größte Bockbierfest. **Auf der Alm.**
Gratisverlosung von 200 Wertgegenständen.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Jeden Mittwoch: **Wunsch-Konzert** bei verstärktem Orchester
Hackepeter, Große Frankfurter Str. **106.**

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 14. März:
Der Kampf ums Dasein.
Ab Freitag, den 15. März 1912:
Der Possen-Schlager
Die lustige Strohwitwe.
Sonnt. 3½: Trudchens Sommerreise.

Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend!
Hede
das
Löwenmädchen.
Ein atavistisches Wunder.
Das Mädchen mit dem **Mähnenkopf.**
Halb Mensch — halb Animal.
Das blaue Weib, ein Opfer wilder Barbaren.
Die Frau in der Kanne.
Befreiung a. d. Wassergrab.
Ohne Extra-Entree!

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet von 11 Uhr vorm.
Nachmittags:
Kunstlauf-Produktionen.
Abends:
Tänze auf dem Eise.
Die kleine Charlotte.
Das prächtige Eisballett
Alpenzauber.
Bis 6 Uhr und von 10½ Uhr abends halbe Kassenpreise.
Sonnabend, den 9. März:
Berliner Babyball.
Billetts a M. 10,— im Ballbureau (Admiralspalast) 11 bis 6 Uhr und an d. Theaterkassen von **Wertheim.**

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58.
Mittwoch, den 6. März 1912:
Das Mädchen ohne Ehre.
Sensationsdrama i. 12 Bild. v. E. B. Lutz
Kassenöffnung 7, Anfang 8½ Uhr.
Voranzeige: Mittwoch, 15. März:
Benefiz Fräul. **Hedwig Krahmer:**
Gänsellesel.

Zirkus A. Schumann
Mittwoch, den 6. März 1912, abends 7½ Uhr:
Neu! Neu!
Die besten Radkünstler
5 Herren Aurora 5
mit ihrem
lebenden Karussell.
Die 3 Oravias
sowie alle übrigen Spezialitäten.
Um 9 Uhr:
Beginn des bis jetzt unübertroffenen, einzig dastehenden Ausstattungsstückes
Das Motorpferd
Große Schlußapotheose mit noch nie dagewesenen Effekten.

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Mittwoch, den 6. März:
Nachm. 3 Uhr u. 7½ Uhr:
2 Vorstellungen 2.
Nachmittags genau so wie abends
Wild-West
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Galerie **40** Pf., III. Platz **70** Pf., II. Platz **1,20** M., I. Platz 2 M., Parkett 3 M., Logensitz 4 M.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr.
Neues Programm.
Sensationeller Lacherfolg!
Los Nr. 33.

Passage-Theater.
Melia
die schönste und gefeiertste russische Tanzkünstlerin.
Schneider-Duncker Danell-Truppe etc.
und 12 Varieté-Sensationen.
Dienstag zum erstenmal:
Das Geisterfenster.

Zirkus Busch
Mittwoch, 6. März 1912, 7½ Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Mit Rücksicht auf die Ringkämpfe ist der Anfang des gr. Manege-Schauspiels
Die Hexe
bereits von heute ab auf **7½ Uhr,** das heißt zu Beginn d. Vorst. angesetzt, daranschließend **ca. 9 Uhr**
Das große Galaprogramm und die großen internationalen **Ringkämpfe.** Herr Georg Burkhardt-Foottit, Schulreiter.

Folies Caprice.
Täglich 8¼ Uhr:
Losgelassen.
Waffenübung.
Mandelblüths Polterabend.

Königstadt-Kasino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße
Täglich abends 8 Uhr,
Sonntags ½6 Uhr:
Theater und Varieté.
Vom 1.—16. März 8 Spezialitäten und **„Kinder der Wüste":** Operetten-Burleske v. O. Richter.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Pantoffel-Helden.
Urkomische Burleske
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Germania-Prachtsäle
N., Chausseestr. 110. Carl Richter.
Jeden Mittwoch:
Paul Mantheys lustige Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem **Freitaus.**
— Vorzugskarten gelten. —
Morgen Donnerstag:
Militär-Streichkonzert.
Anschließend: Familienkränzchen ohne Nachzahlung.

Berliner Ulk-Trio
Rixdorf-Berlin. Lahnstr. 74, I. l.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Persil

für Spitzenwäsche

(Wichtig – lesen!)

Das selbsttätige Waschmittel.

Spitzenwäsche, Gardinen, Stickereien und andere empfindliche Stoffe, die nicht gerieben werden dürfen, wasche man nur mit **Persil**. Vollkommenste Reinigung bei größter Schonung des Gewebes. **Persil**

wäscht von selbst

nur durch einmaliges, ca. 1/4 — 1/2 stündiges Kochen. **Verletzen des Gewebes ausgeschlossen.**

Erprobt u. gelobt!

Nur in Originalpaketen, niemals lose.

HENKEL & CO., DÜSSELDORF.

Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten

Henkel's Bleich-Soda.

Verkaufsstellen durch Plakate erkenntlich.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte:
Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.

Zum Kaffee

gehört

Franck-Gries.

Verkäufe.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maystoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1988R*

Teppiche! (jedierdante) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Jedermanns allerbilligster Warenein kauf. Riesenauswahl Pelzsachen. Herrenpaletots. Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Herrenhosen. Damensachen. Extrabilliger Bettenverkauf. Aussteuerbetten. Vermietungsbett. Aussteuerwäsche. Bettwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Portieren. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Wanduhren. Wandbilder. Schmucksachen. Taschenuhren. Kettenauswahl. Ringeauswahl. Festgeschenke. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. †50*

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz; Rosentalerstraße 54. 926R*

Einsegnungsanzüge, kleine Anzahlung. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4 (Schlesischer Bahnhof). *

Teppiche in allen Größen, enorm billig. Portieren, Diwandecken, Engroshaus Hermann Henow, Gneisenaustraße 18—19, I. Kein Laden. „Vorwärts"-Leser 5 Prozent Rabatt. 1091R*

Glossen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69 Laden.

Monatsanzüge, Paletots, großes Lager, jede Figur, kauft man am billigsten beim Fachmann; jede Aenderung nach Wunsch. 10 Prozent billiger für Vorwärtsleser. Fernsprecher Norden 5117. Fürstenzeit, Schneidermeister, Rosenthalerstraße 10. *

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Herrengarderobe, anerkannt erstklassige Stoffe, garantiert vorzügliche Ausführung. Monatsraten 10,00. Goldstein, Maßschneiderei Dorfstr. 51. Auch fertige streng moderne Herrenanzüge, Ulster und Jünglingskleidung.

Gaskronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Riesenlager. Louis Böttcher (selbst. Betriebsleitung. Borbagenerstraße zweiunddreißig, erste Etage. (Bahnverbindung Warschauerstraße.) 1024R*

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14. *

Leihhaus „Brunnen" und Verkaufsgeschäft. Alles spottbillig: Betten, Stand 9,—, mit 2 Kissen 10,—. Brunnenstraße 118, Ecke Usedomstraße

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbettdecken, Uebergardinen, Sofastoffreste spottbillig Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9 Flurreingang. Vorwärtsleisern zehn Prozent. Sonntags geöffnet. 2488R*

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Milchgeschäfts-Einrichtungen! Milchverkaufsgefäße, Milchkannen, Milchmaße, Milchsiebe, Buttermaschinen, Eisschränke billigst. Spezialfabrik Hermann Jordan, Michaelkirchstraße 21. 36/3*

Herrschaftsbetten, 12,50, zwei Stand, spottbillige, umständehalber, Yorckstraße 17 II. †136

Teilzahlungen 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Herrengarderobe. Sende Vertreter. Meisels Nachfolger, Warschauerstraße 80. *

Break mit Verdeck, Pferd, billig. Christoph, Uferstr. 14d. †127

Laube mit Pachtland, Jungfernheide, verkauft Fischer, Pestalozzistraße 18. †34

Gaskronen, Arme, Vertiko, Eßtisch, Stühle, diversa, wegzugshalber, spottbillig. Knobloch, Friedbergstraße 5. 4055*

Geschäftsverkäufe.

Restauration, gutgehend, reell, sichere Existenz, wegen vorgerückten Alters des Wirtes zu verkaufen. Brauereihilfe. Offerten N. 1 Hauptexpedition des „Vorwärts". 2915*

Molkerei, 11 Kühe, gute Kundschaft, ist sofort zu verkaufen. Auskunft Neumann, Linienstraße 202. *

Besohlanstalt, auch Schuhgeschäft (ein Geselle beschäftigt), billig zu verkaufen Steglitz, Mommsenstraße, Ecke Jahnstraße. †145

Eckdestillation verkauft. Erstagen Brauerei Wanninger. †74

Parkrilokal, sichere Existenz, preiswert zu verkaufen oder zu verpachten Gubenerstraße 19. 4025

Obstgeschäft, besseres, Zentrum, Ertrag 6000 Mark, existenzsicher, Uebernehmer wird eingeführt, verkäuflich. Offerten A. B. Postamt 99.

Gutgehende Wirtschaft, volle Konzession, sofort billig verkäuflich, Miete Lokal, Wohnung 70,— monatlich, 25 große Halbe. Adressen unter „Reuterstraße" nur gegen Inseratenschein Hauptpost Neukölln. 3995

Milchgeschäft, 70 Liter, billig. Auskunft Restauration, Wichertstraße 11. †113

Plätterei mit Maschinen billig zu verkaufen Neukölln, Brusendorferstraße 23. †122

Eckrestaurant, gutgehend, Zahlstelle, Bauten, billige Miete, große Wohnung, wegen Kino-Uebernahme verkäuflich. Näheres Behmstraße 43, Zigarrengeschäft. †113*

Milchgeschäft sofort verkäuflich, eilt, Frau im Krankenhause. Näheres Neukölln, Hermannstraße 110, II, Walter. †47

Seifengeschäft mit Wohnung, preiswert zu verkaufen Rheinsbergerstraße 53. †106

Malergeschäft (Material) verkauft sofort. Lagerkarte 300, Postamt 5, Neukölln. †47

Milchgeschäft verkauft krankheitswegen Rügenerstraße 13. †106*

Möbel.

Möbel (diskret). Reelle, alte, gut renommierte Firma liefert Möbel unter Diskretion auf Teilzahlung. Anfragen: Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1119R*

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen bar. Große Auswahl jeder Art. Stube und Küche, Anzahlung schon von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an. Liefere auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12—2 geöffnet.

Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Herrengarderobe und Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) 1075R*

Möbeltausch. Ältere, unmoderne Möbel werden in Zahlung genommen und moderne dafür geliefert, die Differenz in bequemen Raten. Anfragen unter Postlagerkarte 18, Postamt 22. 1118R*

Aparte Möbel. Durch Zufall bin ich in der Lage, einen großen Posten Herren-, Speise-, Schlafzimmer sowie Wohnzimmer 20—30 Prozent unter Preis abzugeben. Versäumen Sie nicht, bevor Sie abschließen, mein reichhaltiges Lager zu besichtigen. Da ich selbst fabriziere, kein Ladengeschäft unterhalte, kann ich an jedermann zu Engrospreisen verkaufen. Möbeltischlerei Otto Lilie, Köpenickerstraße 39, gegenüber Adalbertstraße.

Möbelangebot. Vorteilhafteste Gelegenheitskäufe durch Ankauf ganzer Warenläger. Einzelmöbel, komplette Einrichtungen, schlichteste, eleganteste Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Riesenauswahl, 5 Etagen. Fabrikgebäude, Neue Königstraße 5—6, Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. *

Auf Teilzahlung! Einzelne Möbel, komplette Wohnungseinrichtungen in einfacher und besserer Ausführung liefert unter kulanten Zahlungsbedingungen die seit 50 Jahren bestehende Möbelfabrik Hermann Nolte, Tischlermeister, Zionskirchstraße 39. *

Gelegenheitskauf, schleunigst, passend für Brautleute, Nußbaumwirtschaft, noch neu, mit bildschönen Küchenmöbeln, Geschirr, Gaskrone, einige Wandbilder 195,—. Näheres Neue Königstraße 66 I. 215/18

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherspind 68,—, Schreibtisch 48,—, Bettstelle 33,—, Trumeau mit Stule 34,—, Garnitur, Sofa, 2 Sessel, Sofa 45,—, Kleiderspind 46,—, Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, wundervolle Sachen, sehr billig. Kommen Sie erst vor Ihrem Einkauf zu mir, Sie sollen die Möbel nur besichtigen. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 1117R*

Metallbetten, zwei, modern, spottbillig verkäuflich. Zossenerstraße 10, Hutgeschäft. 33/11*

Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube und Küche 15 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. Berolina, Kastanienallee 49. 1114R*

Möbel-Rossin, Kastanien-Allee 57. Mein Erweiterungsausbau ist fertiggestellt. Es sind Gelegenheitskäufe am Lager. 12 Speisezimmer, früher 950 Mark, jetzt 650,00. 8 Schlafzimmer, früher 535 Mark, jetzt 395,00. Kleiderspinden 32 Mark, englische Bettstelle 32,00, Sofa in Plüsch 68 Mark, Büfetts (nußbaum) 135,00. Besuchen Sie bitte meine Ausstellungsräume Kastanien-Allee 57. Rossin. 1002R*

Möbelfabrik, Georg Tennigkeit, Oranienstraße 172/173. Wer gediegene Möbel billig kaufen will, soll nicht versäumen, mein großes Lager zu besichtigen. Stube und Küche 246,—, 430,00, elegante 586,00, zwei Stuben und Küche 650,00 bis 850,00, englisches Schlafzimmer 172,00, eichene Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons fabelhaft billig, Ruhebett 26,00, Taschensofa 58,00, Kleiderschrank, Vertiko 36,00, Trumeau 35,00. Farbige komplette Küchen von 56,00 bis 300,00. Katalog gratis. Auch Teilzahlung. 1001R*

Einrichtungen, Einzelstücke liefert billig und gut, Teilzahlung gestattet. Lange, Schwedterstraße 26. 1025R*

Vorteilhafte Möbelangebote. Elsasserstraße 8, Oranienstraße 37.

Gelegenheitskäufe in gediegenen Wohnungseinrichtungen sowie Ergänzungsmöbel. Oranienstraße 37, Elsasserstraße 8.

Ersparnisse beim Möbeleinkauf bieten Ihnen die Möbelspeicher Elsasserstraße 8, Oranienstraße 37.

Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, moderne Küchen, Schränke, Vertikos, Sofas, Trumeaus, Schreibtische in größter Auswahl spottbillig Oranienstraße 37, Elsasserstraße 8. 1029R*

Säulentrumeau mit Stuse, prima Facetteglas 29,50, auch mahagoni, große Auswahl! Möbelspeicher des Südosten, Skalitzerstraße 25. 1087R*

Privatleuten verkauft schleunigst Nußbaumwirtschaft mit elegantem Umbausofa, prachtvollen Küchenmöbeln, Küchengeschirr, Teppich, Krone 200, Schreibtisch, Büfett, Weinmeisterstraße 1b/2. 37/5

Paneelsofa, Bett 150 breit, Dennewitzstraße 16, Hof I, Groß. 404b

Musikinstrumente.

Pianino, hohes, goldgraviert 100,—. Zander, Turmstraße 8. 37/3

Bechstein-Flügel, gebraucht, vorzüglich erhalten, billig abzugeben. Ferdinand Manthey, Potsdamerstraße 27B. 37/7

Pianino, Geldmangel, sofort. Schuppe, Rixdorf, Reuterstraße 64.

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1005R*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Brennabor-Herrenrad, tadellos, 30,—, Freilaufrad, Damenrad. Kraus, Andreasstraße 54. 37/6*

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Silberabfälle, Rückstände, Zahngebisse, Quecksilber, Metalle höchstzahlend, Goldschmelze Meyer, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 2995R

Zahngebisse, Zahn bis 1 Mark, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 215/19*

Platinabfälle, per Gramm 5,75 Mark, Gold-, Silbersachen, Gebisse kauft höchstzahlend Goldschmied Bruckard, Mulackstraße 22, nahe Rosenthalerstraße. 2956R*

Bandwürmer mit Kopf kauft für 2,00 Mark Rey, Lübeckerstraße 4. *

Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Augustastraße 19.

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Verschiedenes.

Kunsttöpferei von Frau Kokoschka Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Patentanwalt Menzel, Berlin, Chausseestraße 5. 1100R*

Märzbleiche! Frau Waske, Adlershof, Friedenstraße 20, wäscht sauber, schonendst, chlorfrei, Laken, Leibwäsche, drei Handtücher 0,10. Abholung täglich. 396b

Märzwäsche wird schonendst gewaschen, tadellos gerollt. Leibwäsche, vier Handtücher, vier Taschentücher, Laken 0,10, Kein Vertauschen. Abholung, Lieferung Donnerstags. Herm. Kubasch, Köpenick, Flemmingstraße 9. 394b

Märzbleiche! Wäsche wird schonendst gewaschen, im Freien getrocknet. Laken, Leibwäsche, vier Handtücher, fünf Taschentücher 0,10. Abholung Donnerstags. Lehmann, Köpenick, Kaiserin-Auguste-Viktoriastraße 18. 397b

Suche Stellung

als Expedient usw. in der Parteipresse. Ueber 12 Jahre im **Zeitungswesen tätig,** davon 8 Jahre **selbständiger Leiter großer Filialen.** 33 Jahre alt, verh., pol. org. Gefl. Angebote erbitte ich unter **S. 1** an die Hauptexpedition des „Vorwärts". 2915

„Friedrich-Wilhelm" General-agentur-Zahlstelle: O. 112, Mainzerstraße 24 (Frankfurter Allee), Lebensversicherung, Sterbekasse, Kinderversicherung. Aufnahme bis 60. Lebensjahr. Steuer abzugsfähig. 928R*

Wasch- und Plättanstalt wäscht schonend Laken, Leibwäsche, 4 Handtücher 10 Pf. Abholung Sonnabends. Wilhelm Rülke, Köpenick, Schönerlinderstraße 10. 1033R

Wer borgt Frau 50 Mark, Zinsen zurück mit Zinsen. Offerten Postamt Pankoto M. T. 50. †149

Vermietungen.

Restaurant mit Kantinenbetrieb, im Hause der A. E.-G., Christianiastraße 99, sofort zu vermieten. Offerten kautionsfähiger Reflektanten erbeten an Verwalter Sonnenburg daselbst.

Wohnungen.

Stube und Küche 25 Mark, Stube 15 Mark zu vermieten Oranienstraße 2A. †7*

Freundliche kleine Wohnungen: 1 Stube, Küche schon von 16 Mark, 2 Stuben, Küche schon von 20 Mark an. Herzbergstraße 125/127. †57*

Billige Wohnungen Diedenhofenerstraße 6. 4036

Stube und Küche zum 1. April vermietet Schöneberg, Gleditschstr. 19.

Brombergerstraße 6/7, Stadtbahnhof Warschauerbrücke, 2 große Stuben, Bad, Kammer, Küche. Auf 6 Monate Entgegenkommen. Behrfeldt, IV. 3925*

Schlafstellen.

Schlafstelle, 12,00 mit Kaffee. Glagow, Urbanstraße 25, Aufgang G. II. †69

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Tüchtige Handweber für Tritt und Jacquard suchen Neumann u. Lehmann, Drossen. 1092R

Marmorschleifer, sauberer, bunt, sofort Bergmannstraße 69. †69

Geübte Justierer auf Wirtschaftswagen für dauernde Beschäftigung verlangt Fritz Puppel, Berlin SO., Grünstraße 59. 1131R*

Lichterfelde-Ost. Für neue Tour sucht eine Austrägerin Bernitz, Steglitz, Alsenstraße 5. †145

Damenhosen-Näherinnen in, außerm. Willnat, Ueckermünderstraße 15. †113

Arbeiterin, Burschenjacken, Herrmann, Fehrbellinerstraße 50. 401b

Zeitungsfrauen sofort verlangt Bücherstraße 69. 37/8*

Zeitungsfrauen (Tour Schwedter und Griebenowstraße) sofort verlangt Prenzlauer Allee 54. 37/1

Zeitungsfrauen (Tour Naugarderstraße) sofort verlangt. Weißensee, Berliner Allee 28. 37/2

Künstliche Blumen. Lehrmädchen gegen monatliche Vergütung von dreißig Mark gesucht. Schindelhauer, Alte Jakobstraße 156. 3185*

Zeitungsfrauen sofort verlangt Schiffbauerdamm 1. 34/9*

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.